1/98 (Nr. 63) 19. Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Chiapas

Foucault-Diskurs

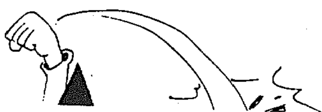
Chomsky-Debatte

Der Staat und die Umweltverbände



Inhalt Nr. 1/98





Bereits vorliegende Beiträge für SF 2/98 (Nr.64):

Thomas Wagner: Schamanen als Charismatiker herrschaftsfreier Gesellschaften
Gerhard Hanloser: Fortschritt, Entwicklung und "soziale Revolution"
Roland Kaufhold: Etta Federn: Revolutionär auf ihre Art (Rez.)

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-64 (2/98): 20.03.98

Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden
Dätzingerstr.132
D-71120 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Redaktionskollektiv: Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Andi Ries, Harald Romaker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Jörg Bergstedt, Noam Chomsky, Ferdinand Flamboyan, Egon Günther, Jens Holst, Jens Kastner, Donna Kiddie, David Morris, Jürgen Mümken, Markus Müller, Petzi, Helmut Richter, José Saramago, Schwarze Feder, Veronika Sievers, Wolfgang Sterneck, Elisabeth Voß.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 15% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
neu: Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Gewalt paramilitärischer Gruppen in den Bergen von Chiapas

von Jens Holst



Foto: Jens Holst

Männer, Frauen, Kinder aller Altersstufen drängen sich unter den wenigen Plastikplanen und improvisierten Dächern aus Bananenblättern. Bei jedem Windstoß ergießt sich ein kleiner Sturzbach auf die frierenden Menschen. Ihre Kleidung ist völlig durchnäßt. Ein bis zwei Tortillas pro Tag, mehr haben sie nicht zu essen. Als einzige Trinkwasserquelle dient ein kleiner Bach. Jeden Moment kann in dem Cholera-Gebiet wieder die Seuche ausbrechen. Kinder mit eingefallenen Augen weinen vor Hunger. 156 sind es in dem Lager Xolontoj bei Polhó. Gesundheitsarbeiter Emilio berichtet, daß 140 von ihnen an Fieber, Bronchitis oder Durchfall leiden. Auf Hilfe von außen kann er kaum hoffen. Über eine Stunde dauert der beschwerliche Fußmarsch über Berg und Tal. Der unaufhörliche Regen hat den schmalen Schlammweg in eine regelrechte Rutschbahn verwandelt. An eine ausreichende Versorgung Kranker und Bedürftiger ist unter diesen Bedingungen nicht zu denken.

Der Schrecken sitzt den Menschen noch im Nacken. Zweimal hintereinander überfielen Maskierte das kleine Dorf Yibeljoj bei Chenalhó im Bergland von Chiapas. Seit Monaten wird die Landbevölkerung in dem südöstlichen Bundesstaat Mexikos von paramilitärischen Gruppen tyrannisiert. Bei Zusammenstößen zwischen Anhängern der Regierungspartei PRI, der linken Oppositionspartei PRD und den zivilen Zapatistenorganisationen sind in den letzten Monaten 29 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 1000 Familien wurden aus ihren Dörfern vertrieben. Allein im nordchiapanekischen Hochland haben über 6000 Menschen ihre Häuser verlassen und sind in die Berge geflohen. So wie die 800 Menschen aus Yibeljoj, die sich in das unwegsame Gebiet bei Chenalhó geflüchtet haben. Auf die Frage, warum sie nicht an einen anderen, weniger abgelegenen Ort ziehen, kommt immer dieselbe Antwort: "Wir haben Angst!"

Nur wenige Tage später zeigt sich auf schreckliche Weise, wie berechtigt die Angst der Menschen ist. Zwei Tage vor Weihnachten, dem wichtigsten kirchlichen Fest im überwiegend katholischen Mexiko, massakrierten wildgewordene Paramilitärs 45 Indígenas in dem zwei Kilometer entfernten Dorf Acteal. Fünf Stunden lang schossen die schwarz gekleideten Angreifer mit ihren Maschinenpistolen auf die betende Menge. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder, darunter ein Säugling. 23 Menschen überlebten mit teilweise schweren Verletzungen.

Die hemmungslose Brutalität der Mörder schreckte die Öffentlichkeit im In- und Ausland auf. Deutliche Worte kamen vom NAFTA-Partner USA, auch die Europäische Union forderte rückhaltlose Aufklärung. Die mexikanische Bundesregierung gab sich entsetzt und völlig überrascht. Doch nach den ersten bewegten Worten von Präsident Ernesto Zedillo, der die konsequente Bestrafung der Täter ohne Ansehen ihrer politischen oder gesellschaftlichen Position gefordert hatte, verkündeten Innenminister Emilio Chuayfett und Generalstaatsanwalt Jorge Madrazo die offizielle Lesart: Das Massaker von Acteal sei das Ergebnis jahrzehntelanger interner Kämpfe der Indiogemeinden und hätte nur wenig mit politischen und religiösen Streitigkeiten zu tun.

Die Heuchelei der mexikanischen Politiker ist kaum zu überbieten. Kein Ereignis in der jüngeren Geschichte des Landes war so voraussehbar und so oft angekündigt worden wie der Massenmord in Chiapas. Seit Monaten schon schwelt der Konflikt in den Gebieten des südöstlichen Bundesstaates, die unter dem Einfluß des Zapatistischen Befreiungsheeres EZLN stehen. Genau vier Jahre liegt der Aufstand in der Kolonialstadt San Cristóbal nun zurück, wo es einer Gruppe maskierter Indios über Nacht gelang, die Aufmerksamkeit auf die leichtfertig verdrängten Mißstände im Wirtschaftswunderland Mexiko zu lenken. Doch mittlerweile drehen die alteingesessenen Machthaber den Spieß wieder um. Was der mexikanischen Armee nach der Zapatistenrebellion am 1. Januar 1994 nicht gelang, das holen nun paramilitärische Organisationen nach. Politisch hält die Bundesregierung die Zapatisten mit nie eingelösten Versprechen hin. Derweil läuft in einem der ärmsten Bundesstaaten der Straßenbau auf Hochtouren, damit Armee und Polizeistreitkräfte immer tiefer in unwegsames Bergland und in den Urwald vorrücken können. In bewaffnete Kämpfe ist sie jedoch schon lange nicht mehr verwickelt. Dafür tobte in den letzten Wochen des zuendegegangenene Jahres immer heftiger ein schmutziger 'Krieg niederer Intensität'. "Es besteht die große Gefahr, daß wir hier eine ähnliche Situation bekommen

wie in Guatemala oder El Salvador," befürchtet Rafael Reygadas von dem landesweiten Zusammenschluß "Convergencia" von Nichtregierungsorganisationen, "dahinter steckt eine eindeutige Strategie."

In den Konfliktzonen sprießen paramilitärische Gruppen wie die Pilze aus dem Boden. Ihr Vorgehen erinnert nicht erst seit dem Massenmord von Acteal an die Todesschwadrone aus den Nachbarländern. Mindestens sieben solcher Gruppen sind im Hochland und im Norden von Chiapas aktiv. Sie rekrutieren sich aus Indígenas der Umgebung, die von ehemaligen Polizei- oder Armeeangehörigen geleitet werden. Ihre Waffen gleichen erstaunlich denen der chiapanekischen Polizeitruppe "Seguridad Pública". Mitglieder der Bande 'Paz y Justicia' (Frieden und Gerechtigkeit) erklärten, sie hätten sich auf Initiative der Regierung des Bundesstaates gebildet. Ernsthafte Verfolgung durch die Staatsmacht haben sie nicht befürchten. Im Gegenteil: 'Paz y Justicia' erhält bis zum Mai dieses Jahres vom Bundesstaat Chiapas als Agrarhilfe getarnte Zuwendungen im Umfang von 5,5 Millionen Pesos (1,2 Millionen Mark).

Eine Schlüsselfigur in dem Konflikt ist Bürgermeister Jacinto Arias Cruz aus Chenalhó. Immer wieder fällt sein Name im Zusammenhang mit Überfällen und Vertreibungen dieser paramilitärischen Gruppe. Den Einwohnern von Chenalhó preßt er unter verschiedenen Vorwänden Geld ab. Davon werden Waffen gekauft, für deren getarnten Transport auch mal ein Krankenwagen herhalten muß. Wes Geistes Kind dieser PRI-Mann ist, macht seine Morddrohung gegenüber dem französischen Pfarrer Michel Chanteau deutlich, der seit 32 Jahren die Gemeinde betreut. "Ich sage es Ihnen direkt ins Gesicht, Pater. Wir werden Ihren Körper verbrennen, damit die Würmer nicht krank davon werden!"

Spätestens seit dem Zapatistenaufstand Anfang 1994 gehört die Kommune Chenalhó zu den konfliktreichsten Gebieten in Chiapas. Wie in vielen anderen Dörfern regierte hier jahrzehntelang eine PRI-nahe Gruppierung. Nach dem Aufstand gründeten die zapatistischen Basisorganisationen autonome Gemeinderäte, die die Vormachtstellung der bisherigen 'Caciques' untergruben und auch Enteignungen vornahmen. Für die Hardliner wie Ex-Gouverneur des Bundesstaates, Julio César Ruiz Ferro, der wegen seiner Verstrickung in die paramilitärische Aufrüstung und seine Untätigkeit während des Massakers inzwischen seinen Hut nehmen mußt, waren

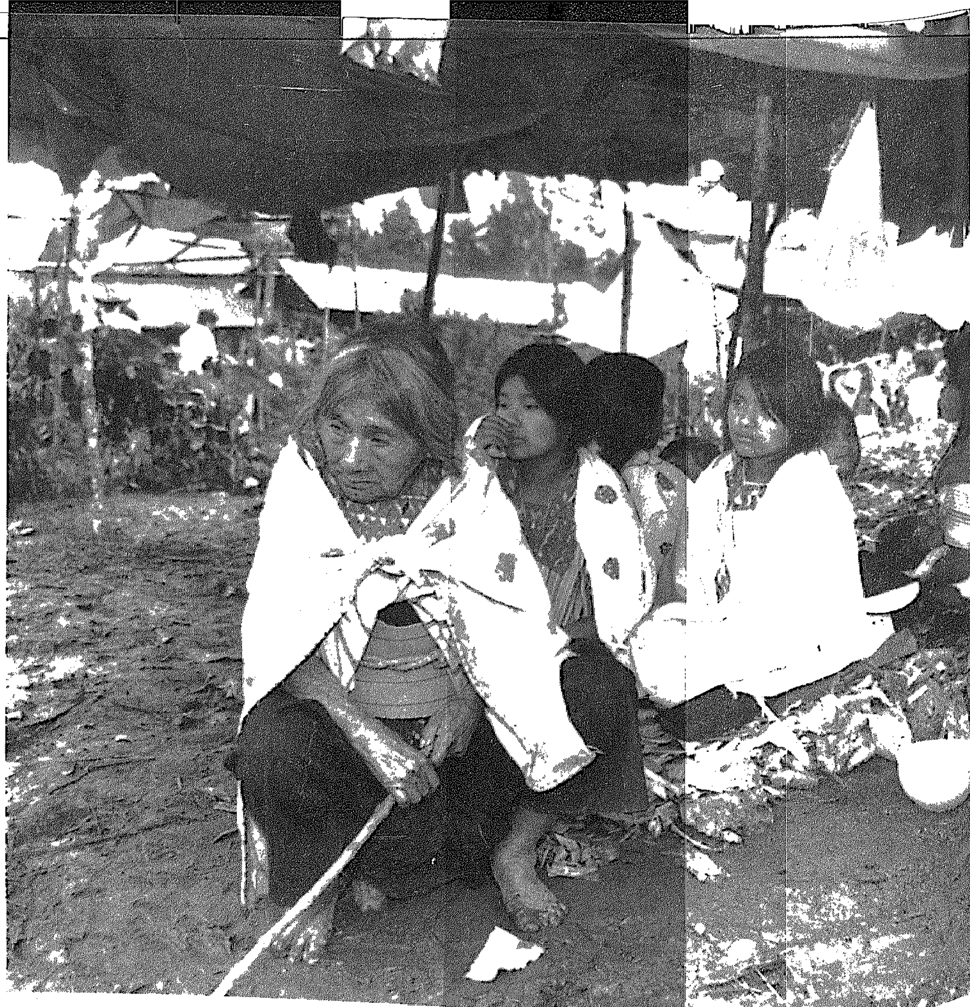


Foto: Jens Holst

das illegale Machenschaften und Ursache der zunehmenden Gewalt: "Das erzeugt Druck in den Gemeinden, und die Leute kommen zu uns, um sich über solche Benachteiligungen zu beschweren." Die Menschen müßten aber, so erklärt er weiter, ihre Probleme selber lösen.

Die kaltblütigen Mörder von Acteal haben das auf ihre Weise versucht. Einer von ihnen stammt aus dem Dorf Pechiquil im Landkreis Chenalhó. Ilario Guzmán, der von vier durchtrainierten jungen Männer begleitet wird, die alle einen Kopf größer als die kleinwüchsigen chiapanekischen Indigenas sind, zeichnete sich schon vor diesem tragischen Ereignis durch eine sehr eigene Sicht der Dinge aus. "Gegen mittag kam ein Gruppe von Maskierten und bedrohte uns mit Gewehren. Etliche sind geflohen, drei Häuser wurden angesteckt. Wir hatten schreckliche Angst und versteckten uns in den Häusern. Das waren die von der PRD." Woher er weiß, daß die Angreifer der linken Oppositionspartei angehörten, kann der Ex-Bürgermeister, selber Mitglied der ewigen Regierungspartei PRI, nicht erklären. Und noch weniger, warum ausschließlich die Hütten von PRD-Mitgliedern in Brand gesteckt wurden, die seither auf der Flucht sind. Der Konflikt, so erklärt Guzmán unirritiert weiter, könne nur durch Verhandlungen gelöst werden. Auf die Frage, ob Pechiquil denn bereit wäre, die Vertriebenen wieder aufzunehmen, erklärt er jedoch vielsagend: "Nur wenn wir den Befehl dazu von oben bekommen."

Ob der Befehl, die Menschen in Acteal zwei Tage vor Weihnachten abzuschlachten, ebenfalls von oben kam, versucht Generalbundesanwalt Jorge Madrazo derzeit zu klären. Ein anderer Befehl war jedenfalls zumindest bis Weihnachten ausgeblieben, obwohl er von höchster Stelle zugesagt war. Denn eine zivile Beobachtermission hatte Anfang Dezember festgestellt, daß in Pechiquil gut hundert Menschen aus dem Nachbardorf gegen ihren Willen festgehalten werden. Tzajalhukum, mehrheitlich von Zapatisten-Unterstützern bewohnt, war eine Woche zuvor ebenfalls von maskierten Männern in schwarzen Uniformen überfallen worden, die Bewohner seither verschwunden. Man war davon ausgegangen, sie hätten sich wie so viele andere Menschen im Bergland nördlich von San Cristóbal de las Casas in die Berge geflüchtet. Obwohl Gouverneur Ruiz Ferro gegenüber der Mission und der Presse versprach, sich persönlich für die Verschleppten einzusetzen, war bis zum Massaker in Acteal nichts geschehen. Die Menschen blieben dem PRI-beherrschten Dorf und den dortigen Paramilitärs ausgeliefert. Spätestens seit dem Massaker ist klar, daß sie in höchster Lebensgefahr schweben.

Schimmelreiter oder Neue Botschaften der Zapatista - Fangemeinde

von Veronika Sievers



Unter dem (seit 1996 unveränderten) Motto »Für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus« trafen sich vom 25.7. bis 3.8. etwa 3000 Menschen »auf dem Gebiet des spanischen Staates«. Was immer sich dem allumgreifenden Motto anschließen und dazu auch noch nach Spanien kommen konnte - also vor allem jede Menge Europäer - pilgerte zu dem Treffen, das Marcos 1996 am Ende des ersten solchen in Chiapas 'vorgeschlagen' hatte.

Die Zapatistas ziehen mit ihrer Offenheit eine ganze Menge Menschen an: Solche, die bisher mit einer Guerilla (Hilfe! Gewalt!) noch nie etwas zu tun haben wollten - und auch diejenigen, die sich schon immer auf bewaffnete Kämpfe in Lateinamerika bezogen haben, inzwischen fast schon resigniert haben und nun in Chiapas einen neuen Hoffnungsschimmer sehen. Die Zapatistas ziehen mit ihrer Offenheit eine ganze Menge Menschen an: Solche, die bisher mit einer Guerilla (Hilfe! Gewalt!) noch nie etwas zu tun haben wollten - und auch diejenigen, die sich schon immer auf bewaffnete Kämpfe in Lateinamerika bezogen haben, inzwischen fast schon resigniert haben und nun in Chiapas einen neuen Hoffnungsschimmer sehen.

Schon in der Vorbereitung des Treffens wurde deutlich, daß es zwischen denen, die aus verschiedensten Gründen noch an diesem Treffen interessiert waren, Differenzen gibt, die durch eine allgemeine »Alles-ist-möglich-Toleranz« nur noch schwerlich abgedeckt sind.

Dabei liegt ein Problem darin, daß sich trotz aller Erklärungen, die Gegenteiliges behaupten, der Verdacht nicht loswerden läßt, daß es sich eben doch wieder um eine Form der Projektion handelt: Wie viel Energie wird in diese Vernetzung gesteckt, die auch hier gut gebraucht werden könnte? Nicht daß diejenigen, die sich nun mit Chiapas solidarisieren, deshalb alles andere unter den Tisch fallen lassen - es ist aber doch erstaunlich, wie hoch die Chancen für eine intergalaktische Vernetzung auch bei denen angesetzt werden, die genau wissen, wie wenig eine regionale, themenbezogene Vernetzung hierzulande normalerweise funktioniert.

Wenig lustig war, daß diejenigen, die schließlich die Organisation übernommen hatten, sich recht wenig auf eine zumindest europaweite gemeinsame Vorbereitung eingelassen, sondern schlicht und ergreifend die Bedingungen vorgegeben haben.

Auch während des Treffens war für die TeilnehmerInnen nicht mehr durchschaubar, wie, wo, von wem, welche Entscheidungen getroffen wurden. Zudem wurden Machtkämpfe zwischen einzelnen Gruppen in Spanien nicht transparent gemacht. Das war beim Treffen von 1996 zwar auch so, und sicher ist es schwer, daß bei Treffen dieser Größenordnung zu vermeiden, was aber gefehlt hat, war zumindest der Versuch.

In den einzelnen Arbeitsgruppen - kleine Gruppen, die auch in den Orten

Foto: Herby Sachs

häufig noch sehr verstreut getagt haben - waren diese Schwierigkeiten zum Glück nicht mehr in dem Ausmaß spürbar. Zumindest an einem Punkt wurde dort nicht an letztes Jahr angeknüpft: Es gab diesmal keine vorbestimmte Moderation. Doch nur wenigen war, zumindest dem Diskussionsstil nach, wirklich an einem Austausch gelegen, viele hatten ihr ganz spezielles Ideechen im Kopf und versuchten, für dieses eine möglichst breite Anhängerschaft anzuwerben, was (glücklicherweise) zumeist nicht gelang. Endzeitpropheten und Neue-Hoffnungs-Verkünder, Hausbesetzer und Infoständler, Kaffeeverkäufer und solche, die an »gegenseitige Solidarität« glauben, Kommunisten und Anarchisten, Autonome und Gewerkschafter - das Spektrum ist in seiner Offenheit schwammig. Nicht, daß der bisherige Werdegang dieser »Bewegung« etwas anderes hätte erwarten lassen - daß jedoch noch nicht einmal ein gewisser »linker Grundkonsens« herrscht, war erschreckend.

Das beste Beispiel dafür bot die große Abschlußveranstaltung in El Indiano: Dort wurden an einem Tierrechtlerstand Broschüren verkauft, in denen ein Beitrag von Peter Singer abgedruckt war. Die Abschlußveranstaltung wäre dadurch fast gesprengt worden, und obwohl sich auch fruchtbare Diskussionen daraus ergeben haben, die hier nicht mehr erwähnt werden können, ist auf jeden Fall deutlich geworden, wie sehr die unterschiedlichen Blickpunkte auf dieses Treffen Probleme erzeugen, bei denen die Auseinandersetzung so eklig werden kann, daß es die Grenze der Erträglichkeit langsam überschreitet.

Neben allen Pannen war die Organisation perfekt, um nicht zu sagen: Zu perfekt. Daß das Chaos durch eine Kontrolle und Bürokratie auszugleichen versucht wurde, die jeder Rasterfahndung zumindest Ehre zu machen versucht hat - das ging dann doch zu weit. Während in den Orten der einzelnen Arbeitsgruppen davon glücklicherweise kaum etwas zu spüren war, trat es bei Auftakt und Abschluß allzu deutlich zutage: Ich bin nichts, mein Teilnehmerausweis ist alles.

Auch etwas mehr als eine organisatorische Panne, sondern - meinem Verdacht nach - durchaus gewollt war, daß es häufig nicht für nötig befunden wurde, die TeilnehmerInnen darüber zu informieren, was gerade passiert. Der Eindruck ließ sich dabei nicht niederkämpfen, daß - noch viel stärker als im letzten Jahr - die Anwesenden hier als ein verfügbares Potential für Presse u.ä. gedient haben.

Zwölf Stunden lang Verlesen von »Arbeitsgruppenergebnissen« auf der Abschlußveranstaltung - das sollten dann die »wichtigen politischen Entscheidungen« sein, die es nach Aussage eines völlig überarbeiteten Zapatours-Funktionärs so wichtig machte, dort gewesen zu sein, daß jeder, »der das Treffen nicht von Anfang bis Ende mitgemacht hat, auch nicht wirklich da war«? Die »Ergebnisse« waren mal wieder ein Sammelsurium all dessen, was so geäußert wurde - je mehr, desto besser.

Und all dies soll nun eine Bewegung sein? Wo - wenn überhaupt - das einzig verbindende Element ein gemeinsamer Glaube, nämlich der an die Wahrheit der Worte der Zapatistas ist, wo mit solch einer Inbrunst den Gesandten aus Chiapas gelauscht wird, wo vor lauter Friede, Freude, Toleranz, Herz und Eierkuchen kein Konsens mehr vernehmbar ist, da mutet das Ganze doch eher sektenhaft an: zutiefst religiös und nicht mehr an rational erfaßbaren ähnlichen bzw. unterstützenswerten Kämpfen, sondern an einer diffusen »Internationalen der Hoffnung« orientiert.

Sollte - wie es vorgeschlagen wurde - das nächste Treffen tatsächlich schon 1998 stattfinden, dürfte es kaum noch die Diskussion darum lohnen. Mit etwas mehr Erfahrung im Organisieren von interkontinentalen Treffen würden ein paar weniger Leute sich auf den Weg nach Afrika, Brasilien oder Mexico machen, um sich zu feiern, die Zapatistas zu verehren und die Reden von diesem Jahr zu wiederholen, denn zur Weiterentwicklung wird vor lauter Orgakram keiner Zeit gehabt haben.

Was zu diesem Zeitpunkt eher angebracht wäre, ist wohl erst einmal eine kleine Denkpause: Noch einmal ganz von vorne zu diskutieren, was »Zapatismus« eigentlich sein soll und vor allem was nicht, und sich dann, vielleicht in zwei Jahren, wiedertreffen und zu versuchen, nicht nur Papiere zu erzeugen, sondern endlich wirklich miteinander ins Gespräch zu kommen.

Und bis dahin nicht nur dem Wort nach, sondern wirklich sich in dem zu Wort zu melden, was gerade dort stattfindet, wo man ist. Die Zapatistas zu unterstützen - klar. Als internationalistischer Teil hiesiger Politik. Sie aber nicht zum Maßstab aller Dinge zu machen, ihre Vorstellungen und Marcos Reden nicht zur Bibel zu erheben - nur wenn das funktioniert, hat die »Bewegung« eine Chance, nicht als Polit-Sekte zu enden.

(von der Redaktion gekürzt)

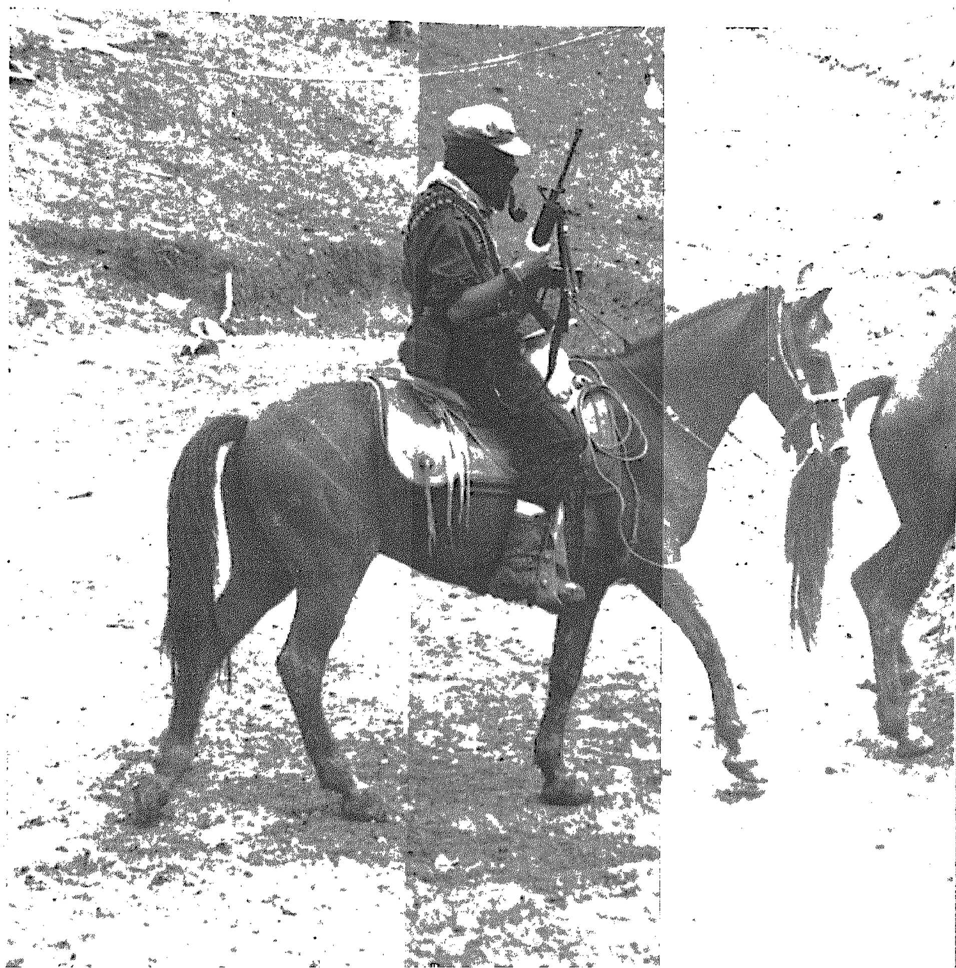



Foto: Juan Ramón Martinez Leon

»...ist doch alles so zivil hier«

Oder: Mein Zapatismus und Ich

von Petzi

»So steer a course
A course of nowhere
And drop the anchor
My little Empire
I'm going nowhere«

CHUMBAWAMBA,
(The Good Ship Lifestyle)

Zivilgesellschaft: bekämpfen, ansprechen, aufbauen?

...es ist schließlich Deutschland im Postherbst. Mit der Gründung der FZLN im September '97 in Mexico-Stadt ist der mehrmalige Aufruf der Zapatistas an die »Zivilgesellschaft« (abermals) gehört worden. Der Marsch der Gueriller's wurde begeistert und massenhaft in der Hauptstadt empfangen. Konkretes Ziel der Unterstützung war diesmal die Einhaltung der mit der Regierung geschlossenen Verträge über indigene Rechte und Kultur und die Entmilitarisierung von Chiapas. Hier wurde politische Teilnahme eingeklagt und zugleich praktiziert, und die angerufene Zivilgesellschaft konnte sich und anderen ihre schon dahinsiechend geglaubte Existenz versichern: Hier bin ich, hier besetze ich Räume und fülle sie aus. Unterdessen sitzt auch auf dem Kontinent der Eroberer die »Zivilgesellschaft« in allen möglichen, auch politischen Räumen, nur ist sie eine andere. Mehr auf Werten, denn auf Interessen begründet, vertritt sich die »Zivilgesellschaft« in Deutschland auf herrschendem Terrain die Füße. Sie ist letztlich ein ausgewachsenes Kind des kulturellen und politischen Status Quo, das seit '68 einen gar nicht so unbeholfenen Marsch durch etwaige Institutionen hinter sich hat, die sich eine gesittete Aufmüpfigkeit zulegte und Ziele wie Selbstbestimmung/ Selbstverwaltung angeblich integrierbar machte (taz, Ökobank, Die Grünen). (Nicht zuletzt auch, um sich vom schwarzen bzw. roten Schaf der Familie besser abzuheben (RAF u.a.)). Und das alles, um dann ('89/90) das Spiel der Eltern vollends (d.h., auch nach deren Regeln) mitzuspielen. Die »Zivilgesellschaft« in Deutschland sorgt sich in punkto Minderheiten z.B. eher um die kulturellen Werte des Abendlandes oder den Wirtschaftsstandort, und gerade nicht um Teilnahme und politische Macht. Fällt der Marsch auf Berlin also schon mal flach.



Die Münsterland/ Chiapas-Connection

...hier ist eben alles anders. Es fragt sich in Anwesenheit einer suspekten »Zivilgesellschaft« ja nicht nur, wen wir ansprechen wollen, sondern auch womit - und zudem nicht zuletzt: who the **** is WIR? Der zapatistische Kampf begann mit dem Blick der Kolonisierten, aus den Augen der heute noch sozial und ökonomisch ausgeschlossenen IndigEnas auf ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Armut. Daß die Ursachen dafür u.a. in den globalen Verhältnissen des Neoliberalismus gesehen werden, ist sicher nicht nur der strategischen Weitsicht der Urwald-TheoretikerInnen zu verdanken. Sie ver-leiht jedenfalls dem Zapatismus eine notwendige Anschlußfähigkeit -die sich weniger technokratisch gestaltet, als sie klingt- an hiesige Diskurse. Diskurse, die weit mehr betreffen und insofern auch fordern, als die Solidarität mit eth-nisch Unterdrückten in einem fernen Dschungel. Als von einem Laptop in Lakandonien die Frage »Wo seid ihr?« vom Subcommandante Marcos an alle Welt gemailt wurde, war das kein Hilferuf (zumindest nicht in erster Linie). Ein Ort ist gefragt, und zwar der, an dem und von dem aus WIR kämpfen. Bekanntlich veranstalten die Zapatistas ja auch weltweite encuentros und nicht Waffensammlungen, womit gesagt sein soll, daß es um den Austausch über die verschiedenen Lebensbedingungen an vielen Orten geht.

Wir, das sind dann vielleicht ein paar Menschen auf Sonntagsspaziergängen gegen AKWs, einige auf Linoleumfuß-

böden gegen die Hochschule, die sie umgibt oder auf anderen eher schmalen und kühlen Pfaden des Widerstands. Jeden- oder bestenfalls sind wir sie wieder, die »dreißig, vierzig Spinner, die einen Traum von einer ach so fernen Welt haben«. Wir könn(t)en die Zapatistas um die Möglichkeit der Identitätspolitik beneiden, weil sich aus wie auch immer zugeschriebenen Wurzeln ja durchaus Lebenskraft saugen läßt. Wir Privilegierten können uns aber statt nach Identität/ Eingrenzung auch fragen, wo findet Ausgrenzung statt (was aller Wahrscheinlichkeit nach ergiebiger ist):



in der Institution, in der ich arbeite, in der Gruppe, in der ich rumlabere, in dem Staat, in den es mich verschlagen hat.

Derbe Krise - coole Krise

...totale Krise angesagt, eigentlich seit ich »Politik mache«, ist die Linke und erst recht die radikale Linke hier keine solche Wurzel-Gemeinschaft, sondern in der Krise. Sie ist eine Krise. Die »Nie wieder Deutschland«-Demo im Frankfurter Mai '90 war vielleicht noch »ermutigend«, weil 20.000 Deutschland noch das Maul stopfen wollten (darunter auch nicht wenige Grüne und allerdings die MLPD, die nicht gegen Großdeutschland, sondern -wie immer werktätigengerecht- für die »sozialistische Wiedervereinigung« war). Drei Jahre später aber, ihr kennt die Geschichten, hatte die häßliche Fratze das Asylrecht verschlungen, und 20.000 in Bonn konnten nur noch wütend feststellen, daß der neue Normalzustand mit clever-rassistischem Antlitz auf allgemeine Zustimmung gestoßen war. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt die Parole »Kohl muß weg!« auszurufen ist diese Art von »Widerstand«, die ihre Anführungszeichen verdient hat, weil sie wie Stauffenberg letztlich das Vaterland retten oder vor Schlimmerem bewahren will. Also Vorsicht mir der »Gemeinschaft«. Wenn der Zapatismus sich die Verteidigung des Nationalstaates und seiner angeblichen Errungenschaften auf die Fahnen schreibt, ist das der Punkt, an dem wir angesichts konkret historischer Ausgangslagen (Deutschland) viel Tip-Ex für unsere Winkelemente brauchen. Ein Netz scheint da schon eher eine adäquate Form der Zusammenschlüsse und die entscheidende Alternative gegen den nationalen Konsens. Doch ist die Lage, eingeklemmt zwischen »Markt« und »Staat«, nicht gerade Ausgangspunkt für heitere Offensiven. Aber von Chiapas lernen, heißt auch, die Illusionslosigkeit zu nutzen wissen und mit dem Normalzustand hantieren zu lernen. Auch »Abwehrkämpfe« können lustig sein.

Mit aller Macht gegen alle Macht? Handgriffe zum Anpacken, Fußnoten zum Wegtreten

Die '68er-Strategie des Nicht-Mitmachens und der Subversion scheint heute insofern als Strategie nicht mehr angesagt, als sie (wie jede Strategie) auf das Ziel verweist, das in diesem Fall in morgengeröteter Zukunft liegt. Bei Subversion als wertezersetzender Möglichkeit geht es vielleicht mehr ums konkrete Leben im Sinne der libertär-feministischen Forderung, daß das Private politisch sei: Aber weder der Gandhi'sche Radikalmoralismus (my life is my message) bringt oder schafft Verhältnisse zum Aushalten, noch der Umkehrschluß, nicht mehr auf öffentlicher Bühne sein Spielchen treiben zu müssen, weil jedes intensive WG-Gespräch zum Politikum erklärt wird und dank seiner ungeheuren Sprengkraft die Verhältnisse zum Tanzen bringen könnte,... potentiell.

Die Zapatistas lehnen ja den Kampf um das Ergreifen jeder staatlichen Macht ab. »Wir wollen nicht, daß andere (...) für uns entscheiden. Wir wollen direkt an den Entscheidungen teilnehmen, die uns angehen, unsere Regierenden kontrollieren (...), und sie dazu zwingen, 'gehorchend zu befehlen'«. Aber Macht hat eben nicht nur was mit Herrschenden zu tun, sondern auch mit machen. Macht ist überall, wie Inspektor Foucault herausgefunden hat, »nicht weil sie alles umfaßt, sondern weil sie von überall kommt. (...) Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt«. Der aufmerksame Alltag, schauen und erleben, wie und wo Macht funktioniert, wäre vielleicht dementsprechend eine prima Beschäftigung. Nicht die Aufgabe des politischen Kampfes (in der Doppeldeutigkeit von »Aufgabe« wird deutlich, wo das Problem dabei liegt), aber eine Möglichkeit von politischem Handeln. Ansatzpunkte wären Fragen, zum Beispiel: Wie konstituiere ich mich als Mann (oder Frau)? Wo liegen Privilegien und patriarchale Dividende rum und wie bediene oder nutze ich das Zeug (oder werde von ihm plattgemacht)? Zapatismus: Eine Methode im Umgang mit Vergangenheit (Conquista & die Folgen), Zukunft (Leben oder Sterben angesichts von NAFTA & Neoliberalismus), Gegenwart (Ausgrenzung & Armut).

Dann drängen sich natürlich wieder Fragen der Wissensvermittlung auf & in den Vordergrund, die nach neuen Formen verlangen. Wissen gibt es unendlich viel, es fragt sich halt, wer was davon abbekommt.

Foto: Herby Sachs /version

Neues vom Shakespeare der Selva

Die "Geschichten vom Alten Antonio" sind eine gelungene Sammlung von Erzählungen des Subcomandante Marcos

Es ist nicht wichtig, ob der Alte Antonio tatsächlich existiert. Wichtig ist nur, daß er existieren könnte. Marcos erzählt die Geschichten eines Mannes "undefinierbaren Alters" mit einem "Gesicht gefurcht wie Zedernrinde", um dem westlich geprägten Mexiko seine andere Hälfte vorzuführen: Das "tiefliegende Mexiko" der tausendjährigen indigenen Tradition, das vom modernen, aber letztlich "imaginären Mexiko" nie wahrgenommen werden wollte und immer unterdrückt wurde.

Marcos will neben der literarischen Tradition der Moderne eines Fuentes oder Paz Platz schaffen für den Alten Antonio und die indigene Tradition. Das, was der Sozialanthropologe Guillermo Bonfil Batalla in seinem Buch "México profundo" (tiefliegendes Mexiko) wissenschaftlich zu beweisen suchte, will Marcos literarisch erreichen. Er wendet damit ein Prinzip an, das die Kulturwissenschaften in den letzten Jahren immer deutlicher herausgestellt haben: kulturelle und nationale Identität werden ganz wesentlich über Literatur vermittelt.

Eine der schönsten Geschichten im Buch ist die vom "Löwen und dem Maulwurf". Man stelle sich folgende Situation vor: Ein Löwe blickt sein Opfer an. "Das Tier, das sterben wird, blickt einfach nur zurück. Es sieht nicht mehr sich selbst, es sieht das Bild des Tieres im Blick des Löwen, es sieht, daß es im Blick des Löwen klein und schwach ist." Aber "der Maulwurf wurde blind, weil er, statt nach außen zu sehen, begann, sein Herz zu betrachten." Obwohl die Götter den Maulwurf deswegen bestraften und unter die Erde blicken", blickte der Maulwurf weiter in sich hinein und hat darum keine Angst vor dem Löwen." Die Moral ist klar: "Der Mensch, der es vermag, sein Herz zu betrachten, sieht die Kraft des Löwen nicht". "Man tötet den Löwen und die Angst, wenn man weiß, wohin man schauen muß."

Obwohl jede der Geschichten Gleichnis-Charakter hat und indianische Lebensweisheiten bereithält, kommen diese weder platt pathetisch noch aufdringlich esoterisch daher. Statt dessen wahren sie genau jene Vieldeutigkeit, die zum Denken anregt. So scheint den Maya-Göttern die divine Unfehlbarkeit, die die jüdisch-christliche Tradition kennzeichnet, abzugehen. Anstatt sich von der eigenen Schuldhaftigkeit und Unzulänglichkeit erschlagen zu lassen, die einen angesichts der Allmächtigkeit Gottes überkommt, erlauben die Maya-Götter auch mal ein Schmunzeln. Sie streiten sich, schlafen und trinken pozol anstatt zu richten, ja sie irren sich sogar, und das nicht bei irgendwelchen Kleinigkeiten, sondern bei einer solch transzendenten Aktivität wie der Schöpfung des Menschen selbst. Zuerst versuchen es die Götter mit Goldmenschen, weil sie "besonders schön und hart" sind. Als sie feststellten, daß diese sich nicht bewegen, unternehmen sie einen zweiten Anlauf und schufen Holzmenschen. Diese arbeiten zwar, lassen sich aber von den Goldmenschen zwingen, für diese mitzuarbeiten. Errare divinum est, sagen sich die Götter, und so gelingt es ihnen schließlich im dritten Anlauf, die "wahrhaften Männer und Frauen" zu schaffen: die Maismenschen.

Marcos "klaubt schamlos zusammen, was die alten Maya-Mythen hergeben", so die HerausgeberInnen im Editorial, und gesteht durchaus ein, ein "Plagiator" zu sein. Bei seiner Schöpfungsgeschichte zum Beispiel hat er aus der Maya-Bibel Popol-Vuh abgeschrieben und das Material auf die mexikanische Gesellschaft, aber nicht nur auf diese, zugeschnitten.

Literatur oder Politik

Marcos' "Geschichten vom Alten Antonio" beinhalten ein Maß an Phantasie und Metaphorik, Vieldeutigkeit und ästhetischer Distanz zur Realität, das für literarische Werke typisch ist. Dennoch ist sein Interesse an den Mythen und deren literarischer Verarbeitung eher ein politisches, denn ein literarisches. Marcos will kein autonomes Kunstwerk schaffen. Sein Ziel ist vielmehr, Politik mit literarischen Diskursen anzureichern.

Wer die Texte mit ausschließlich literarischen Ansprüchen lesen will, täte ihnen sicherlich unrecht, denn sie "nur als 'Märchen' zu verstehen, würde ihnen den Entstehungshintergrund nehmen", bemerken die Topitas in ihrem Editorial völlig zu recht. Der Autor selbst beugt einer solchen Lesart wirksam vor, indem er jeden Höhenflug in mythische Sphären abrupt in die chiapanekische Realität abstürzen läßt. Sie ist es, die mit ihren kindlichen Protagonisten Eva, Heriberto, Toñita und anderen den erzählerischen Rahmen für die "Geschichten vom Alten Antonio" abgibt. Denn eigentlich erzählt Marcos sie nicht uns, sondern den Kindern.

Markus Müller

Subcomandante Marcos: "Geschichten vom Alten Antonio" Mit einem Vorwort von Elena Poniatowska. Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1997, 160 Seiten, 24,-DM.



Foto: David Rosales

Warum ich nach Chiapas fahre

von José Saramago

Was hier nun zu lesen sein wird ist "skandalöse Einmischung in die ineren Angelegenheiten eines fremden Landes." Im März werde ich nach Mexiko fahren, wo ich zunächst einen Kurs an der Universität von Guadalajara erteilen und danach an einer Vortragreihe in der Bundeshauptstadt teilnehmen werde. Ich erwähne diese beruflichen Verpflichtungen des Schriftstellers, um zu erkären, daß mich bei dieser Reise eine andere Verpflichtung nach Chiapas führen wird. Diese Verpflichtung ist moralisch.



Zum maßlosen Erstaunen einiger meiner Zuhörer erkläre ich seit einiger Zeit, daß es mich immer weniger interessiert, über Literatur zu sprechen. An erster Stelle, weil die Tatsache, daß ich über Literatur spreche, jenem fragwürdigen und zweifelhaften Nutzen, den meine Bücher haben, keinen weiteren beisteuert. Und an zweiter Stelle, weil die literarischen Diskurse (die der Literatur selbst und die, die über sie gemacht werden) mir immer mehr wie ein Engelchor vorkommen, der mit heftigem Flügelschlag und Trompetengeheul in den Lüften schwebt. Das Leben, dieses, ist da, wo es zu bleiben gewohnt ist, unten, perplex, beklemmt, Proteste murmelnd, Wut ausbrütend, zuweilen Empörung ausschreiend, zuweilen still unvorstellbare Folterungen, namenlose Erniedrigungen, endlose Verachtungen aushaltend. Deshalb werde ich nach Chiapas fahren.

Ich könnte auch ins Lissaboner Viertel Casal Ventoso fahren (was nicht das erstemal wäre), wo vor einigen wenigen Tagen der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei eine bemerkenswerte Zurschaustellung politischer Pornographie bot, indem er Weihnachtsgebäck unter den dort versammelten Drogenabhängigen verteilte, aber ich fahre nach Chiapas.

Dort leben sie nun seit fünf Jahrhunderten unter diesen verachtungen, diesen Erniedrigungen, diesen Folterungen, und ich habe das Gefühl, daß es meine Pflicht als Weltbürger (ich mache mir die Rhetorik zu eigen) ist, den Schreien des Schmerzes zuzuhören, die dort ertönen. Und auch diesen Protesten und Ausbrüchen der Wut.

Die Tatsachen sind bekannt. Paramilitärische Gruppen, die allen Indizien zufolge nicht nur mit den Großgrundbesitzern der Gegend, sondern auch mit der Partei der Institutionalisierten Revolution verknüpft sind, die seit 1929 ohne Pause und übermäßige Ehre regiert, töteten wegen des unsäglichen Verbrechens, Sympathisanten des Ejército Zapatista de Liberatión National zu sein 45 indianische Bauern, die in eine Kirche geflüchtet waren, um den gewaltausbrüchen im nördlich von san Cristóbal gelegenen Massiv der Altos von Chiapas zu entkommen.

Unter den durch Machetenhiebe und großkalibrige Schußwaffen Ermordeten befanden sich 21 Frauen, 14 Kinder, und ein Baby. Es ist möglich, daß die Frauen, alle Frauen, und die ebenfalls niedergemetzelten Männer, überzeugte Zapatisten gewesen sind: Sie waren alt und bewußt genug, um die höchste Würde einer Volksrevolution gegen die konstante Erniedrigung Durch verdorbene Mächte zu wählen, die durch die historische Ehe zwischen Staat und Kapital ausgeübt werden.

Aber warum Kinder? Dieses Baby? Sollten die etwa auch Zapatisten wie ihre Eltern sein, Revolutionäre wie ihre Großeltern? Wollten die Mörder nicht nur Leichname über leichname stapeln, um den Strom der Revolution zu stoppen, sondern auch den Fluß an seiner Seite zum Versiegen bringen, also die Kleinen töten, damit sie später nicht dem Beispiel der Älteren folgen können?

Ohne jetzt darauf einzugehen, ob wir uns dafür schämen sollten oder nicht, daß die Gattung der wir angehören , so ist, wie sie ist, schämen wir uns wenigstens unserer Apathien, unserer Gleichgültigkeiten, unserer heimlichen oder offenen Komplizenschaft, unserer schändlichen Feigheiten unter der Maske der Neutralität. Da die Mächte der Welt sich so darauf versteift zeigen, und zu globalisieren, globalisieren wir uns eben auf unsere eigene Rechnung.

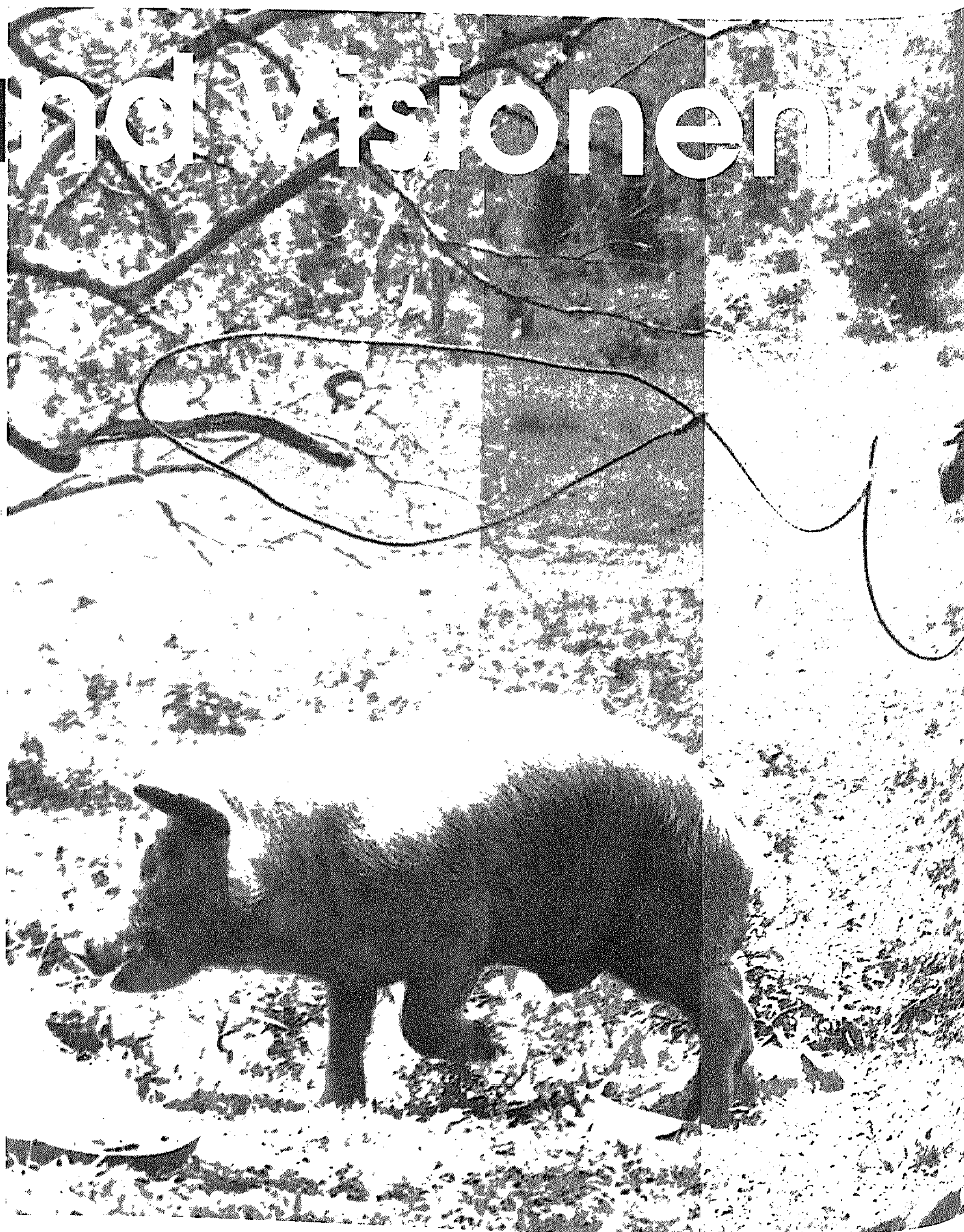
Die brasilianische Militärpolizei und die bezahlten Killer der Latifundisten ermorden Bauern, die lediglich eine Landreform fordern, und die Verbrechen werden nicht bestraft. Mit der mexikanischen Regierungspartei und den Großgrundbesitzern verbundene Gruppen werden geschützt und zerstören in aller Ruhe ohne Rücksicht auf geschlecht und Alter alle Lebenden, die Ihnen über den Weg laufen.

Auf eines achten sie allerdings dabei: Nur die Armen werden umgebracht, nur denjenigen, die nicht als das taurige Leben besitzen, wird das leben genommen.

Man muß sich die Frage nach dem warum stellen Es ist bekannt, wer tötet, aber nicht, wer das Töten befiehlt. Die Hand, die den Mörder bezahlt, bleibt im Verborgenen, wir sehen nur (wenn wir sie sehen) die Hand, die schießt oder die Kehle durchschneidet. Wie die Drogenabhängigen aus Casal Ventoso sterben die Indios in Chiapas, weil wir es nicht wagen, mit dem Finger auf die Verbrecher zu deuten. Auf die anderen.

El Mundo 30. Dez. 1997
aus. Land und Freiheit Nr. 37,
Sonderblätter der Aktion,
Edition Nautilus

Ziele und Visionen


Foto: Kurt Oxenius

von Andi Ries

In seinem Artikel "Ziele und Visionen" (SF Nr.60) hat Noam Chomsky einen sehr spannenden Aspekt politischen Handelns aufgegriffen, der auch in der anarchistischen Geschichte immer wieder diskutiert wird: nämlich das Verhältnis von politischem Handeln (er nennt es Ziele) und politischer Utopie (er nennt es Visionen). Müssen beide ständig in Übereinstimmung sein? Darf es Abweichungen geben? Stehen sie gar ab und an oder vielleicht ständig in Widerspruch zueinander?

Die einfachste Handhabung dieses Problems ist die dualistische. D.h. beide Aspekte müssen ständig in Übereinstimmung stehen, alles andere wäre eine Auflösung der Visionen oder umgekehrt: Ziele und Visionen dürfen nicht miteinander verquickt werden, will mensch nicht zu einem oder einer ideologischen SchattenkämpferIn werden. Obwohl wir in einem digitalem Zeitalter leben mag ich mich diesem Dualismus nicht anschließen, trotz der Widersprüche in denen sich Chomsky bewegt.

"Ziele und Visionen können als in Konflikt zueinander erscheinen und sind es oft auch." (S.35)

"Die anarchistische Vision in fast jeder Variante hat insbesondere die Auflösung der staatlichen Macht ins Auge gefaßt. Ich persönlich teile diese Vision, obwohl sie meinen Nahzielen direkt zuwiderläuft. Von daher die Spannung von der ich gesprochen habe.

Meine kurzfristigen Ziele liegen in der Verteidigung und sogar Stärkung von Elementen der Staatsautorität die, obwohl in grundlegender Weise illegitim, gerade jetzt von kritischer Notwendigkeit sind, um den heftigen Anstrengungen, den bei der Ausdehnung von Demokratie und Menschenrechten erreichten Fortschritt zurückzurollen zu begegnen." (S.37)

"Ich denke, daß in der heutigen Welt die Ziele eines engagierten Anarchisten darauf gerichtet sein sollten, einige der Staatsinstitutionen gegen den Angriff auf sie zu verteidigen und dabei gleichzeitig zu versuchen, sie für mehr tatsächlich relevante Teilnahme der Öffentlichkeit zu öffnen – und sie schließlich in einer weitaus freieren Gesellschaft aufzulösen, wenn die angemessenen Bedingungen dafür geschaffen werden können." (S.37f)

Nehmen wir den anarchistischen Bußgeldkatalog zur Hand, wird es tatsächlich teuer für Herrn Chomsky, aber Spaß beiseite. Noam Chomskys zitierte Äußerungen sind im Kontext mit der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus gefallen. Von daher möchte ich ein paar Bemerkungen zu dessen Praxis machen, weil hier meiner Ansicht nach ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Neoliberalismus

Was heute unter Neoliberalismus verstanden wird, ist eine ökonomische Schule, die in Chicago im wesentlichen von Milton Friedman beeinflußt worden ist. Sie propagierte eine "freie Marktwirtschaft", die frei von staatlicher Beeinflußung bzw. korrekterweise frei von Maßnahmen des Sozialstaates war und damit einen wesentlichen Aspekt keynesianischer Wirtschaftspolitik der vorrangegangenen Epoche erfüllten. Mit dem Putsch Pinochets ergab sich die Möglichkeit für die "Chicago Boys" (wie die Mitglieder der ökonomischen Schule auch genannt wurden) ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Pinochets Chile galt in den Achtzigern als Musterbeispiel wirtschaftlichen Erfol-



ges für den gesamten südamerikanischen Kontinent, nirgendwo dort war die Inflation so gering, wie unter der Diktatur Pinochets. Chile erzielte als Beispiel weltweite Bedeutung, "untermauerte" doch die Entwicklung in diesem Land die Thesen Milton Friedmans. Kleinere Makel wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 7 auf 30% treten in der neoliberalen Bewertung der wirtschaftlichen Stärke eines Landes grundsätzlich nicht auf. Der wirtschaftliche Erfolgsweg der Vereinigten Staaten, Großbritanniens oder ein neueres, exotisches Beispiel Neuseelands geht zumeist auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Wirtschaftlicher Erfolg im neoliberalem Sinne ist synonym mit der Verarmung weiter Bevölkerungsteile. Das Ausmaß ist von Land zu Land unterschiedlich. *(vgl. M. Wilk, Macht und Herrschaft III, SF Nr. XX).*

In den USA kamen die Neoliberalen unter der Regentschaft Ronald Reagans ganz und gar zum Zuge. Die Sozialleistungen, die in diesem Land von vornherein sehr kümmerlich waren, wurden abgebaut, die hohen Einkommen wurden steuerlich entlastet etc . Interessant ist die Argumentation für den Abbau des Sozialstaates. Barbara Ehrenreich hat diese wie folgt zusammengefasst: "Ihre (der neuen Rechte) Analyse beginnt mit der bei der Entdeckung der Armut entstandenen Annahme, die Armen seien Opfer einer "Kultur" oder eines "Syndroms", das sie unfähig macht, nach sozialem Aufstieg zu streben. Nach Auffassung der Rechten ist die Ursache dieses Syndroms nicht in der verzweifelten Lage der Betroffenen zu suchen, sondern in der übertriebenen Großzügigkeit der Wohlfahrts- und Sozialhilfe-Programme ... Demnach ist also die Sozialhilfe bzw. jegliche staatliche Hilfe die Ursache der Armut. George Hilders etwas makaberer Analyse zufolge verkrüppeln Fürsorgeleistungen ihre Empfänger, indem sie Männer ihrer angestammten Ernährerrolle berauben, sobald ihre Ehefrauen oder Freundinnnen auf Stütze gehen. Dies führt bei den Männern (zumindest bei Schwarzen, auf die Hilder sich ausschließlich bezieht) zu "Resignation, Wut, Eskapismus und Gewalttätigkeit, einem beschränkten Horizont und Promiskuität"" *(B. Ehrenreich, Angst vor dem Absturz, Kunstmann, S.179).* Eine solche Argumentation ist auch in hiesigen Längengraden vorstellbar. Die Äußerungen des "Stammtisches" über die Sozialhilfeempfänger lassen eher auf eine ebenso breite Zustimmung dieser Thesen, wie sie in den USA vorhanden war, schließen. Der radikale Kahlschlag sozialer Maßnahmen in den USA findet bis heute keine Erwähnung in den Nachrichten des wirtschaftlichen Erfolges der USA. Der "rollback" in den USA hat einen gewaltigeren Charakter als hierzulande, dies sollte bei der Bewertung der Äußerungen Chomskys bedacht werden.

Der Fluch der Ökonomie

Noam Chomskys Artikel zeichnen sich vor allem durch die Fülle von Material aus. Ebenso bemerkenswert ist seine schnelle Reaktion auf aktuelle weltpolitische Ereignisse. Im Bereich der US-Außenpolitik und der Menschenrechte gibt es sehr wenige Autoren, die ein vergleichbares Maß an wichtigen Publikationen veröffentlicht haben. Dieses Verdienst bleibt unbestritten. Jedoch ist das analytische Instrumentarium, sobald es die Sammlung von Fakten verläßt, antiquiert bzw. ungenügend.

Er operiert mit den Methoden des klassischen Anarchosyndikalismus. Die Ökonomie, der Betrieb ist das Zentrum politischen Handelns. "Illegitime Strukturen des Zwanges müssen demontiert werden; besonders aber die Beherrschung durch *das Wirtschaften für privaten Profit durch die private Kontrolle von Bankenoperationen, Land und Industrie, verstärkt durch das Kommando über die Presse, die Presseagenten und weitere Mittel von Publizität und Propaganda (Dewey).* Wenn dies nicht getan wird, fuhr Dewey fort, macht es wenig Sinn, von Demokratie zu reden. Die Politik wird der *Schatten* bleiben, *der vom großen Geschäft auf die Gesellschaft geworfen wird...*"(SF Nr.60, S.38). Während innerhalb wirtschaftlicher Organisationen hierarchische Kommandostrukturen herrschen, haben Regierungen *"einen verhängnisvollen Makel: im Unterschied zu den privaten Tyranneien bieten die Institutionen der staatlichen Macht und Autorität der verachteten Öffentlichkeit die Möglichkeit, in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten eine gewisse wie auch immer begrenzte Rolle zu spielen"* (SF Nr.60, S.37). Diese begrenzte Rolle ist Produkt eines langen harten Kampfes gewesen aus dem sich der kapitalistische Wohlfahrtsstaat herausgebildet hat. Dieses Muster sieht man sehr häufig in Chomskys Artikel. Es ist gewissermaßen der Rahmen, in dem die Fakten verbunden werden. Die Politik ist Erfüllungsgehilfe der Wirtschaft und gesellschaftliche Tendenzen finden nur schwer Eingang in die Sphäre des Politischen, und im ökonomischen Bereich ist der gesellschaftliche Einfluß zunehmend geringer. Cornelius Castoriadis nannte so etwas einen "nuancierteren Marxismus".

Dieser Sicht liegt eine Ökonomievorstellung zugrunde, aufgrund derer wirtschaftliches Handeln sich gesetzmäßig in einem weitgehend geschlossenen System abspielt. Nach dem Grundsatz "größtmöglicher Ertrag mit dem kleinstmöglichen Aufwand" vollzieht ES sich größtenteils selbsttätig. Ein von Menschen geschaffener selbsttätiger Prozeß.

Vor diesem Hintergrund erscheint mir die These von Chomsky, daß in der Verteidigung oder gar Stärkung der Staatsautorität eine kritische Notwendigkeit läge, verständlich fast schon zwingend, wenn auch nicht akzeptabel. Zu diesem Vorgang hat Jean Pierre Voyer einmal geschrieben: "Es ist derselbe Marx, der erklärt: *man geht nicht von dem aus, was die Menschen sagen, sich denken, sich vorstellen*, der selbst von einer Idee, einer Vorstellung ausgeht: der Ökonomie, aus der er etwas absolut Wirkliches machen will, das Wirkliche par excellence, *den Prozeß des wirklichen Lebens*. Die Ökonomie existiert ausschließlich als Handlung der Bourgeoisie und als Idee im bürgerlichen Denken... Es ist die Idee von einer Welt, in der die Bourgeoisie nicht herrschen würde, in der das bürgerliche Handeln kein herrschendes Handeln wäre, einer Welt also, in der die Bourgeoisie notwendig wäre. Die Bourgeoisie ist eine sich schämende herrschende Klasse, sie ist eine herrschende Klasse, die behauptet, nicht zu herrschen. Marx hat diese List sehr gut erfaßt. Er nimmt den Krieg auf, um den apologetischen Charakter der Ökonomie aufzuzeigen. Doch zu welchen Ergebnis kommt er? Er verewigt die Bourgeoisie in der Theorie besser, als die Bourgeoisie es sich jemals hätte wünschen können, so daß die Theorie, zu der er gelangt, es erlaubt, eine bürgerliche Welt ohne Bourgeoisie zu konzipieren,... eine Welt, in der die Ökonomie die Realität der Welt ist. Nun ist die Ökonomie aber nichts anderes, als eine Lüge der Bourgeoisie über die Herrschaft der Bourgeoisie. Und eine Welt, in der die Ökonomie die Realität der Welt ist, ist eine Welt in der die Herrschaft der Bourgeoisie die Realität der Welt ist." Wenn auch die Darstellung in diesem Falle etwas belustigend wirkt, ist der Gedankengang auf jeden Fall richtig *(Vgl. SF 29 Herrschaft und Ökonomie, Luciano Lanza, und C. Castoriadis, Durchs Labyrinth S. 163ff)*. Die Ökonomie, wie wir sie als unabhängige Wissenschaft, als Ratgeber des Politischen verstehen, existiert erst seit dem 17./18. Jahrhundert. Dem von J.P. Voyer beschriebenen Prozeß sitzt auch Noam Chomsky auf, indem er aufgrund der fürchterlichen bourgeoisen Gefahr (dem Neoliberalismus) die Bourgeoisie stärken will (staatliche Institutionen). Was sind denn Bedürfnisse, wie entstehen Äquivalente, woher kommt der Wert? Um nur einige Fragen zu nennen.

Es gibt ein Leben das auch im Kapitalismus weitgehend unterbelichtet bleibt. Die feministische Bewegung hat Teile davon (wie z.B. die Hausarbeit) als eine Quelle der kapitalistischen Akkumulation ausgemacht. Daneben gibt es Bereiche, die erst heutzutage in das Blickfeld sozio-ökonomischer Betrachtung rücken, wie die sogenannte Schattenwirtschaft (Nachbarschaftshilfe, Schwarzarbeit etc). Alles Momente, die in der Ökonomie, sobald sie sich konkret in Zahlen ausdrückt, im Dunkel des Nichts verschwinden.

Ökonomische Prozesse sind soziale Prozesse. Die Ökonomie ist nicht von der Gesellschaft abkoppelbar; es besteht ein gesellschaftliches Verhältnis. Von daher ist Politik auch immer mehr als ein "Schatten vom großen Geschäft". Im Gegenteil weist die Gesellschaft die Grenzen bestimmter Ökonomien auf. Dies ist auch beim Neoliberalismus feststellbar, nicht umsonst finden wir ihn in unterschiedlichsten Variationen. Gewisse Grundelemente sind überall vorhanden, jedoch in unterschiedlicher Gestalt. Es kommt darauf an, auf welche Begebenheiten er trifft. Diese Begebenheiten sollten der Schwerpunkt oppositionellen Handelns sein. In dem Maße wie z. B. libertäre Inhalte in der Gesellschaft verankert werden können, umso schwieriger wird sich eine kapitalistische Ökonomie durchsetzen. Was keineswegs gleichbedeutend mit einer Ignorierung wirtschaftlicher Fragen seitens der AnarchistInnen sein soll. Im gesellschaftlichen Bereich außerhalb staatlicher Institutionen sind die Aufgaben derart vielfältig, daß AnarchistInnen mehr als genug zu tun bleibt. Wir brauchen nur auf den Zustand oppositioneller Bewegungen zu schauen, um einiges davon zu entdecken.

Entstaatlichung

Legitim hielte ich Chomskys Äußerungen, sobald sie sich lediglich auf die Verteidigung sozialer Leistungen bezögen. Es ist abstrus den Abbau des Sozialstaates als Entstaatlichung im anarchistischem Sinne zu begreifen. Solange die Eigentumsverhältnisse unberührt bleiben, solange keine anarchistische Bewegung Solidarität im Sinne des Wortes ausüben kann, wäre es politisch fatal, eine Abschaffung der Sozialleistungen zu fordern, oder auch nur zu begrüßen, auch wenn der Staat sich damit legitimieren würde. Die Konsequenzen sind andere als die die sich die Verarmungstheoretiker ausmalen, sie sind heute schon absehbar, wie auch Michael Wilk in seinem Artikel "Menetekel Globalisierung" (SF Nr.61) feststellte: *"Die Enttäuschung über einen Staat, der sich in den Augen Vieler genau in dieser Situation seiner Verantwortung entzieht, läßt zwar vordergründig Distanz und Mißtrauen gegenüber staatlichen Organen wachsen, führt aber seltenst zur grundsätzlichen Infragestellung der Herrschaftsmechanismen, ganz zu schweigen von der Entwicklung humaner libertärer Alternativstruktur. Anstatt sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, wünschen sich viele nur den alten Vater Versorgungsstaat zurück, der den sozialen Frieden, und damit die eigene Position sichern möge, und/oder rufen nach jenem starken Staat der sie schützen soll, notfalls auch gegen die Anderen, die Nichtdeutschen, die Mafia, die Bulgaren, oder wer auch immer gerade aktuell als Bedrohungsmoment aufgebaut wird."*



Staatlichkeit oder Anarchie?

Einige Bemerkungen zu Noam Chomsky

von Jürgen Mümken

Ich möchte folgende Aussage von Noam Chomsky zum Ausgangspunkt einiger Überlegungen zur Frage nach Staatlichkeit oder Anarchie innerhalb der momentanen Krise und Transformation der Gesellschaft machen:

»Meine kurzfristigen Ziele liegen in der Verteidigung und Stärkung von Elementen der Staatsautorität die, obwohl in grundlegender Weise illegitim, gerade jetzt von kritischer Notwendigkeit sind, um den heftigen Anstrengungen, den bei der Ausdehnung von Demokratie und Menschenrechten erreichten Fortschritt 'zurückzurollen', zu begegnen. Die Staatsautorität ist jetzt in den demokratischen Ländern schweren Angriffen ausgesetzt, aber nicht, weil sie mit der libertären Vision in Konflikt steht. Sondern im Gegenteil: weil sie einigen Aspekten dieser Vision einen (schwachen) Schutz bietet.«
(SF 1/97, 37).

Chomsky ruft hier zur Stärkung der »Staatsautorität« auf, doch der Staat als autonome Institution mit eigener »Autorität« ist ein Mythos bürgerlicher Staatstheorie. Der Staat ist die »materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« (Poulantzas 1978, 130) und dieses wird durch die Gesamtheit seiner Apparate verkörpert, dabei handelt es sich sowohl um repressive Staatsapparate (Militär, Polizei, Justiz) wie auch um ideologische Staatsapparate (Familie, Gewerkschaften, Universität, Parteien, Medien, Kirche etc.) (vgl. Müller u.a. 1994). Die jeweiligen historischen Formationen der kapitalistischen Staaten sind das Ergebnis von sozialen Kämpfen und den ihr innenwohnenden Kräfteverhältnissen und Widersprüchen. Dies bedeutet, daß der Staat »kein Ding an sich« ist, keine autonome Institution, die eine eigene »Autorität« besitzen könnte.

»Der Staat (...) ist ein Ort und ein Zentrum der Machtausübung, besitzt jedoch selbst keine eigene Macht«.
(Poulantzas 1978, 136).

Auch die folgende Formulierung von Murray Bookchin *»(...) wenn man im Staat agiert statt gegen ihn (...)«* (SF 2/97, 23) verkennt die Materialität des Staates, denn es gibt kein »Außen des Staates«, »in dem die revolutionären Subjekte siedeln (und seßhaft sein) sollen« (Müller u.a 1994, 11), denn die verschiedenen Kämpfe (z.B. die der verschiedenen sozialen Bewegungen) stehen nicht außerhalb des Staates, sondern finden innerhalb des Staates statt. In diesem Sinne befinden sich auch AnarchistInnen, AnarchosyndikalistInnen, Libertäre und Autonome nicht auf einer »Insel« sondern innerhalb des Staates, sind Teil der Kräfteverhältnisse, die den Staat durchziehen und konstituieren und müssen aus dieser Position heraus für die Aufhebung bzw. das Absterben des Staates kämpfen. »Abschaffen« ist wohl ein falscher Begriff für den Weg in eine staatenlose und herrschaftsfreie Gesellschaft, da er von einem Staat als Institution und nicht als Verhältnis ausgeht. Der so verstandene Staat ist weder monolithisch noch frei von inneren Widersprüchen, den dieser Staat ist durchzogen von den politischen Kämpfen, »oder besser, daß er das Feld ist auf dem die Kämpfe ausgetragen werden« (Müller u.a 1994, 151).

Doch nun zurück zur Aussage von Chomsky. Aufgrund der oben beschriebenen Erkenntnisse über den kapitalistischen Staat kann die Aussage von Chomsky - meiner Meinung nach - nur so gedeutet werden, daß er zur Verteidigung und Stärkung des fordistisch-keynesianisches Wohlfahrtsstaates -

inklusive der liberalen Demokratie westlicher Gesellschaften - aufruft, da dieser durch Neoliberalismus, Deregulierung und Globalisierung gefährdet ist. Der fordistisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat der westlichen Industriestaaten ist aber kein Ausdruck eines »erreichten Fortschritts«, sondern ein Kompromiß innerhalb von sozialen Kräfteverhältnissen (u.a. Klassenkämpfen) - innerhalb der jeweiligen (National-)Staaten und ihren historischen Bedingungen. Mit der Krise des Fordismus wurde dieser Kompromiß gekündigt. Zu einem durch das Kapital, aber auch durch die Neuen Sozialen Bewegungen (NSB), die sich gegen die Entmündigung, Disziplinierung, Normierung und Normalisierung durch den Wohlfahrtsstaat auflehnten, denn der Wohlfahrtsstaat ist - nicht nur in Deutschland - an den Obrigkeitsstaat gekoppelt. (Die Sozialgesetzgebung wurde nicht zufällig während der Zeit des Sozialistengesetzes eingeführt und in den 70er Jahren bekamen die einen BAFöG, während die anderen in Hochsicherheitstrakten verschwanden.) Die soziale und kulturelle Krise des Fordismus wird durch die »68er-Bewegung« und dem Entstehen der NSB markiert.

Große Teile der NSB und der Subkultur der 70er Jahren erkannten, »daß im Sozialstaat nicht tatsächlich Demokratie, Basisdemokratie oder ähnliches verwirklichbar war, sondern daß der Sozialstaat im Kern bürokratisch war, zu einer Enteignung von Subsistenz- und Selbstorganisationsfähigkeiten führte und vor allem: weil finanzielle Zuwendung immer und unmittelbar mit sozialer Kontrolle verknüpft war. Die Bürokratisierung des Sozialstaats basierte auf kontrollpolitische Erfassung wie Volkszählung, Rasterfahndung, Registrierung, Verrechtlichung aller Lebensbereiche. Je differenzierter die gesellschaftliche Organisation, je bürokratischer der Apparat, der die Chose am laufen hielt, desto hysterischer die Reaktion auf oppositionelles Verhalten, das irgendwo einen Keil in die verzahnten Abhängigkeiten treiben konnte. Atomstaat, Polizeistaat, 'Sicherheitsstaat' (Joachim Hirsch in den 70er Jahren) waren die unabwendbaren Begleiter des Sozialstaats selbst auf dem Höhepunkt seiner Ausformung« (Marin 1997, 7)

Die Krise des Fordismus und des damit verbundenen Wohlfahrtsstaat ist somit nicht ausschließlich eine ökonomische, sondern eben auch eine politische und kulturelle Krise der Gesellschaft. Durch Deregulierung und Globalisierung findet eine neoliberale Restrukturierung der globalen Ökonomie statt, davon bleiben die Felder des Kulturellen, Sozialen oder Politischen nicht unberührt. In der Krise bedingten Transformation der Gesellschaft stehen sich sowohl Perspektiven der Befreiung als auch ein neues kapitalistisches Unterwerfungsregime gegenüber. Den Weg, den die Gesellschaften innerhalb der Transformation gehen, wird ein Ergebnis der Kämpfe und der Kräfteverhältnisse sein. Wenn wir für das 21. Jahrhundert einen »neuen Sozialstaat« wollen, müssen wir einen neuen Kompromiß erkämpfen, aber nicht den Alten verteidigen. Aber warum sollten AnarchistInnen den bestehenden Wohlfahrtsstaat verteidigen, oder für einen neuen Wohlfahrtsstaat kämpfen? Sollte es uns nicht um die Aufhebung von Staat und Ökonomie und der Erreichung einer anarchistischen Gesellschaft ohne Staat und Ökonomie gehen?

Chomsky hat die Frage für sich folgendermaßen beantwortet:

»Ich denke, daß in der heutigen Welt die Ziele eines engagierten Anarchisten darauf gerichtet sein sollten, einige der Staatsinstitutionen gegen den Angriff auf sie zu verteidigen und dabei gleichzeitig zu versuchen, sie für mehr tatsächlich relevante Teilnahme der Öffentlichkeit zu öffnen - und sie schließlich einer weitaus freieren Gesellschaft aufzulösen, wenn die angemessenen Bedingungen dafür geschaffen werden können.«

(SF 1/97 37f)

Meiner Meinung nach sollten AnarchistInnen zu keinem Zeitpunkt die Staatlichkeit der Gesellschaft stärken, sondern es gilt diese ständig in Frage zu stellen. Als AnarchistInnen müssen wir mit anarchistischen Positionen uns an die Kämpfe und Diskurse in der Gesellschaft beteiligen, d.h. gegen die Transformation des Sozialstaates (z.B. Sozialabbau) kämpfen ohne den Sozialstaat zu verteidigen oder zu stärken; nicht für mehr (Lohn-)Arbeit zu kämpfen, sondern gegen das System der Lohnsklaverei; nicht für ein Einwanderungsgesetz, sondern für das Recht eines jeden Menschen seinen Wohnort auf diesem Globus frei auswählen zu dürfen. Wichtig dabei ist aber immer anarchistische Positionen in die Gesellschaft und ihren Debatten zu tragen, dabei sollten die herrschenden Kategorie wie Staatlichkeit, Patriarchat, Rassismus, Lohnarbeit, Geldwirtschaft, Leistungsdenken, Militarismus immer in Frage gestellt werden. Die Überwindung des Glaubens an der Notwendigkeit einer Staatlichkeit der Gesellschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für das Ziel einer anarchistischen Gesellschaft, aus diesem Grund dürfen wir zu keiner Zeit die Staatlichkeit stärken oder Lösungen von Problemen im Staat oder in der Staatlichkeit suchen.

Der Kampf z.B. gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht von Flüchtlingen und MigrantInnen findet selbstverständlich innerhalb des Staates und in und gegen seine repressiven und ideologischen Staatsapparaten (Justiz, Polizei, Medien) statt - wie alle Kämpfe solange es Staaten gibt -, wenn es uns gelingt Abschiebungen zu verhindern oder eine Bleiberecht für Flüchtlinge zu erkämpfen, dient dies selbstverständlich nicht der Stärkung der Staatlichkeit. Beim »Sozialstaat« ist dies schon komplizierter, da die soziale Grundsicherung durch den Staat auch den Glauben an seine Notwendigkeit stärken kann, deshalb ist meiner Meinung nach notwendig den Kampf gegen den »Sozialabbau« mit dem Kampf gegen die Lohnsklaverei, die »Standort Deutschland«-Politik und gegen die Verbesserung der kapitalistischen Verwertungsmöglichkeiten zu verbinden, denn es sollte uns ja um die Erreichung einer anarchistischen Gesellschaft ohne Staat und Ökonomie gehen.

Literatur:

Bookchin, Murray: Die Einheit von Ideal und Praxis. In: Schwarzer Faden Nr. 61 - 2/1997

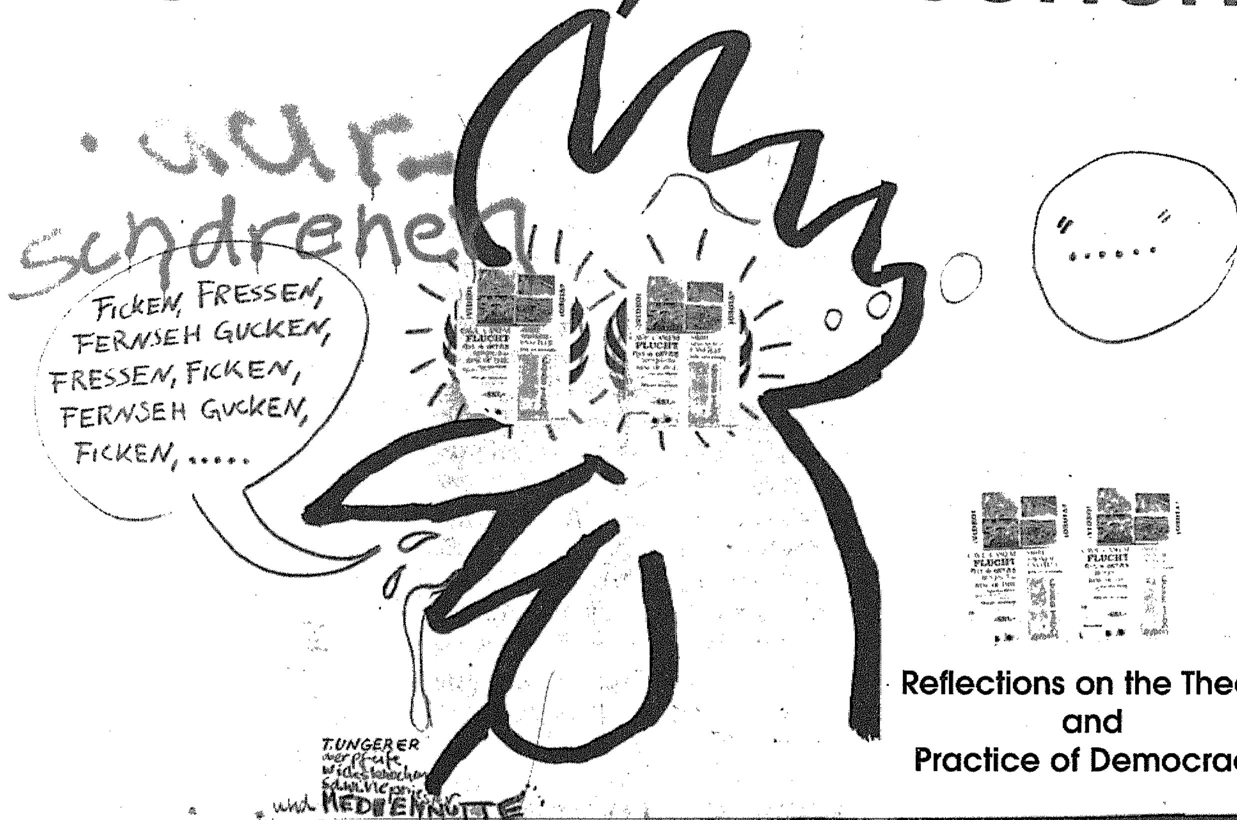
Chomsky, Noam: Ziele und Visionen. In: Schwarzer Faden Nr. 60 - 1/1997

Marin, Lou: Anarchismus und Sozialstaat. Libertäre Auswege aus der falschen Alternative Markt oder Staat. In: graswurzelrevolution Nr. 219 - Mai 97

Müller, Jens Christian / Reinfeldt, Sebastian / Schwarz, Richard / Tuckfeld, Manon: Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas, Mainz 1994

Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978

Consent Without Consent



Reflections on the Theory and Practice of Democracy

Unterstellte Zustimmung - Überlegungen zur Theorie und Praxis der Demokratie

von Noam Chomsky

Eine akzeptable demokratische Gesellschaft sollte auf dem Grundsatz der "Zustimmung der Regierten" aufgebaut sein. Dieses Prinzip kann – obgleich ihm fast jeder zustimmt – dennoch kritisiert werden, weil es nämlich gleichzeitig zu stark und zu schwach ist. Zu stark, denn es unterstellt bereits, daß die Menschen regiert und kontrolliert werden müssen. Zu schwach, denn selbst der brutalste Diktator bedarf eines Mindestmaßes an "Zustimmung der Regierten" und gewinnt es meist auch, und keineswegs immer nur durch Gewalt.

Wie haben sich die freiheitlichen Demokratien in dieser Frage verhalten? Dem will ich hier nachgehen. Die breiten Massen versuchen seit langem und mit wechselndem Erfolg, mehr Mitwirkungsrechte an ihren eigenen Angelegenheiten zu erkämpfen. Gleichzeitig wurde zur Verteidigung des Widerstandes der Elite gegen die Demokratie ein lehrreiches Gedankengebäude errichtet. Wenn wir die Vergangenheit verstehen und die Zukunft mitgestalten wollen, sollten wir also nicht nur darauf schauen, was sich in der Praxis abspielt, sondern uns auch das dazugehörige Theoriegerüst näher anschauen.

Der klassische Ansatz ist bereits 250 Jahre alt und stammt von David Hume. Er hatte sich darüber gewundert, "wie leicht doch die Vielen sich von den Wenigen beherrschen lassen und mit welch selbstverständlicher Unterwürfigkeit die Menschen den Regierenden ihr Schicksal anvertrauen". Er empfand dies als überraschend, "sind doch die Beherrschten stets die Stärkeren". Einmal darüber im klaren, würden die Menschen sich erheben und ihre Herrscher stürzen. Er zog daraus den Schluß, jede Regierung müsse sich auf eine Kontrolle über die Meinungen der Menschen stützen, und dieses Prinzip gelte "für alle Regierungen, von den schlimmsten Despotien und Militärstaaten bis zu den freiesten Volksherrschaften".

Nun hat Hume gewiß unterschätzt, wie wirkungsvoll nackte Gewalt sein kann. Eine bessere Formulierung seines Prinzips würde lauten: Je "freier und volksnäher" eine Regierung ist, desto stärker ist sie auf Meinungskontrolle angewiesen, um sich des Gehorsams der Regierten sicher sein zu können.

Foto: Theo Heimann

Daß diese überhaupt gehorchen müssen, wird übrigens von links bis rechts fast durchgängig als selbstverständlich hingenommen. Ihre Zustimmung äußern dürfen die demokratisch regierten Menschen – mehr aber nicht. Oder wie es progressive Lehren unserer Zeit ausdrücken: Die Menschen dürfen "Zuschauer" sein, nicht aber "Mitwirkende" – mit der einzigen Ausnahme, daß sie gelegentlich unter verschiedenen Inhabern der Macht eine Auswahl treffen können. Und diese Ausnahme wird auch nur auf dem Feld der Politik gewährt. Von Wirtschaftsfragen – wo der Weg einer Gesellschaft in erster Linie festgelegt wird – bleibt die breite Masse völlig ausgeschlossen; hier weisen unsere gängigen Demokratietheorien der Allgemeinheit keinen Platz zu.

"Landleute wie wir, die wissen, was uns not tut"

Wiederholt hat sich in der Geschichte gegen derartige Auffassungen Widerstand erhoben, der dann mit den ersten demokratischen Aufständen der Moderne – im England des 17. Jahrhunderts – eine besondere Dynamik entwickelte. Die Auseinandersetzungen jener Jahre werden zumeist als Konflikt zwischen König und Parlament hingestellt. In Wirklichkeit aber wollten viele Menschen – nicht nur damals – keine der streitenden Parteien an der Macht sehen. Vielmehr forderten ihre Flugblätter die politische Macht für "Landleute wie wir, die wissen, was uns not tut", anstelle der "Ritter und feinen Herren", die nichts "von den Schmerzen der Menschen wissen" und die "uns auch nur unterdrücken werden".

Derartige Vorstellungen bereiteten den "Männern von Qualität", wie sie sich nannten (heute würden wir "den verantwortungsbewußt Denkenden" sagen), erhebliches Unbehagen. Rechte wollten diese dem Volk schon gewähren, aber immer in Grenzen und mit der Maßgabe, daß man unter dem "Volk" keineswegs den verwirrten und unwissenden Pöbel zu verstehen habe. Wie aber ein solches Gesellschaftsprinzip in Einklang bringen mit der Lehre von der "Zustimmung der Regierten", die zu jener Zeit nicht mehr so einfach zur Seite geschoben werden konnte?

Ein Lösungsvorschlag kam von dem angesehenen Moralphilosophen Francis Hutcheson, einem Zeitgenossen Humes. Danach wäre im Fall, daß die Regierung etwas gegen allgemeinen Widerspruch durchsetzt, das Prinzip der "Zustimmung der Regierten" dann nicht verletzt, wenn die "dumpfen" und "vorurteilsbehafteten" Massen dem, was in ihrem Namen getan wurde, zu einem späteren Zeitpunkt "von Herzen zustimmen". Das hier verkündete Prinzip bezeichnete später der nordamerikanische Soziologe Franklin Henry Giddings als das der "Unterstellten Zustimmung".

Während Hutcheson sich um die Kontrolle des Pöbels im eigenen Land Gedanken machte, ging es Giddings darum, im Ausland für Ordnung zu sorgen. Seine Schriften behandelten die Philippinen, die damals gerade durch die US-Armee befreit wurden. Wenn diese dabei auch gleich einige hunderttausend Seelen aus dem irdischen Jammertal befreite, konnte man in den Zeitungen lesen, dieses "Abschlachten der Eingeborenen nach englischem Vorbild" würde jene "irregeleiteten Geschöpfe" (sie leisteten ja Widerstand) jedenfalls dazu bringen, "unsere Waffen zu respektieren"; später würden auch sie noch erkennen, daß wir ihnen "Freiheit und Glück" verschaffen wollten. Dies hört sich etwas zivilisierter an, wenn Giddings es als das "Prinzip der unterstellten Zustimmung" in die Worte kleidet: *"Wenn dann nach Jahren* [die Besiegten] *zugeben müssen, daß die angefochtenen Aktionen dem höchsten Interesse gedient hatten, besteht Grund zu der Behauptung, hier sei die Macht mit Zustimmung der Regierten ausgeübt worden"* – vergleichbar etwa einer Mutter, die ihr Kind daran hindert, auf eine stark befahrene Straße zu laufen.

Was die Lehre von der "Zustimmung der Regierten" wirklich bedeutet – hier zeigt es sich. Das Volk hat den Herrschern zu gehorchen, und im übrigen genügt seine "unterstellte Zustimmung". In einer Tyrannis können gewaltsame Machtmittel eingesetzt werden, ebenso im Ausland. Wo der Gewalt Grenzen gesetzt sind, muß die Zustimmung der Regierten durch Hilfsmittel herbeigeführt werden, wie sie auf liberal-progressiver Seite zur "Konsensfabrikation" entwickelt worden sind.

Für die Wirtschaftsführer diente die gesamte riesige PR-Industrie von ihren Anfängen zu Beginn unseres Jahrhunderts bis heute dem Ziel, "das Denken der Allgemeinheit unter Kontrolle zu bringen". Sie warnten vor der "Gefahr, die von der politischen Macht ausgeht, welche die Massen neuerdings erobert haben". Notwendig sei ein Sieg in dem "ewigen Krieg um die Köpfe der Menschen", und dazu müsse man "jeden Bürger mit der Sache des Kapitalismus indoktrinieren, bis sie diese Melodie fehlerfrei vorwärts und rückwärts abspielen" könnten. Diese Worte haben sie in die Tat umgesetzt und damit die Geschichte der Moderne zentral geprägt. Richtig verstanden, läßt uns Humes Maxime auch nichts anderes erwarten, als daß die Wurzeln und Schwerpunkte der PR-Industrie gerade im "freiesten Land der Welt" zu finden sind.

Nur wenige Jahre nach Hume und Hutcheson sprangen die Probleme, die der englische Pöbel bereitet hatte, auf die aufständischen Kolonien in Nordamerika über. Die Gedanken der "Männer von Qualität" wurden fast wortgetreu von den Gründungsvätern aufgegriffen. So äußerte einer von ihnen:

"Wenn ich von der Allgemeinheit spreche, dann umschließt das nur deren vernunftbeseelten Teil. Wer unwissend und vulgär ist, kann ebenso wenig beur-teilen, wie eine Regierung arbeitet, wie er die Regierungszügel führen kann."

Für seinen Kollegen Alexander Hamilton war das Volk ein "mächtiges Tier" und bedurfte der Zähmung. Wurden Farmer in ihrem Unabhängigkeitsgeist zu aufsässig, so mußte man ihnen eben – notfalls mit Gewalt – beibringen, daß sie die in den revolutionären Flugschriften verkündeten Ideale nicht allzu wörtlich nehmen durften. Vertreter des gemeinen Volkes sollten nicht Landleute ihresgleichen sein, die um seine Schmerzen wissen, sondern Grundbesitzer, Kaufleute, Anwälte und andere "verantwortungsbewußt Denkende", auf die bei der Verteidigung von Privilegien Verlaß ist.

"Die das Land besitzen, sollen es auch regieren."

John Jay, Präsident des "Continental Congress" und erster Inhaber des obersten Richteramts, faßte die herrschende Doktrin in die klaren Worte: "Die das Land besitzen, sollen es auch regieren." Blieb die Frage: Wer besitzt das Land? Die Antwort darauf gaben die florierenden Privatkonzerne nebst den zu ihrem Schutz aufgebauten institutionellen Strukturen; dennoch bleibt es schwierig genug, die Öffentlichkeit auf die Zuschauerrolle zu beschränken.

Für jeden, der die Welt von heute und morgen verstehen will, stellen die USA gewiß das beste Fallbeispiel dar. Zum einen wegen ihrer unvergleichlichen Machtposition, zum anderen wegen ihrer stabilen demokratischen Institutionen. Zudem kamen die USA dem Ideal einer tabula rasa so nahe wie sonst kaum ein Land. Amerika, so stellte Thomas Paine im Jahre 1776 fest,

könne "so glücklich sein, wie es nur will, fängt es doch als unbeschriebenes Blatt an." Die Eingeborenen waren weitgehend vernichtet. Überreste vormals in Europa zu findender Strukturen gab es kaum, woraus sich auch der unterentwickelte Sinn für soziale Vertragsverhältnisse und Hilfeleistungen erklärt, die noch in vorkapitalistischen Institutionen entstanden waren. Mehr als sonst üblich konnte hier die politische Ordnung der Gesellschaft bewußt konstruiert werden. Da die Geschichte keine konstruierten Experimente erlaubt, stellen die USA den relativen Idealfall einer staatskapitalistischen Demokratie dar.

Zudem war ihr Chefarchitekt, James Madison, ein höchst kluger politischer Kopf. In den Verfassungsdebatten warnte er: "Sollte in England das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden, dann würde das Grundeigentum in Gefahr geraten. Denn dann würde ein Agrargesetz nicht lange auf sich warten lassen", und Grundbesitz würde an die Landlosen verteilt werden. Dergleichen Unrecht müsse natürlich durch entsprechende Verfassungsbestimmungen verhindert werden: "Die immerwährenden Interessen des Landes müssen gewahrt bleiben" – womit er die Besitzrechte meinte. Für Madison war eine Regierung vor allem verantwortlich dafür, "die wohlhabende Minderheit vor der Mehrheit zu schützen." Diesem Leitsatz sind die Demokratien bis auf den heutigen Tag treu geblieben.

In der Öffentlichkeit kam Madison regelmäßig auf die Rechte von Minderheiten im allgemeinen zu sprechen. Er dachte dabei aber offensichtlich an eine ganz bestimmte Minderheit: die der Wohlhabenden, die es vor der Mehrheit zu schützen galt. Auch die politische Theorie unserer Tage unterstützt seine Forderung, daß "unter einer gerechten und freien Regierung sowohl Personen- als auch Eigentumsrechte wirksam geschützt werden". Doch auch hier müssen wir genauer hinschauen. Nicht das Eigentum besitzt Rechte, sondern die Person hat ein Recht auf Eigentum. Ich mag ein Recht auf mein Auto haben; das Auto selbst hat keine Rechte. Außerdem ist das Recht auf Eigentum insofern anders geartet als andere Rechte, als das konkrete Recht einer Person einer anderen Person dasselbe Recht verwehrt. Wenn mein Auto in meinem Eigentum steht, kann es nicht deines sein; hingegen würde in einer gerechten und freien Gesellschaft mein Recht auf freie Rede dein gleichartiges Recht nicht tangieren. Madison verkündet also das Prinzip, daß einerseits die Rechte der Personen ganz allgemein garantiert werden müssen, daß aber darüber hinaus besondere Garantien für eine spezielle Klasse von Personen – nämlich die Eigentümer - einzuführen sind.

Vermutlich würde, so fürchtete Madison, die in der Demokratie liegende Drohung im Laufe der Zeit in dem Maße anwachsen, wie die Zahl derer zunahm, die "auf der Schattenseite des Lebens stöhnen und heimlich nach einer gerechteren Verteilung seiner Segnungen lechzen." Ihr Einfluß ließ ihn Furcht empfinden. Ihn bedrückten die bereits auszumachenden "Anzeichen einer gleichmacherischen Geisteshaltung", und so warnte er vor einer "gefährlichen Zukunft", sollten durch das Wahlrecht "diejenigen, die über kein Eigentum verfügen, Macht über dasselbe gewinnen." Und weiter: "Wer weder Eigentum besitzt noch darauf hoffen kann, dürfte kaum ein Herz für Eigentumsrechte entwickeln." Demnach lag für ihn die Lösung darin, die politische Macht für diejenigen zu reservieren, die "aus dem nationalen Reichtum stammen und diesen repräsentieren" - für ihn übrigens auch "die fähigeren Persönlichkeiten" im Gegensatz zur zerrissenen, desorganisierten breiten Masse.

Ein PR-Problem

Im Ausland erhebt dieser "Geist der Gleichmacherei" natürlich auch sein Haupt. Wie man sich dieses Problems annimmt, kann uns viel über die "Theorie der real existierenden Demokratie" lehren. Beispiele liefern interne Papiere, in denen unsere Führer kein Blatt vor den Mund nehmen müssen.

Nehmen wir etwa Brasilien, den "Koloß des Südens", dem Präsident Eisenhower im Jahre 1960 einen Besuch abstattete. Er versicherte den Brasilianern: "Von unserem sozial eingestellten System des freien Unternehmertums werden alle profitieren, gleich ob Besitzende oder einfache Arbeiter (...) In dieser Freiheit unter einem demokratischen System kann der Arbeiter die Freuden des Lebens sichtbar genießen." Und unser Botschafter fügte noch hinzu, durch unseren Einfluß seien "so revolutionäre Dinge wie freie Schulbildung für alle, Gleichheit vor dem Gesetz, eine vergleichsweise klassenlose Gesellschaft, eine demokratisch verantwortliche Regierung, freier Wettbewerb im Geschäftsleben [und schließlich] ein sagenhafter Lebensstandard der breiten Masse" ins Land ge-

bracht und dadurch "die alte Ordnung in Südamerika" überwunden worden.

Doch die Brasilianer nahmen die frohe Botschaft aus dem Norden äußerst kühl auf. "Wie Kinder" verhielten sich die Eliten in Lateinamerika, meinte Außenminister John Foster Dulles vor dem Nationalen Sicherheitsrat; sie seien "zur Selbstregierung weitgehend unfähig." Schlimmer noch sei, daß die USA "beim Einfluß auf das Denken und Fühlen der einfachen Menschen hoffnungslos hinter der Sowjetunion zurückliegen." Sorgenvoll blickten Dulles und Eisenhower auf die Fähigkeit der Kommunisten, "Massenbewegungen zu steuern", eine Fähigkeit, "der wir nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Sie finden Widerhall bei den Armen und wollen immer nur die Reichen ausplündern."

Anders gesagt, bringen wir also die Menschen nur mit Schwierigkeiten dazu, unsere Lehre von der Ausplünderung der Armen durch die Reichen zu akzeptieren; hier lag noch ein PR-Problem.

Kennedys Antwort auf dieses Problem lag in einer Rollenverschiebung für die lateinamerikanischen Militärs: Statt der "Verteidigung der Hemisphäre" sollten sie sich der "inneren Sicherheit" widmen. Umgehend folgten der Militärputsch in Brasilien und weitere schwerwiegende Entwicklungen. Man hatte in Washington das brasilianische Militär als eine "Insel der Vernunft" eingeschätzt, weshalb Kennedys Botschafter in Rio, Lincoln Gordon, den Putsch als "demokratischen Aufstand" begrüßte. "Der entscheidendste Sieg der Freiheit um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts." Da Gordon zuvor in Harvard Wirtschaftswissenschaften gelehrt hatte, wies er noch darauf hin, daß dieser Sieg "das Klima für private Investitionen erheblich fördern" dürfte – ein weiterer Beitrag zum rechten Verständnis der Begriffe "Freiheit" und "Demokratie".

Zwei Jahre später konnte Verteidigungsminister Robert McNamara seinen Kollegen mitteilen, im großen und ganzen habe "die Haltung der USA gegenüber dem Militär in Lateinamerika ihre Ziele erreicht." Man habe "die Bewahrung der inneren Sicherheit" erleichtert und "die militärische Führungsrolle der USA" hergestellt. Aufgrund der Hilfs- und Ausbildungsprogramme der Kennedy-Regierung war das lateinamerikanische Militär nunmehr seinen Aufgaben gewachsen. Beispielsweise der Aufgabe, jede Zivilregierung zu stürzen, "die in ihren Augen eine Gefahr für das nationale Wohl darstellt." Derartige Militäraktionen erschienen Kennedys Intellektuellen eben notwendig "innerhalb des lateinamerikanischen Kulturkreises." Auf ihre problemlose Durchführung sei Verlaß, nachdem ja das Militär "die Ziele der USA kennen und zur Richtschnur nehmen." So würde auch "der revolutionäre Machtkampf unter den Hauptströmungen innerhalb der [lateinamerikanischen] Klassenstruktur" in unserem Sinne ausgehen, nämlich im Sinne des Schutzes des Handels und "der Privatinvestitionen der USA", jener wirtschaftlichen Wurzel all unserer politischen Interessen in Lateinamerika.



Hier wird für Insider dokumentiert, was es mit dem sogenannten Kennedy-Liberalismus wirklich auf sich hatte. In der Öffentlichkeit wird natürlich ganz anders gesprochen. Glaubte man dem, so bliebe der wahre Hintersinn des Wortes "Demokratie" ebenso unverständlich wie die damalige Weltordnung – und die künftige, in der ja dieselben Hände die Zügel führen.

Für seriöse Wissenschaftler liegen die Grundfakten ohnehin offen zutage. Einer von ihnen ist Lars Schoultz. Er ist einer der besten Lateinamerika-Experten und hat in einem bedeutenden Buch die von den USA aufgebauten und gestützten "Staaten für nationale Sicherheit" abgehandelt. Deren Lebenszweck sei es, "ein für alle mal eine politische Mitbestimmung der Bevölkerungsmehrheit [Hamiltons "mächtiges Tier"] , von der in unseren Augen eine Bedrohung der gesellschaftlich-ökonomischen Privilegien ausgehen könnte, zu verhindern." Und im Inland wird – wenn auch mit anderen Mitteln – weitgehend dasselbe Ziel verfolgt.

Auch heute bietet sich unverändert das gleiche Bild. So nimmt Kolumbien in unserer Hemisphäre in der Verletzung der Menschenrechte den Spitzenplatz ein, gleichzeitig aber auch im Umfang der US-Militärhilfe. Als Vorwand dient der "Drogenkrieg", der aber nur ein nützliches Märchen darstellt, worüber sich die Menschenrechtsgruppen mit der Kirche und allen anderen einig sind, die jemals hinter die erschreckenden Greuel sowie die Querverbindungen zwischen Drogenhändlern, Grundbesitzern, Militärs und paramilitärischen Hilfstruppen geschaut haben. Der staatliche Terror hat alle Volksorganisationen sowie die einzige unabhängige politische Partei zerschlagen; Tausende ihrer Aktiven wurden umgebracht, darunter Präsidentschaftskandidaten und Bürgermeister. Gleichwohl erfährt die stabile Demokratie Kolumbiens großes Lob, wodurch einmal mehr illustriert wird, was man unter "Demokratie" zu verstehen hat.

Besonders lehrreich ist zu sehen, wie man seinerzeit reagierte, als Guatemala erstmals mit der Demokratie experimentierte. Hier sind nämlich die geheimen Akten teilweise zugänglich, so daß wir ganz gut wissen, welches Denken damals hinter der Politik steckte. Im Jahre 1952 gab der CIA eine Warnung heraus, der zufolge "die radikale nationalistische Politik der Regierung von allen Bürgern des Landes aktiv oder passiv unterstützt" würde. Die Regierung "mobilisiere die bislang politisch apathische Landbevölkerung" und verschaffe sich "massenhafte Zustimmung" vermittels Arbeiterorganisationen, Landreformen und anderen, "mit der Revolution von 1944 in Zusammenhang gebrachten" Maßnahmen – einer Revolution, die eine "kräftige na-

Foto: Herby Sachs

tionale Bewegung hervorgebracht hatte, um das Land von den Militärdiktaturen, der Rückständigkeit und dem 'Wirtschaftskolonialismus' zu befreien, die seinen Charakter bis dahin geprägt hatten." Dieses Vorgehen der Regierung "traf sich mit der Loyalität und dem Selbstgefühl fast aller politisch denkender Guatemalteken". Wie der Nachrichtendienst des US-Außenministeriums meldete, legte die demokratische Führung Guatemalas "großen Wert auf die Bewahrung eines offenen politischen Systems" – womit sie allerdings die Kommunisten in die Lage versetzte, "ihr Tätigkeitsgebiet auszudehnen und sich bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Sympathien zu erwerben." Das Heilmittel für diese Schwachpunkte der Demokratie lieferten – mit voller Unterstützung durch die USA - der Putsch von 1954 und das seither andauernde Terrorregime.

Auch aus einem anderen Winkel läßt sich ein kleiner Blick auf die Realität werfen. Die Rede ist von NAFTA, kürzlich in Kraft getreten und alles andere als ein "Freihandelsabkommen". Vielmehr ist es hochprotektionistisch und soll nur dazu dienen, die asiatische und europäische Konkurrenz draußen zu halten. Wenig prinzipientreu ist es auch, wenn die US-"Exporte" nach Mexiko zu ca. 50% überhaupt nicht auf den mexikanischen Markt gelangen, sondern nur jenseits der Grenze von billigeren Arbeitskräften, laxeren Umweltbestimmungen u.dgl. profitieren, um dann – immer noch innerhalb desselben Unternehmens und von diesem kontrolliert – als "Importe" hierher zurückzukehren. Da es sich immerhin um einen Vertrag für Nordamerika handelt, ist die Bezeichnung wenigstens nicht gänzlich falsch.

Die goldene Zukunft, die NAFTA allen bescheren sollte, läßt sich auch nicht mehr aufrechterhalten. Wie manche Parteigänger inzwischen zugeben, "lag der tiefere Sinn der NAFTA nicht in einer Förderung des Handels, sondern in der Zementierung der mexikanischen Wirtschaftsreformen" (so die Zeitschrift *Foreign Affairs*). Mexiko sollte "unlösbar an die Reformen gebunden" werden, die dem Land ein "Wirtschaftswunder" beschert hatten – wenn schon nicht der verelendeten Masse, so doch den Reichen dort und den Investoren hier. Von dieser unlösbaren Bindung" erhofft man sich auch die Abwehr einer Gefahr, die 1990 in Washington auf einem Lateinamerika-Strategie-Workshop ausgemacht worden war, die Gefahr einer "Demokratischen Öffnung, durch die in Mexiko eine Regierung ans Ruder kommt, die aus ökonomischen und nationalistischen Gründen sich gegen die USA wenden und somit eine Belastung für die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden könnte." Wenn der Politik weniger Möglichkeiten offenstehen, erscheint die Demokratie gleich viel weniger bedrohlich. In die gleiche Richtung zielt das "So wenig Staat wie möglich" der Neoliberalen.

Wer für die Kinder dieser Welt Verantwortung trägt, hat es wirklich schwer, und so erstaunt es nicht zu hören, daß die "demokratischen Impulse" aus Washington so häufig wirkungslos verpuffen oder sich in Rhetorik erschöpfen. Ich möchte aus einer ausgezeichneten Analyse von Reagans Kreuzzug für die Demokratie zitieren. Ihr Autor, Thomas Carothers, war unter Reagan im Außenministerium mit der Materie befaßt und bezeichnet sich daher selbst als Insider. Ihm zufolge war dieses Programm "ehrlich gemeint", scheiterte allerdings dennoch, und dies sogar nach einem regelmäßigen Muster. War nämlich Washingtons Einfluß infolge der großen Entfernung relativ schwach – wie etwa in Südamerika -, so gab es auch echte Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie, die zwar von der Reagan-Regierung zunächst bekämpft, deren spätere Erfolge denn aber vereinnahmt wurden. Mehr in unserer Nähe, wo wir stärkeren Einfluß ausüben konnten, blieben die Erfolge hingegen sehr begrenzt. Die USA suchten also, so Carothers, "die Grundlage ... undemokratischer Gesellschaften" zu bewahren und "einen vom Volk getragenen Wechsel" zu verhindern. Im Gefolge ihrer Vorgänger setzte auch Reagan "vordemokratische politische Mittel ein, um radikalen Veränderungen entgegenzuwirken. Zugelassen waren nur begrenzte, von oben gesteuerte demokratische Veränderungen, von denen für die überkommenen Machtstrukturen, mit denen die USA vertraut waren, keine Gefahr ausgehen würde."

Foto: Theo Heimann



Bei den internationalen Institutionen hat es die gleichen Probleme gegeben. So ernteten die Vereinten Nationen anfangs große Bewunderung, waren sie doch ein verläßliches Instrument der US-Politik. Dann kam es aber zur Entkolonisierung und mit ihr zu der bald so genannten "Tyrannei der Mehrheit". Seit den 60er Jahren nahm Washington in der Häufigkeit der Vetos im Sicherheitsrat den ersten Platz ein (An zweiter Position lag England, noch weit vor Frankreich auf dem dritten Platz). Auch in der Vollversammlung standen wir häufig allein oder mit wenigen Satellitenstaaten gegen die Mehrheit. Alsbald fiel die UNO in Ungnade, und in den Medien begann man sich ernüchtert zu fragen, warum denn die Welt "gegen die USA stünde". Daß vielleicht die USA gegen die Welt stehen könnten, dieser bizarre Gedanke kommt niemandem.

Aus ganz ähnlichen Gründen betrachten die USA auch die Urteile des Internationalen Gerichtshofs nicht mehr als bindend. Zwar sei dies nach dem Krieg zunächst der Fall gewesen, aber damals – so das Außenministerium – seien ja auch die meisten UN-Mitglieder "Verbündete der USA und mit ihnen in Fragen der Weltordnung einer Meinung" gewesen. Dies habe sich nun geändert. "Von vielen von ihnen ist keine Unterstützung mehr zu erwarten," oder auch: "In vielen Fragen der internationalen Politik stoßen wir bei immer derselben Mehrheit auf Widerstand." Wir müssen uns demnach "vorbehalten, ob wir uns im Einzelfall einer Gerichtsentscheidung beugen oder nicht." Wir können auch nicht zulassen, daß der Gerichtshof sich "zu Streitfragen äußert, die vornehmlich unserer eigenen Rechtsprechung unterliegen, so wie wir sie verstehen." Da ging es nämlich um unsere Aktionen gegen Nicaragua; der Gerichtshof hatte diese als "unzulässigen Einsatz von Gewalt" eingestuft, also als internationalen Terrorismus, wo sie doch unserer Meinung nach "unserer eigenen Rechtsprechung" unterworfen waren. Diese Haltung wurde kürzlich auch von Clintons UNO-Botschafterin Madeleine Albright mit der an den Sicherheitsrat gerichteten Botschaft bekräftigt, Washington würde "multilateral wo möglich, doch unilateral wo nötig" agieren.

Wenn ich weiter oben davon sprach, daß das verbreitete Demokratieverständnis auf Madison zurückzuführen sei, so war das nicht ganz fair. Madison war nämlich – hierin Adam Smith und anderen Vätern des klassischen Liberalismus gleich – vorkapitalistisch und antikapitalistisch zugleich. Als Regierung stellte er sich "aufgeklärte Staatsmänner" und "wohlmeinende Philosophen" vor, die "in ihrer Weisheit am ehesten die wahren Interessen ihres Landes identifizieren" würden. Durch "Entwicklung und Verfeinerung der öffentlichen Meinung" würden sie – die Aufgeklärten und Wohlmeinenden - die wahren Interessen des Landes vor den "Verirrungen" der demokratischen Mehrheit schützen.

Madison mußte sich rasch eines anderen belehren lassen. Die "wohlhabende Minderheit" nutzte ihre neue Macht auf neue Weise – ganz wie es zuvor Adam Smith beschrieben hatte, als er von jener "bösartigen Maxime" der Oberschicht sprach: "Alles für uns, und nichts für die anderen." Schon 1792 wies Madison darauf hin, in dem sich neu entwickelnden kapitalistischen Staat würden "die Pflichten gegenüber der Allgemeinheit durch die Triebkraft der Privatinteressen ersetzt" und dadurch "unter dem Mantel einer scheinbaren Freiheit vieler einigen wenigen die Führungsrolle verschafft." Es herrsche, so klagte er, "eine rücksichtslose Verkommenheit"; die Privateigentümer würden zur "Prätorianergarde der Regierung – nämlich ihr Werkzeug und zugleich ihr Tyrann, von ihr durch Geschenke bestochen und sie dennoch durch Wort und Tat in Schach haltend." Den Schatten, den sie über die Gesellschaft werfen, bezeichnete John Dewey später mit dem Wort "Politik". Wie Dewey, einer der führenden Philosophen unseres Jahrhunderts und ein Exponent des nordamerikanischen Liberalismus, herausstellte, wird Demokratie zu einem nichtssagenden Begriff, wenn "alles Leben im Land" unter die Kontrolle der Großindustrie gerät, kraft deren Herrschaft "über die Produktionsmittel, den Handel, die Werbung, das Transport- und Kommunikationswesen, über die Presse und andere Propagandainstrumente." Seiner Meinung nach sollten in einer freiheitlichen Demokratie die Arbeiter "über ihren industriellen Bereich selbst bestimmen" können, statt bloße Werkzeuge in der Hand der Arbeitgeber zu sein. Gedanken wie dieser, aus dem klassischen Liberalismus und der Aufklärung erwachsen, beflügeln allerdings immer aufs neue den Kampf um die Rechte der einfachen Menschen, nicht nur in den USA.

Trotz allem, was sich in den 200 Jahren seit Madison verändert haben mag, sind seine warnenden Worte aktueller denn je. So gelten sie auch für die Anfang des 20. Jahrhunderts entstandenen Reiche privater Gewaltherrschaft, die ihre exzessive Macht vor allem der Rechtsprechung verdanken. Sie sind im innersten totalitär, denn die – gerade auch von progressiven Stimmen – zu ihrer Rechtfertigung herangezogenen Theorien sind in ihren Grundzügen dem Faschismus und Bolschewismus verwandt. Nach wie vor sind sie "zugleich Werkzeug und Tyrann" (Madison) der Staaten, denn diese – weitgehend von ihnen beherrscht – kommen ihnen in großzügigster Weise entgegen. Sie dominieren auch nicht nur den Staat, sondern kontrollieren die Binnen- und Außenwirtschaft, das Informationswesen und die Erziehung, was einen an Madisons Sorge denken läßt: "Eine Volksregierung, die es dem Volk verwehrt, sich zu informieren, kann nur ein Vorspiel zu einer Farce oder einer Tragödie – oder zu beidem – sein."

Werfen wir einmal einen genaueren Blick auf die Theorien, mit deren Hilfe die modernen politischen Demokratieformen umgesetzt wurden. Es gibt ein wichtiges Handbuch der PR-Industrie aus der Feder eines ihrer Exponenten, Edward Bernays, und dort findet sich alles ganz genau beschrieben. *"Ein wichtiges Element einer Demokratie ist die bewußte und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der breiten Masse."* So hebt Bernays an, um dann fortzufahren, zur Erfüllung dieser entscheidenden Aufgabe müßten "die intelligenten Minderheiten ständig und systematisch Propaganda betreiben". Denn nur sie, die "die Denk- und Verhaltensmuster der Massen verstehen", könnten "die Drähte ziehen, an denen die Öffentlichkeit letztlich hängt." Daher habe sich "unsere Gesellschaft darauf geeinigt, den freien Wettbewerb durch Propaganda und Führung zu gestalten" – also wieder mal jene "unterstellte Zustimmung". Die Propaganda gibt der Führung die Mittel in die Hand, "das Denken der Massen zu formen" und dadurch zu erreichen, daß diese "ihre soeben errungene Macht in die gewünschte Richtung wirken lassen." So könne die Führung *"das öffentliche Denken durchaus ebenso straff reglementieren wie eine Armee ihre Soldaten."* Hier, in diesem "ingenieurmäßigen Aufbau von Konsens", liegt "das Herzstück aller demokratischen Prozesse" – so Bernays 1949, kurz bevor er von der Amerikanischen Gesellschaft für Psychologie für seine Arbeiten geehrt wurde.

Bernays war ein guter New-Deal-Liberaler und verdankte seine Schulung Woodrow Wilsons Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit, der ersten staatlichen Propagandaeinrichtung in den USA. "Die Kriegspropaganda war ungeheuer erfolgreich, und das öffnete der intelligenten Elite die Augen für die Möglichkeiten, die sich für eine Beeinflussung der Öffentlichen Meinung

boten," schreibt Bernays in Propaganda, seinem PR-Handbuch. Was der intelligenten Elite dabei wohl entgangen war: Ihr "ungeheurer Erfolg" verdankte sich zum nicht geringen Teil gewissen Propagandamärchen über die Grausamkeiten der deutschen Hunnen, und diese Märchen wiederum stammten aus der Werkstatt des Britischen Informationsministeriums, das – ganz im Vertrauen gesagt – seine Aufgabe darin sah, "das Denken möglichst vieler Menschen zu beeinflussen."

Nicht Beteiligte, sondern "Zuschauer der Handlung"

Dies zählt alles unter die reine Lehre Wilsons, weshalb die Politologie auch vom "Wilsonschen Idealismus" spricht. Persönlich war Wilson der Meinung, zur Bewahrung von "Stabilität und Rechtschaffenheit" bedürfe man einer Gentleman-Elite mit "hohen Idealen". Und ein weiteres Ex-Mitglied des Propaganda-Ausschusses, Walter Lippmann, begründete in seinen vielbeachteten Essays zum Thema Demokratie, warum der intelligenten Minderheit der "Verantwortungsbewußten" die Entscheidungshoheit gebührt. Lippmann war übrigens ein halbes Jahrhundert lang der angesehenste nordamerikanische Journalist und ein beachteter Kommentator öffentlicher Vorgänge. Für ihn stellte die intelligente Minderheit eine "spezialisierte Klasse" dar; ihr obliege es, der Politik Ziele zu setzen und dabei "für eine gesunde Öffentliche Meinung zu sorgen". Die breite Masse, die ja aus "unwissenden, quertreibenden Außenseitern" besteht, habe dieser Klasse keinesfalls hereinzureden. Nicht Beteiligte, sondern "Zuschauer der Handlung" sei ihre "Funktion". Einzige Ausnahme hiervon sind die periodischen Wahlen; dort darf man unter Angehörigen der Spezialistenklasse eine Auswahl treffen. Oder um im Jargon der Weltbank zu sprechen: Die Führer haben ein Anrecht auf die "Isolation der Technokraten".

Harold Lasswell, einer der Begründer der modernen Politikwissenschaft, wies in der Enzyklopädie der Sozialwissenschaften darauf hin, die intelligente Elite müsse sich über die "Unwissenheit und Dummheit der Massen" im klaren sein und dürfe keinesfalls "irgendwelchen Demokratie-Dogmen über die Menschen als ihre eigenen besten Interessenvertreter" unterwerfen. Wir können das alles am besten beurteilen – nicht sie selbst. Zu ihrem eigenen Besten müssen die Massen unter Kontrolle gehalten werden, und weil man in einer Demokratie nicht auf Gewalt zurückgreifen kann, müssen sich die Sozialingenieure "einer völlig neuen Einflußtechnik bedienen, die hauptsächlich mit Propaganda arbeitet."

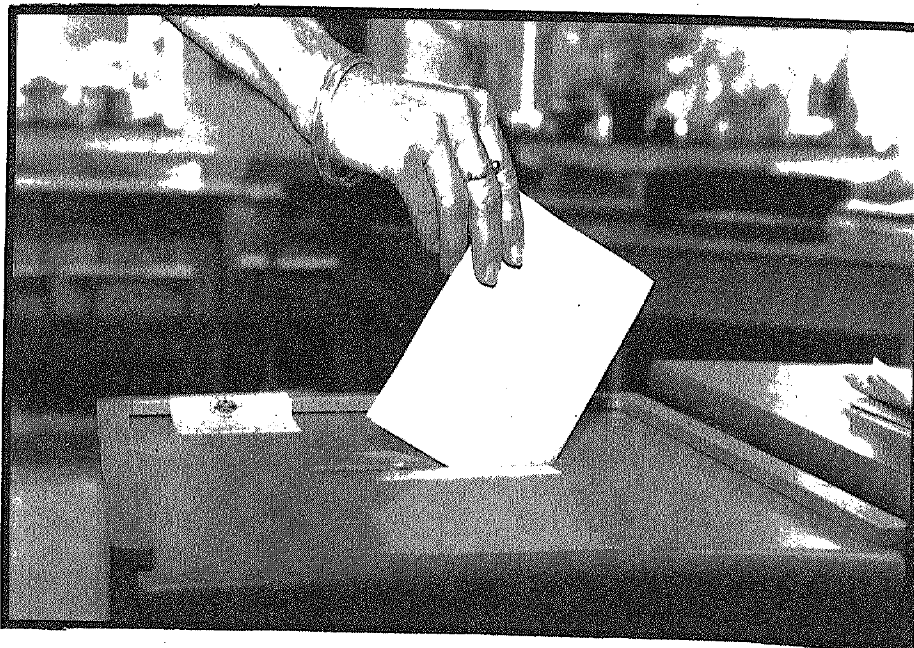
Das ist nun purer Leninismus. Progressive Demokratie-Theorie und Marxismus-Leninismus gleichen sich eben auffällig, was übrigens Bakunin schon sehr früh kommen sah.

Den Widerhall dieser Gedanken vernehmen wir heute noch – etwa, wenn der Harvard-Professor für Regierungswissenschaften Samuel Huntington in den ersten Jahren der Reagan-Regierung es für erforderlich hielt, unter Umständen "bei Interventionen oder anderen Militäraktionen den falschen Eindruck zu erwecken, das Ganze richte sich gegen die Sowjetunion. Schließlich sind die USA seit den Zeiten der Truman-Doktrin immer so verfahren." Auch lehrten die Regierungswissenschaften, es müßten "die Architekten der Macht solche Machtmittel entwickeln, die man nicht sehen, sondern nur spüren kann. **Macht wirkt am dann stärksten, wenn sie im Dunkeln bleibt; im hellen Licht verflüchtigt sie sich.**" Um also den Konsens der Regierten zustande zu bringen, müsse man sie nicht nur über die eigentlichen politischen Ziele im unklaren lassen, sondern auch über die Kräfte, die das politische Leben überschatten. Und genau diese anspruchsvolle Aufgabe obliegt den Intellektuellen.

Das Volk denkt anders

Wenn also die Ansichten und Pläne der Wirtschaftskreise auch gegen den Widerstand der Allgemeinheit die Oberhand behalten, dann müssen wir nur die Begriffe "Konsens" oder "Zustimmung" richtig interpretieren, um einzusehen, daß dies mit "Zustimmung der Regierten" – nämlich mit "unterstellter Zustimmung" – geschieht. Es ist nicht einmal unfair, diese Charakterisierung auf Vorgänge in den USA anzuwenden. Oft wollen die Menschen etwas völlig anderes als was in Wirklichkeit passiert – vor allem in jüngster Zeit. Ein Vergleich soll etwas Licht darauf werfen, wie unsere Demokratie funktioniert.

Während früher ca. 50% der Leute der Meinung waren, die Regierung "verfolge Nutzen und Interessen einiger Weniger, nicht aber des Volkes", ist dieser Anteil inzwischen auf über 80% angestiegen. Für ebenfalls mehr als 80% ist das Wirtschaftssystem "im Kern unfair" und hat die arbeitende Bevölkerung zu wenig Einfluß auf das, was im Lande vorgeht. Über 70% meinen: "Die Wirtschaft besitzt zu viel Einfluß in zu vielen Bereichen." Und von 20 Menschen finden 19, die Konzerne "sollten gelegentlich etwas für ihre Mitarbeiter und Standortgemeinden tun, auch wenn das den Profit mindert.



"Trotz aller Märchen, die man uns erzählt: Sozialdemokratische Einstellungen halten sich hartnäckig im allgemeinen Bewußtsein; das galt sogar für die Reagan-Ära. Dabei bleiben diese Einstellungen noch weit hinter denjenigen zurück, denen wir die demokratischen Revolutionen verdanken. Im 19. Jahrhundert machten die nordamerikanischen Arbeiter bei ihren Herren nicht Bittebitte um etwas mehr Wohlwollen – nein, sie bestritten ihnen schlichtweg das Recht auf die Herrschaft. In den Arbeiterzeitungen las man: *"Die Fabriken denen, die darin arbeiten"*, und konnte sich dabei auf die Ideale der Amerikanischen Revolution berufen, allerdings aus der Sicht des gefährlichen Pöbels.

Ein erhellendes Beispiel für die Lücke zwischen Rhetorik und Wahrheit lieferten die Kongreßwahlen des Jahres 1994. Man sprach von einem "politischen Erdbeben", einem "Erdrutschsieg", einem "Triumph des Konservatismus" als Ausdruck einer anhaltenden "Drift nach rechts", hatten doch die Wähler sich mit "überwältigender Mehrheit" für Newt Gingrichs ultrarechte Kampftruppe ausgesprochen, die ihnen "die Regierung vom Hals schaffen" würde und sie in die glücklichen Zeiten des Freien Marktes zurückzuführen versprach.

Die Fakten sehen anders aus. Der "Erdrutschsieg" beruhte auf einer hauchdünnen Mehrheit der abgegebenen Stimmen oder auf gerade 20% aller Wahlberechtigten. Zwei Jahre zuvor hatte es nicht viel anders ausgesehen; damals gewann aber die Demokratische Partei. Von den 20%, die für den "Triumph des Konservatismus" gestimmt hatten, stufte nur jeder sechste das Ergebnis als "Sieg für das Programm der Republikaner" ein. Und nur jeder vierte aus der Minderheit derjenigen, die überhaupt zur Wahl gegangen waren, hatte jemals etwas von dem "Amerikanischen Vertrag" gehört, in dem nämlich jenes Programm dargelegt war. Mit Einzelpunkten konfrontiert, wandte sich fast stets eine große Mehrheit dagegen. Ca. 60% der Bevölkerung befürworteten eine Erhöhung der Sozialausgaben. Und ein Jahr darauf meinten 80%, die Bundesregierung müsse "den Verwundbarsten der Gesellschaft, vor allem den Armen und Alten, durch ein garantiertes Existenzminimum und entsprechende Sozialleistungen Schutz gewähren." 80-90% der US-Bürger sprechen sich für öffentliche Hilfen, von der Bundesregierung garantiert, für diejenigen aus, die nicht arbeiten können; das schließt auch eine Arbeitslosenversicherung, subventionierte Medikamente und Heimpflege für die Alten ein sowie ein Mindestmaß an Gesundheitsfürsorge und eine Rentenversicherung. Eine Dreiviertelmehrheit möchte ein staatliches Programm, das berufstätigen Müttern mit niedrigem Einkommen die Sorge für die Kinder abnimmt. Bedenkt man die unablässig verbreitete Propagandabehauptung, das Volk wolle gerade dies überhaupt nicht, dann muß die Widerstandskraft derartiger Vorstellungen um so mehr erstaunen.

Wie man bei Meinungsumfragen herausgefunden hat, sind die Wähler um so stärker gegen die Republikanische Partei und ihre Planungen für die Parlamentsarbeit eingestellt, je mehr sie darüber erfahren. Newt Gingrich, der Bannerträger dieser Revolution, war schon im Augenblick seines "Triumphs" unpopulär. Er ist dann sogar noch weiter abgesackt und inzwischen vermutlich die unbeliebteste Figur auf der Öffentlichen Bühne. So war es schon komisch anzusehen, wie in der 96er Wahl Gingrichs engste Mitarbeiter sich abmühten, nur ja jede Verbindung zu ihm und seinem Gedankengut abzustreiten. Gleich als erster ging in den Vorwahlen Phil Gram unter, der doch der einzige republikanische Abgeordnete unter den Kandidaten war, über viel Geld verfügte und stets genau das sagte, was – wenn man den Zeitungsberichten glauben sollte – die Wähler gern hören wollten. Im Januar 1996, sobald man den Wählern direkt gegenüberstand, verschwanden praktisch sämtliche politischen Kernpunkte in der Versenkung. Am krassesten zeigte sich dies in der Frage des Ausgleich des Haushaltsdefizits. Noch 1995 ging es nur darum, wie lange es dauern würde, ob 7 Jahre oder mehr. Mehrmals mußten während dieses Gerangels die Regierungsbehörden ihre Pforten schließen. Doch kaum waren die Vorwahlen eröffnet, redete kein Mensch mehr vom Haushalt. Überrascht stellte das *Wall Street Journal* fest, die Wähler hätten "ihre Fixierung auf den Haushaltsausgleich aufgegeben". In Wirklichkeit standen nämlich die Wähler, wie die Umfragen immer wieder belegten, einem unter auch nur einigermaßen realistischen Annahmen erzwungenen Haushaltsausgleich ablehnend gegenüber.

Genau genommen ging ein Teil der Öffentlichkeit durchaus mit der "Fixierung" der beiden Parteien auf den Haushaltsausgleich konform. Bei einer Umfrage vom August 1995 setzten 5% der Befragten das Defizit an die Spitze aller Probleme; eine vergleichbare Bedeutung hatte etwa die Obdachlosigkeit. Zufällig waren aber unter den 5% Defizitfixierten gerade die Leute, auf die es ankommt. "Amerikanische Wirtschaft fordert Haushaltsausgleich," berichtete *Business Week* über eine Umfrage unter Führungskräften. Äußert sich aber die Wirtschaft, dann tun das auch die politische Klasse und die Medien, und so erfuhr die Öffentlichkeit von ihrem Wunsch nach einem ausgeglichenen Haushalt und gleich auch noch, wo sie denn die Einschnitte in das soziale Netz gern sehen würde – oder eben nicht, wie die Umfragen belegten. Kein Wunder, daß das Thema sich in dem Augenblick verflüchtigte, da man dem "mächtigen Tier" in die Augen schauen mußte.

Erwartungsgemäß wird das angestrebte Programm auf die übliche zweigleisige Weise umgesetzt. Brutale soziale Schnitte stehen neben erhöhten Militärausgaben; beides ist zwar im Volk unpopulär, doch sehr im Sinne der Wirtschaft. Warum gewisse Ausgaben erhöht werden müssen, ist leicht einzusehen, wenn man sich vor Augen

Fotos: Herby Sachs/Version

führt, welche Rolle das Pentagon im Inland spielt. Es pumpt öffentliche Mittel in die höchstentwickelten Industriezweige und verschafft beispielsweise Newt Gingrichs betuchten Wählern höhere Staatshilfen als jedem anderen Wahlkreis; so werden sie gegen die Unbill des Marktes abgeschirmt, während der Anführer der konservativen Revolution gegen den "Regierungsmoloch" wettert und den gesunden Individualismus predigt.

Zwar war aufgrund der Umfragen von Anbeginn klar, daß die Mär vom konservativen Erdrutsch nichts mit der Wahrheit zu tun hatte. Doch erst jetzt wird dies stillschweigend zugegeben. Wenn etwa der Meinungsforscher der Gingrich-Republikaner behauptet hatte, eine Mehrheit unterstütze den "Amerikanischen Vertrag", dann hatten die Leute in Wirklichkeit den "Verpackungsslogans" (dies seine Worte) zugestimmt. Er habe beispielsweise festgestellt, daß die Menschen einerseits gegen eine Demontage der Gesundheitsfürsorge, andererseits dafür sind, diese "für die kommende Generation zu bewahren". Also habe man die Demontage als "Lösung zur Bewahrung" der Gesundheitsversorgung für die kommende Generation verpackt. Und so ist man überall vorgegangen.

So etwas liegt einfach in der Natur einer von der Wirtschaft gesteuerten Gesellschaft, in der wahnsinnige Summen für Marketing ausgegeben werden. Pro Jahr sind es 1 Billion Dollar oder ein Sechstel des Bruttoinlandsprodukts, noch dazu steuerabzugsfähig – die Menschen dürfen also für das Privileg, im Denken und Handeln manipuliert zu werden, auch noch bezahlen.

Und doch ist das mächtige Tier schwer zu zähmen. Schon oft hat man geglaubt, das Problem sei gelöst und das "Ende der Geschichte" – das Utopia der Herrschenden – sei erreicht. Klassisches Beispiel dafür war die Entstehung der "neoliberalen" Lehre Anfang des 19. Jahrhunderts. Damals verkündeten Ricardo, Malthus und andere Klassiker der Ökonomie mit wissenschaftlicher, geradezu Newtonscher Stringenz, daß, wer den Armen hilft, ihnen nur schadet; den besten Dienst würde man der leidenden Menge erweisen, indem man sie von der Illusion befreit, sie habe überhaupt ein Lebensrecht. Das einzige Recht, das diese neue Wissenschaft den Menschen gewähre, sei die Freiheit des unregulierten Arbeitsmarkts. Um 1830 schien sich diese Lehre in England durchgesetzt zu haben. Nachdem das richtige Denken im Interesse der britischen Industrie und Finanzwelt triumphiert hatte, wurden die Menschen in England "auf den Weg in ein experimentelles Utopia gezwungen". So Karl Polanyi in seinem klassischen Werk. Er nennt dies "die rücksichtsloseste Gesellschaftsreform", die die Geschichte je gesehen hat, und sie habe "das Leben Unzähliger zerstört". Ganz unerwartet stellte sich aber ein Problem. Die dumpfe Masse zog den logischen Schluß: Wenn wir kein Lebensrecht haben, dann habt ihr auch kein Recht auf Herrschaft. Es gab Aufstände, Unruhen aller Art, man mußte Truppen einsetzen. Doch die Bedrohung wuchs noch stärker an, denn die Arbeiter organisierten sich, forderten zum Schutz gegen das brutale neoliberale Experiment Regelungen für die Industriebetriebe und eine Sozialgesetzgebung, ja erhoben noch weitergehende Forderungen. Glücklicherweise ist die Wissenschaft allemal flexibel genug, der Elite einen Meinungsumschwung zu gestatten. Da die Energie der Massen unbeherrschbar wurde, entdeckte man die Notwendigkeit, zur Bewahrung des "Lebensrechts" eine Art Gesellschaftsvertrag abzuschließen.

Als das Jahrhundert seinen Fortgang nahm, hielt man die Ordnung für wiederhergestellt. Allerdings gab es einige Abweichler. So outete sich der berühmte Künstler William Morris bei einem Vortrag in Oxford als Sozialist und sorgte dadurch für Empörung in den besseren Kreisen. Seiner Überzeugung nach konnte "dem allgemein akzeptierten Konkurrenzprinzip des 'Den Letzten beißen die Hunde' kein weiteres Wirtschaftssystem mehr nachfolgen. Es ist in sich vollkommen und daher ein Endzustand." Mit diesem Ende der Geschichte würde auch "die Zivilisation sterben." Er jedoch weigere sich, dies zu akzeptieren, mochten "die Weisesten aller Gelehrten" auch noch so überzeugt davon sein. Er behielt am Ende recht, denn das Volk kämpfte weiter.

Auch in den USA bejubelte man vor 100 Jahren die "Fröhlichen Neunziger" als "Vollendung" und "Endzustand". Und als die "Wilden Zwanziger" gekommen waren, galt die Arbeiterbewegung als ein für alle mal erledigt und die Herrschaftsutopie als gesichert – wozu allerdings der Yale-Historiker David Montgomery anmerkte, es handele sich dabei um ein "höchst undemokratisches, gegen den Protest seiner Arbeiter geschaffenes Amerika." Doch auch dieses Siegesfest erwies sich als verfrüht. Nur wenige Jahre, und das mächtige Tier war abermals seinem Käfig entkommen. Am Ende sahen sich sogar die USA, jene exemplarische Wirtschaftsgesellschaft, angesichts des Drucks aus dem Volk zu Zugeständnissen gezwungen, die in weit autokratischeren Staaten längst abgehakt waren.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs startete die Wirtschaft eine gewaltige Propagandakampagne, um das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Ende der fünfziger Jahre schien dieser Kampf gewonnen. Für den Harvard-Soziologen Daniel Bell hatten wir "das Ende der Ideologie" herbeigeführt. Derselbe Bell hatte nur wenige Jahre zuvor als Redakteur der führenden Wirtschaftszeitschrift *Fortune* von der "erschreckenden" Intensität berichtet, mit der die Propagandafeldzüge der Industrie die in die Nachkriegszeit überlieferten sozialdemokratischen Ideen auszulöschen gedachten.

Indes, auch hier hatte man sich zu früh gefreut. Wie die Ereignisse der 60er Jahre zeigten, streifte das mächtige Tier immer noch frei umher und machte den "verantwortungsbewußt Denkenden" Angst vor der Demokratie. Als 1973 die "Trilateral Commission" von David Rockefeller ge-



Foto: Theo Heimann



Gründen trotz aller Unterschiede. So weist etwa der argentinische Politikwissenschaftler Atilio Boron darauf hin, daß die Demokratie in Lateinamerika zusammen mit denselben neoliberalen Wirtschaftsreformen eingeführt wurde, welche die Mehrheit der Bevölkerung ins Unglück stürzten. Im reichsten Land der Welt führten dieselben Methoden zu den gleichen Auswirkungen. Wenn aber mehr als 80% der Menschen in der Demokratie nur eine leere Fassade sehen und die Wirtschaft für "ihrer Natur nach unfair" halten, kann es mit der "Zustimmung der Regierten" nicht weit her sein."

Seit 15 Jahren," so die Wirtschaftspresse, "besitzt die Kapitalseite eine klare Vorherrschaft über die Arbeitnehmerseite." Entsprechend zahlreich sind ihre Siege. Leider könnten die schönen Tage bald gezählt sein, führen doch die Arbeiter einen immer heftigeren "aggressiven Kampf um den sogenannten ´existenzsichernden Lohn´ und um einen größeren Anteil am Kuchen."

gründet wurde, befaßte sie sich als allererstes mit der "Demokratiekrise", zu der in den westlichen Ländern das Drängen weiter Bevölkerungskreise nach politischer Anerkennung geführt hatte. Denn nur ein Naivling konnte darin einen Schritt in Richtung auf mehr Demokratie erblicken; für die Kommission war es vielmehr "Demokratie im Übermaß". Lieber wollte man zu den Tagen zurückkehren, da – mit den Worten des US-Berichterstatters - "Truman das Land im Verein mit einer kleinen Gruppe von Wall-Street-Anwälten und Bankern regieren konnte." So sah die "Demokratie im rechten Maß" aus. Besonders beunruhigt war die Kommission über das Versagen derjenigen Institutionen, die "für die Indoktrinierung der Jugend verantwortlich" seien – also der Schulen und Hochschulen sowie der Kirchen. Man machte Vorschläge zur Wiederherstellung der Disziplin. Passivität und Gehorsam sollten wieder herrschen und zur Überwindung der Demokratiekrise beitragen.

Nun vertritt aber diese Kommission eigentlich die eher progressiven, internationalistisch gesinnten Macht- und Geisteszirkel in Europa, den USA und Japan; so wurde nahezu die gesamte Führungsschicht der Carter-Regierung von ihr gestellt. Der rechte Flügel nimmt weitaus härtere Positionen ein.

In dem Maße, wie sich die Weltwirtschaft seit den 70er Jahren verändert hat, wuchsen den Herren immer neue Waffen gegen das zu, was sie so haßten – den Gesellschaftsvertrag, den die Massen für sich erkämpft hatten. In den USA verengte sich das schon vorher äußerst schmale politische Spektrum fast auf Null. Bereits wenige Monate nach Bill Clintons Amtsübernahme konnte das *Wall Street Journal* in seinem Aufmacher befriedigt melden: "In praktisch jeder Frage treffen Clinton und seine Leute ihre Entscheidungen im Sinne der amerikanischen Wirtschaft." Von den Konzernmanagern wurde das bejubelt: "Mit der neuen Regierung kommen wir viel besser zurecht als mit der alten," freute sich einer von ihnen.

Ein Jahr darauf meinte die Wirtschaft, sogar noch mehr erreichen zu können. Im September 1995 schließlich berichtete *Business Week* über den neu gewählten Kongreß, dieser stelle "einen Meilenstein für die Wirtschaft dar. Nie zuvor wurde über die amerikanischen Unternehmer ein derartiges Füllhorn ausgeschüttet." Und bei den Wahlen des Jahres 1996 waren beide Kandidaten gemäßigte Republikaner, die sich in den Regierungsgeschäften auskannten – für die Wirtschaft also Wunschkandidaten. Der eigentliche Wahlkampf war denn auch in den Augen der Wirtschaftspresse "so langweilig wie noch nie." Obgleich die Kosten alle Rekorde brachen, sank Umfragen zufolge das Publikumsinteresse noch unter die bislang schon niedrigen Werte: Weder fanden die Wähler die Kandidaten sympathisch noch erwarteten sie viel von ihnen.

Weithin herrscht Unzufriedenheit mit unserem demokratischen System. Wenn man aus Lateinamerika Ähnliches vernimmt, dann teilweise aus denselben

Erinnern wir uns: all das hat schon mehrfach gegeben. Wie oft hat man nicht schon das "Ende der Geschichte" begrüßt, wie oft die "Vollendung" oder den "Endzustand" – und sich doch jedesmal darin getäuscht. Mag auch vieles mies sein und bleiben, so erblickt doch ein Optimist, ja selbst ein Realist immer noch einen, wenn auch zähen, Fortschritt. Wenn das Volk heute für seine Sache kämpft, so steht es – vor allem in den entwickelten Industrieländern – besser da und kann mehr erhoffen als seinerzeit in den Fröhlichen Neunzigern oder den Wilden Zwanzigern, ja selbst als noch vor 30 Jahren. Die große Mehrheit der Menschen erkennt, daß ihre Interessen identisch sind und am besten durch Zusammenarbeit zu fördern sind, und so entwickelt die internationale Solidarität neue, konstruktive Formen. Wie eh und je gibt es keinen Grund zu der Annahme, unsere Gesellschaft unterläge irgendwelchen geheimnisvoll verborgenen Bestimmungsgesetzen. Nein, wir haben es nur mit Entscheidungen zu tun, die in unter menschlicher Führung stehenden Institutionen getroffen werden. Solche von Menschen betriebenen Institutionen aber haben eine Legitimitätsprüfung zu bestehen. Gelingt ihnen das nicht, dann lassen sie sich durch andere, freiere, gerechtere Gebilde ersetzen – Beispiele dafür finden sich in der Geschichte in großer Zahl.

Übersetzung aus dem Englischen von Helmut Richter

Kontroverse Chomsky-Bookchin (SF 60 S.34)

Vielleicht ist es ja verfrüht, sich zu dieser Kontroverse schon zu äußern, bevor beide Seiten im SF zu Wort gekommen sind. Da ich aber in letzter Zeit mehrmals darauf angesprochen wurde, möchte ich aus meiner Kenntnis der beiden Beteiligten doch eine vermittelnde Interpretation wagen (diese Kenntnis stammt allerdings nicht aus persönlichen Kontakten, sondern aus der Übersetzungsarbeit an mehreren Büchern - sowohl von Chomsky als auch von Bookchin). Wichtig ist schon mal die Information im SF, dass Chomsky sich nicht der großen Demokratischen Partei angeschlossen hat (was manche anscheinend so verstanden haben), sondern einer linken Splitterpartei (was also schon weniger sensationell klingt).

Dass Bookchin gegen Chomsky so ausfällig wird, scheint mir zunächst mal mit der Zersplitterung der linken Szene zu tun zu haben, um die es in den USA wahrscheinlich auch nicht besser bestellt ist als bei uns. In erster Linie sind aber die Beiden wohl ziemlich unterschiedliche Menschentypen. Chomsky ist der prototypische Intellektuelle, während man Bookchin sicher nicht zu nahe tritt, wenn man in ihm eher einen Gelehrten sieht. Außerdem ist Bookchin sozusagen anarchistisch bis auf die Knochen, Chomsky hingegen eigentlich ein Humanist, ein Menschenfreund, "fassungslos darüber, was Menschen anderen Menschen anzutun imstande sind" (wie mal jemand über ihn äußerte), und gleichzeitig ein Kopf mit einem untrüglichen Gespür für die Mechanismen von Macht und Unterdrückung. Seine totale Unbestechlichkeit und sein intimes Verhältnis zur politischen Realität ist es, was ihn umtreibt und was andere - darunter natürlich auch Anarchisten - so an ihm fasziniert. Er ist in erster Linie ein Aufklärer, der alles Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen setzt, ihre Lage zu erkennen und sich selbst zu helfen. Hier trifft er sich mit dem Anarchismus: Seine Gegenwelt ist libertär, aber ohne Festlegung auf eine der zahlreichen anarchistischen Strömungen.

Er fühlt sich im Elfenbeinturm nicht wohl und unterstützt daher die verschiedensten Organisationen - und jetzt also mal die "Democratic Socialists of America".

PS: Achtet mal in Zukunft bei Chomsky-Zitaten auf den Unterschied zwischen dem Buch von Chomsky/Herman "Manufacturing Consent - the Political Economy of the Mass Media" (m.W. nicht auf Deutsch erhältlich) und dem Buch von Mark Achbar "Manufacturing Consent - Noam Chomsky and the Media" (deutsch: "Noam Chomsky - Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung"). Diese wurden in Anm.13 verwechselt!

Helmut Richter, Frankfurt



Foto: Anarchistische Fotozelle

Freie Städte an der Arbeit

von David Morris[1]

"Mit einer Übereinstimmung, die fast unbegreiflich ist und lange Zeit hindurch von den Historikern nicht verstanden wurde, begannen die städtischen Bevölkerungen, bis hinab zu den kleinsten Marktflecken, das Joch ihrer weltlichen und geistlichen Herren abzuschütteln. Das befestigte Dorf erhob sich gegen das Schloß des Adligen, bot ihm zuerst Trotz, griff es



dann an und zerstörte es schließlich", schrieb Peter Kropotkin in seinem klassischen Buch *"Gegenseitige Hilfe"*[2] vor 100 Jahren. *"Die Bewegung dehnte sich von Ort zu Ort aus, ergriff jede Stadt in ganz Europa und in weniger als hundert Jahren waren an den Küsten des Mittelmeeres, der Nordsee, der Ostsee, des Atlantischen Ozeans bis zu den Fjorden Skandinaviens, am Fuß der Apenninen, der Alpen, des Schwarzwaldes, des Grampiangebirges und der Karpathen, in den Ebenen Rußlands, Ungarns, Frankreichs und Spaniens freie Städte ins Leben getreten."* (S.157)

1000 Jahre nachdem die Bewegung für "Freie Städte" Europa erobert hatte, wird sie zum Leuchtfeuer für alle, die glauben, daß kooperative Gemeinschaften, die auf einer gemeinsamen Verantwortlichkeit beruhen, sowohl nützlich und blühend wie auch demokratisch und dynamisch sein können.

Mittelalterliche Städte waren um den Ort und den Beruf organisiert. Alle Haushalte waren in kleine örtliche Vereinigungen zusammengeschlossen – in die Straße, die Gemeinde oder die Sektion. Nachbarschaften von ca. 10.000 Menschen waren verantwortlich für die Verbrechenskontrolle und das Ausführen der Bestrafung. Sie wählten ihre Richter und Priester und bildeten ihre eigene Miliz.

Die Arbeiter gehörten Gilden an, die ihre Mitglieder selbst kontrollierten. Durch die Gilden wurde die Ökonomie der Städte gestaltet, es wurde ein Verhaltensmuster verbindlich, das die berufliche und die persönliche Verantwortung mischte. Ein typischer Verhaltenskode war z.B., daß wenn ein Mitglied gefährlich krank wurde, zwei Brüder an seinem oder ihrem Bett Wache halten mußten, bis er oder sie außer Gefahr war. Im Todesfall mußten sie für die Kinder sorgen. Streitigkeiten unter Mitgliedern regelte die Gilde. Wenn die Stadt zu den Waffen gerufen wurde, erschien jede Gilde als eigenständige Kompanie mit selbst gewählten Kommandeuren.

Mittelalterliche Ökonomien wurden nicht von unsichtbarer Hand geführt. Oft setzen "Dritte", die die genauen Produktionskosten kannten, die Preise fest. In einer Stadt erklärten z.B. die Kaufleute und Matrosen unter Eid, wie hoch sich die Einkaufspreise und die Transportkosten von importierten Waren beliefen. Der Bürgermeister der Stadt und zwei "umsichtige" Männer bestimmten daraufhin den Verkaufspreis.

Die Städte verlangten, daß die Produkte, die innerhalb ihrer Zuständigkeit hergestellt wurden, von höchster Qualität sein mußten. Holz, Leder oder Faden, die vom Handwerker benutzt wurden, mußten "richtig" sein, verlangte eine Vorschrift. Das Brot mußte "ge-

Foto: Herby Sachs /Version

recht" gebacken werden, notierte eine andere.

Die Richter über die Qualität waren die Arbeitskollegen. Die Gilde, nicht der einzelne Hersteller, bot die Waren der Gemeinschaft zum Kauf an. Die Gemeinschaft bot im Wechsel den verbündeten Städten die Waren an und übernahm die Verantwortung für die Qualität. Technische Fehler fielen nicht nur auf den einzelnen Handwerker und seine Gilde, sondern auf die Gemeinschaft zurück.

Die Produktion war eine soziale Pflicht und entsprang sozialer Verantwortung. In vielen Städten wurde die gesamte Stadt für die Schulden verantwortlich gehalten, die einer ihrer Kaufleute verursachte.

Freie Städte regulierten Angebot und Nachfrage, setzen Preise fest und stärkten den Sinn für gegenseitige Verantwortlichkeit.

War dies eine kapitalistische Ökonomie? Oder eine sozialistische? Weder noch. Das Werk Kropotkins und seiner Nachfolger beschreiben es als "Anarchie". Für viele von uns bedeutet dies Chaos. Für Kropotkin beschrieb es eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen von denen getroffen werden, die am meisten davon betroffen sind und in der viele kleine lokale Hersteller die notwendigen Waren und Dienstleistungen bereitstellten.

Im Mittelalter führte diese "Anarchie" zu bemerkenswerten Ergebnissen. Kropotkin bemerkte: *"Im Anfang des 11.Jahrhunderts waren die Städte Europas kleine Nester mit elenden Hütten, die nur mit niedrigen plumpen Kirchen versehen waren, deren Erbauer kaum wußten, wie man einen Schwibbogen macht; die Handwerke, hauptsächlich etwas Weberei und das Schmie-dehandwerk, standen in ihrer Kindheit; Bildung fand sich nur in ein paar Klöstern."* (S.196)

350 Jahre später, hatte sich der Anblick Europas verändert: *"Das Land war mit reichen Städten übersät, die von gewaltigen dicken Mauern umschlossen waren, die durch Türen und Tore verschönert waren, von denen jedes Stück ein Kunstwerk für sich war. (...) Die Handwerke und Künste hatten sich zu einer Höhe der Vollendung erhoben, die übertroffen zu haben wir uns nach verschiedenen Richtungen schwerlich rühmen können, wenn das erfindungsreiche Können des Arbeiters und die überlegene Vollkommenheit seiner Arbeit mehr gilt als die Geschwindigkeit der Fabrikation. Die Flotten der freien Städte durchfurchten nach allen Richtungen das nördliche und das südliche Mittelmeer; eine Anstrengung mehr und sie fuhren quer über den Ozean. In weiten Länderstrecken war der Wohlstand an Stelle des Elends getreten; die Bildung war in die Tiefe und Breite gegangen. Die Methoden der Wissenschaft waren ausgebildet worden; der Grund zur Naturwissenschaft war gelegt worden; und der Weg war geebnet für alle mechanischen Erfindungen, auf die unsere eigene Zeit so solz ist."* (S.196)

Städte mit weniger als 90.000 Einwohnern, also einer Größe vieler zeitgenössischer Städte, wurden zu Erfindungszentren. Ein Geschichtswissenschaftler listete die technischen Fortschritte auf, die uns von diesen kleinen Vereinigungen freier Bürger hinterlassen wurden: Papier, Druck und Grafur, verbessertes Glas und Stahl, Schießpulver, Uhren, Teleskope, den See-Kompaß, den überarbeiteten Kalender, die Dezimalzahlen, Algebra, Trigonometrie, Chemie und der Kontrapunkt (eine Erfindung, die nahezu gleichbedeutend war, die Musik neu zu erfinden).

Fünfhundert Jahre später inspiriert uns die mittelalterliche Kunst und Architektur immer noch, zum Teil gerade weil alle Kunst eine öffentliche Kunst war. Der Rat von Florenz drückte es so aus: "Keine Werke müssen durch die Kommune begonnen werden, aber alle Vorhaben sind vom großen Herzen der Kommune ausgedacht, entstanden in den Herzen aller Bürger, die dem gemeinsamen Willen verbunden sind.".

Die mittelalterliche Kathedrale war nicht nur ein Gebäude, sondern sie war ein Symbol des Sieges der Stadt und der Fähigkeiten und Kooperationsbereitschaft ihrer Bürger.

Mittelalterlichen Städten fehlten die Bequemlichkeiten, die wir heute für garantiert halten, aber das bedeutete nicht, daß das Leben ihrer Einwohner öde war. Und wie es sich für Gemeinschaften schickte, die von Arbeitern regiert wurden, war eine 48-Stunden-Woche normal, eine Praxis, die erst in unserem Jahrhundert wieder gefunden werden kann. Pariser Arbeiter hatten 30 Tage Urlaub. Die Löhne waren hervorragend. In Sachsen konnte ein Bauhandwerker mit seinem Wochenverdienst drei Schafe und ein paar Schuhe kaufen. Heute würde ein solcher Handel einen Wochenlohn von 150 $ voraussetzen. In Amiens konnte ein Schmied, Steinmetz oder Holzfäller für seinen Tagesverdienst mindestens 50 Pfund Brot kaufen. Heutige Arbeiter müßten 300$ die Woche heimbringen, um dasselbe tun zu können.

Die Freien Städte verloren schließlich gegen äußere und innere Kräfte. War ihre Umwandlung in abhängige Gebilde der Nationalstaaten unausweichlich?

In seinem exzellenten Buch *"Die Agonie der Stadt. – Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers"* deutet Murray Bookchin die Möglichkeit an, daß Städteföderationen (Städtebünde) anstelle von Nationalstaaten die nächste Stufe ökonomischer Evolution hätten übernehmen können. Als das heilige Römische Reich (deutscher Nation unter Kaiser Friedrich Barbarossa, Anm. SF) in Italien einfiel und gegen Mailand marschierte, eilten die Städte Crema, Piacenza, Brescia, Tortona u.a. zur Hilfe; die Banner der Gilden von Verona, Padua, Vicenza und Trevisa flatterten Seite an Seite im Lager der Städte gegenüber den Bannern des Kaisers und der Adligen." Im folgenden Jahr 1167 wurde die Lombardische Liga gegründet. 1226 gehörten ihr fast alle großen Städte Norditaliens an.

1384 kündigte der Schwäbische Bund an, dem Schweizer Städtebund, dem Vorläufer der Eidgenossenschaft der Kantone, beizutreten. *"Wären die Schweizer diesem Werben geneigter gewesen"*, so spekuliert Bookchin, *"vielleicht hätte dann die europäische Geschichte einen anderen Verlauf genommen und vielleicht wäre der Föderalismus an die Stelle des Nationalismus getreten."* (S.179)

500 Jahre Städteherrschaft lehren uns, daß Kooperation ein effektives Organisationsprinzip sein kann, nicht nur für individuelle Unternehmungen sondern auch für die Gesamtgesellschaft.

übersetzt von
Wolfgang Haug

Murray Bookchin: Die Agonie der Stadt – Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers, übersetzt von Helmut Richter, 336 S., 36.-DM, Trotzdem-Verlag 1996, 71120 Grafenau.

Anm.:

1 (Morris ist der Autor von "The New City States" und Direktor des Institute for Local Self-Reliance (lokale Selbsthilfe) in Washington, DC)

2 Peter Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, übersetzt von Gustav Landauer, 333S., 28.-DM; Trotzdem-Verlag 1993, 71120 Grafenau

Eine Hand wäscht die andere

Der Staat und die etablierten Umweltverbände

von Jörg Bergstedt

Sind Umweltschutzverbände wie der BUND, der Naturschutzbund, der WWF oder andere unabhängige Lobbyverbände? Schauen sie der Bundesregierung kritisch auf die Finger, wenn die ihr neues Atomgesetz durchpeitscht oder wieder mal ein paar Umweltschutz- oder Beteiligungsgesetze "dereguliert"? Die Antwort lautet schlicht: Nein! Daß in den letzten Jahren umfassende Verschlechterungen der Umweltschutzgesetzgebung sowie vieler weiterer Felder der Umweltschutzarbeit fast ohne Protest seitens der UmweltschützerInnen geschahen, ist kein Zufall. Seit Anfang der 90er Jahre haben die großen und etablierten Verbänden nämlich einen beachtlichen Kurswechsel vollzogen – weg von Organisationen, die mit phantasievollen Aktionen, öffentlichem Druck und radikalen Gegenkonzepten auftraten hin zu PartnerInnen der Mächtigen, die an den gleichen Tischen sitzen, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit den Regierungen betreiben, die loben und belobigen lassen, und die dafür auf doppelte Weise belohnt werden: Mit Geld sowie mit Karrierechancen. Wer heute in einem Umweltverband ganz oben steht, ist nicht mehrersteR KritikerIn der Regierungen, sondern hat beste Chancen, direkt in Landtag, Bundestag, Leitungsposten in Ministerien oder Parteien zu wechseln. Man kennt sich ja schon von den vielen Kungelrunden, von denen dieses Land regiert wird – und in denen die etablierten Umweltverbänden auch ihre festen Plätze in der zweiten Reihe haben.

In einem zweiteiligen Text soll die Verfilzung von Staat und Umweltverbänden deutlich gemacht werden. Im ersten Teil geht es um den Deutschen Naturschutzring, den Dachverband (fast) aller Umweltorganisationen in Deutschland, der in vielen Fällen die Umweltverbänden in der Öffentlichkeit und vor allem gegenüber den Mächtigen vertritt. Im nächsten SF sollen dann andere große Umweltverbände vorgestellt und besondere Beispiele erwähnt werden.

Teil 1: Der Deutsche Naturschutzring (DNR) – fast eine Abteilung des Bundesumweltministeriums

4.11.1997: Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Prof.Dr. Wolfgang Engelhardt feiert seinen 75-jährigen Geburtstag. Das ist eine öffentliche Veranstaltung wert. Alle wichtigen FreundInnen des obersten Umweltschützers dieser Republik kommen und halten Reden. Den Anfang und das Ende, damit aber auch die Hauptteile der RednerInnenliste, bilden zwei ganz besondere Bekannte: Umweltministerin Angela Merkel und Bundeskanzler Helmut Kohl. Nicht auf der RednerInnenliste und auch gar nicht geladen: UmweltschützerInnen der Basis, Menschen, die sich vor Atomzüge setzen oder Baukräne an Autobahnstellen besetzen, um gegen die Politik von Kohl/Merkel und anderen zu protestieren. Während der Krümmelcastor durch Land geprügelt wird und in den Hüttendörfern die Vorbereitungen für den Winter laufen, präsentieren in einem teuren Etablissement in Bonn die Mächtigen der Bundesregierung und der Umweltverbände der Öffentlichkeit ihre Verbundenheit miteinander ...

Die Geburtstagsfeier für den DNR-Chef ist keine Besonderheit in den oberen Etagen des Umweltschutzes: Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist ohnehin eine schwerfällige, fast gänzlich handlungsunfähige Organisation. Dieses wird durch die innerverbandliche Hierarchie und Bürokratie hervorgerufen sowie durch das Verhalten von BUND, Naturschutzbund und WWF verschlimmert, die vor allem ihre eigenen Verbandsinteressen in den Vordergrund stellen.

Zudem aber hat der DNR eine gefährliche Staatsnähe. Parteimitglieder oder andere, mit Staat bzw. Wirtschaft liierte Personen dominieren den Vorstand. Wenn der DNR einmal aktiv wird, orientiert er sich an Aktionen, die eher pompös wirken und statt der Naturschutzbasis große Firmen und bekannte PolitikerInnen ansprechen.

Im Sinne eines aktiven und unabhängigen Natur- und Umweltschutzes wirkt der DNR nicht.

Geschichte und Ziele

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wurde 1950 gegründet, angestossen vor allem von der Bundesanstalt für Naturschutz, also einer Behörde. Erst im Laufe der Zeit entstand der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, wie er sich auch heute darstellt.

Seit 1968 regiert Prof. Wolfgang Engelhardt den Verband, rund um sich versammelt er im Vorstand vor allem Spitzenfunktionäre der großen Umweltverbände (BUND, Naturschutzbund usw.) sowie einige weitere.

Was der DNR eigentlich soll, ist unklar. Unstrittig war immer der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden bzw. die Informationsweitergabe von Berichten z.B. aus dem staatlichen Naturschutz. Dieser Funktion kommt der DNR nach besten Kräften nach, aber seine Hände sind teilweise gebunden. Vor allem die großen Umweltverbände sehen den DNR teilweise als Konkurrenz und degradieren ihn zu einem Verwalter niederrangiger Aufgaben.

Ein zweites Ziel, die politische Lobbyarbeit, ist in der langen Geschichte gänz-

Foto: Theo Heimann/X-Press

reitung der Umweltkonferenz wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt.

Der DNR in "Aktion"

In der Regel startet der DNR überhaupt keine Aktionen bzw. beteiligt sich auch nicht an anderen. Beispielhaft für die wenigen Aktivitäten sind der Deutsche Umwelttag 1992, der wesentlich über den DNR inszeniert wurde und der "Ökologische Marshallplan". Beide haben eines gemeinsam: Eine inhaltliche Beliebigkeit mit der Vorliebe, klangvolle Industrie- und Politikernamen zu gewinnen. Ökologische Forderungen oder die Beteiligung vieler Basisgruppen waren den DNR-Funktionären dabei immer gleichgültig.

Deutscher Umwelttag 1992: Während die Basisgruppen im Umweltschutz schon im Vorfeld z.B. von Geschäftsführer Weintz und auf dem Umwelttag von NABU-Präsident und DUT-Vizechef Flasbarth beschimpft wurden und folglich kaum kamen, gab es eine fast unglaubliche Anbiederung an die Industrie sowie teilweise auch an die Politik.

Der DNR war der Kritik am DUT ebensowenig offen wie die Veranstalter selbst. Der DUT wurde im DNR initiiert, der DUT-Trägerkreis hat große Ähnlichkeit mit den dominierenden Verbänden im DNR.

Der **Ökologische Marshallplan**: Er entstand, um angeblich die Umsetzung der Beschlüsse der Rio-Konferenz umsetzen zu helfen. Initiator war unter anderem Johannes Karl, CDU-Mann aus Niedersachsen, der in der Umweltbewegung auch andernorts schon "merkwürdig" auffiel, Scheinaktionen durchführte und an verschiedenen Punkten Einfluß zu nehmen versuchte. Inhaltlich ist der Marshallplan dünn. Er beruft sich recht unkritisch auf das Buch *"Wege zum Gleichgewicht"* von Al Gore und trägt ökoimperialistische Züge (Eindämmung der Bevölkerungsexplosion, Schutz des Tropenwaldes als Hauptziele, kaum Forderungen für Projekte in Europa bzw. Deutschland).

Bemerkenswert ist, wie schnell eine lange Liste von ErstunterzeichnerInnen zusammenkam. Allein diese Liste hätte für jedeN weitereN UnterzeichnerIn abschreckend genug sein müssen. Es finden sich: Jo Leinen, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Ernst U. von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel (alle SPD), Joschka Fischer (GRÜNE), Wolfgang Rauls (FDP), Rainer Eppelmann, Lutz Wicke (CDU), Alfred Mechtersheimer, Junge Union, ÖDP, Betriebsrat der Commerzbank, Komitee für Gerechtigkeit (Gründung von Peter M. Diestel und Gregor Gysi) und AEG (Daimler-Benz-Firma). Mit dabei auch der Vorstand des Deutschen Naturschutzringes.

Die **Ökologische Steuerreform**: Mitte 1997 präsentierte der Deutsche Naturschutzring der Öffentlichkeit einen neuen Vorschlag für eine Steuerreform, in deren Mittelpunkt eine kontinuierlich steigende Abgabe auf den Energieverbrauch lag. Noch wenige Jahre vorher war ein solcher Vorschlag an der FDP und dem BDI (Bundesverband Deutscher Industrie) gescheitert. Diesmal wollten die DNR-Strategen um die Vorstandsmitglieder Jochen Flasbarth und Armin Torbecke (inzwischen ausgeschieden) und den hauptamtlichen Sachbearbeiter Martin Rocholl ganz sicher gehen: Die Großenergieverbraucher sollten deutlich weniger Steuern zahlen. Als offizielle Begründung wurde angegeben, daß damit ein Abwandern ins Ausland verhindert werden sollte. Die eigentlichen Ziele aber wurden schnell deutlich, als die Broschüre zum Thema erschien: BAYER, Daimler-Tochter AEG, CDU-Mann Schäuble, der bayr. Landtag und andere lobten dort den DNR-Vorschlag in höchsten Tönen. Dem DNR war das nicht peinlich, sondern zun höchsten Tönen. Dem DNR war das nicht peinlich, sondern zusätzlicher Ansporn. Ginge es nach dem DNR-Vorschlag, so würden in Zukunft also die Chlorchemie, die Stahl- und Aluminiumproduktion, Zementfirmen und andere begünstigt. Strom beim Spülen der Mehrwegflaschen wäre dann teurer als der zur Produktion von Dosen usw. Immerhin: Der DNR-Vorschlag wurde vorher allen Mitgliedsverbänden vorgelegt. Robin Wood, Grüne Liga, BUND, BBU sowie viele weitere Verbände, Institute usw. tragen das Papier offiziell mit!

Jörg Bergstedt: "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz"
Im Rahmen dieses Projektes entstehen ein umfangreiches Archiv sowie ein Buch mit gleichlautendem Titel, daß im April 1998 im IKO-Verlag erscheinen wird (ISBN 3-88939-613-5). Kontaktadresse: *Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.*

Beisitzer Jochen Flasbarth: Flasbarth ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), der ihn für diesen Posten auch hauptamtlich bezahlt. Flasbarth gehört keiner Partei an, hat aber in den wenigen Jahren seiner Präsidentschaft im NABU gezeigt, daß er mit Politik und Wirtschaft umzugehen weiß – und zwar im Sinne einer Anbiederung, um Geld und kurzfristige Prestigeerfolge zu erringen. So wurde er 1996 von Gruppen der Grünen Liga angegriffen, als er zusammen mit der Otto-Stiftung in geheimen Kungelrunden eine Einigung über den Elbeausbau mit Bundesverkehrsminister Wissmann erreichte und sich dafür öffentlich feierte. Kooperationen ging Flasbarth mit der Commerzbank ein, in ein Vertreter einer geschlossenen Verbandslinie und hat Kritiker auch schon aus dem Verband geworfen. Auf dem Deutschen Umwelttag 1992 quittierte Flasbarth die Kritik an der Dominanz der Industrie mit dem verbalen Niedermachen der KritikerInnen und bedauerte die Abwesenheit der Automobilkonzerne.

Beisitzer Hubert Weinzierl: Bekannt ist neben seiner Tätigkeit als (ehrenamtlicher) Vorsitzender des BUND bundesweit und in Bayern inzwischen auch seine Tendenz in rechtskonservative Kreise (siehe entsprechende Buchveröffentlichungen). Besonders deutlich wurde Weinzierls Neigung, als er bei der Kampfabstimmung zwischen Prof. Thielcke und Herbert Gruhl um den BUND-Bundesvorsitz den späteren ÖDP-Mann Gruhl unterstützte - allerdings vergeblich, denn Thielcke wurde gewählt. (...)

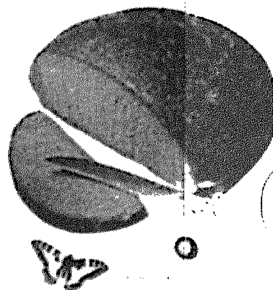
Finanzielle Abhängigkeit und politische Anbiederung

Der DNR steht als einzeln aufgeführter Posten im Haushalt der Bundesregierung. Er ist von diesen institutionellen Zuwendungen weitgehend abhängig. Statt eigenständige Finanzhoheit müssen alle Ausgaben und Haushaltsplanänderungen mit dem Bundesumweltministerium abgeklärt werden. Die hauptamtlichen Kräfte und die zentralen Mittel sind somit vom Wohlwollen der Bundesregierung voll abhängig.

Bemerkenswert waren die verschiedenen Belobigungen seitens der großen Umweltverbände und des DNR rund um die Rio-Konferenz 1992. Während die Medien den Umweltgipfel als Fehlschlag werteten, lobten die UmweltschützerInnen Bundesregierung und die gerade noch zustandegekommenen Ergebnispapiere (Agenda 21 usw.).

Im nationalen Komitee zur Vorbe-

den NABU-Vorstand holte er weitere Industrielle. Wie wenig politischen Spürsinn Flasbarth hat, bewies er während der NIX3-Proteste im Wendland. Während sich dort AtomkraftgegnerInnen für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzten, ging Flasbarth unter großem Medienrummel mit Atomministerin Merkel in den Wald und malte Spechte auf Bäume, die nicht gefällt werden sollten. Innerverbandlich ist Flasbarth



lich gescheitert. Das hat zwei Gründe. Zum einen, wie schon erwähnt, haben einige Umweltverbände kein Interesse an einem "starken" DNR. Zum zweiten ist der DNR alles andere als eine unabhängige Einrichtung. Er erhält regelmäßige Förderungen durch das Bundesumweltministerium (vorher Landwirtschaftsministerium), seine Spitzenfunktionäre sind überwiegend Parteimitglieder und unter seinen Mitgliedern gibt es viele, die den Naturschutz gar nicht als wesentliches Ziel verfolgen.

Der DNR hat etwas mehr als 100 Mitgliedsgruppen, die zusammen ca 3 Mio. Mitglieder repräsentieren.

Struktur und Mitglieder

Der Deutsche Naturschutzring ist ein Verband, kein Netzwerk. Das schaft enorme Probleme. Projektgruppen oder Arbeitskreise, sollten sie überhaupt gebildet werden, müssen sich ständig die Rückendeckung des Vorstandes oder gar der Mitgliederversammlung einholen. Bürokratie und Hierarchie verhindern eine effektive Arbeit.

Unter den Mitgliedern gibt es drei Gruppen. Etliche Verbände stellen überhaupt keine Naturschutzverbände dar, sondern sind überwiegend Interessenvertreter von NaturnutzerInnen, z.B. WandererInnen, KanutInnen, ReiterInnen, FotografInnen, SporttaucherInnen usw. Diese Gruppe steht politischen Aktivitäten meist skeptisch oder ablehnend gegenüber. VertreterInnen dieser Verbände waren regelmäßig auch im Vorstand vertreten, z.B. zur Zeit eine Vertreterin der Reiterlichen Vereinigung. Gegenüber früheren Jahren ist der Einfluß dieser Gruppen dennoch etwas zurückgegangen, weil große Verbände wie z.B. der Jagdverband nach Protestaustritten anderer Gruppen (Bund gegen den Mißbrauch der Tiere, BUND) den DNR verlassen haben. In den 80er Jahren noch war es normal, daß DNR-Vorständler aus diesen Naturnutzervereinen öffentlich z.B. für den Bau von Autobahnen eintraten (z.B. der ehemalige CDU-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Konrad Schubach, der während seiner DNR-Präsidiumszeit den Weiterbau der A1 und der A60 forderte).

Die zweite und wichtigste Gruppe sind die großen Naturschutzverbände. Im Kern sind das der BUND, der Naturschutzbund und der WWF Deutschland, zum Teil können auch die Naturfreunde oder einige andere Umweltverbände hinzugerechnet werden. Diese Verbände sind zentral verantwortlich für die Schwäche des DNR, weil sie sich so besser selbst profilieren können. Gerade BUND, Naturschutzbund und WWF haben sich in den vergangenen Jahren immer durch fehlende Kooperationsbereitschaft ausgezeichnet. Im DNR sitzen sie überproportional stark im Vorstand und haben einen wesentlichen Einfluß auf das Geschehen. Die beschriebene Gruppe hat sich als "Verbändeforum im DNR" eine eigene Arbeitsstruktur gegeben.

Die Gründung des BUND bundesweit war damals eine Antwort auf den schwachen DNR. Heute, wo der BUND das ändern könnte, will er es nicht mehr. Zur Zeit gibt es eine strategische Zusammenarbeit von BUND, Naturschutzbund und WWF. Sie koordinieren die wesentlichen Naturschutzaktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktionen usw.) unter sich, während der DNR oder auch andere Umweltverbände unbeachtet bleiben. Ziel dieser Kungelei ist nicht die optimale Stärke des Naturschutzes, sondern das optimale Ergebnis für den eigenen Verband.

Als dritte Gruppe finden sich dann noch weitere, kleinere oder im DNR wenig engagierte Umweltverbände wie die Grüne Liga, Robin Wood oder der BBU. Mitte der 80er Jahre trat der Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung (DJN, Jugendverband ohne Erwachsenenverband, also auch ohne KarrieristInnen) aus Protest gegen die Politik des DNR aus.

Der Vorstand: Kaum unabhängige Personen

Die Vorstandsliste liest sich wie ein "Who ist who?" des deutschen Naturschutzes. Hinter den bekannten Namen aber stecken Personen, die längst nicht mehr unabhängig sind. Ihnen sitzt eine Minderheit weiterer gegenüber, die sich mit ihren Ideen nicht durchsetzen können bzw. es angesichts der Schwäche des DNR auch nicht immer wollen.

Bis Anfang der 90er Jahre war der DNR-Vorstand vor allem von regierungsnahen Personen geprägt, Mitglieder von Parteien (z.B. der langjährige Vize-Präsident Sander, SPD) oder Hauptamtliche in Ämtern und Behörden.. In den letzten Jahren sind die Posten stärker von den prägenden Verbänden im DNR besetzt worden.

Die wesentlichen Drahtzieher des DNR sind (Stand 1997):

Präsident Prof. Wolfgang Engelhardt: Seit vielen Jahrzehnten in Spitzenpositionen des deutschen Naturschutzes. Neben seiner Führungsposition im DNR ist er stellvertretender Vorsitzender des Vergaberates bei der Deutschen Umweltstiftung. Insgesamt ist er auf der Bonner Regierungsebene mit vielen Personen direkt bekannt. Wolfgang Engelhardt ist Mitglied der CSU.

Schatzmeister Jürgen Resch: Resch ist Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe und hatte diesen Posten bis vor kurzen auch bei der im gleichen Büro sitzenden Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), für die er auch jetzt noch nebenberuflich arbeitet. Resch ist einer der beiden Hauptdrahtzieher in schmutzigen Spendengeschäften. Die Deutsche Umwelthilfe und nochmehr Euronatur sind vor allem von BUND sowie in zweiter Linie vom Naturschutzbund gegründet worden, um Gelder zu waschen, d.h. Spenden anzunehmen, die der Verband nicht direkt annehmen will, um sein Image nicht zu schädigen. Hauptgeldgeber sind Lufthansa und Daimler-Benz, die Kooperationspartner reichen bis zur Weltbank und der GTZ (offizielle Entwicklungshilfeeinrichtung der Bundesregierung). Resch gilt als einer der großen Geldstrategen, der überall Verbindungen aufbaut, um große Geldsummen dirigieren zu können.

Keine Macht für Niemand

Versuch einer anarchistischen Aneignung des philosophischen Projektes von Michel Foucault

von Jürgen Mümken

„Die Macht der Macht scheint im wesentlichen auf dem Umstand zu beruhen, daß man nicht genau weiß, um was es sich eigentlich handele".
Niklas Luhmann

„Der Anarchismus ist nicht eine Utopie, die endgültig Gestalt angenommen hat. Der Anarchismus ist eine Bewegung, die sich in unaufhörlicher Entwicklung befindet und die heute wie gestern die Fähigkeit besitzt, neue Formen anzunehmen, (...) alle neuen Tatsachen zu verstehen und zu akzeptieren".
Emma Goldmann

Für die Analyse gegenwärtiger Gesellschaften und der Frage nach der Transformation dieser in eine anarchistischen Gesellschaft sind Macht und Herrschaft zentrale Kategorien. Die Frage nach der „Macht" ist somit eine zentrale Fragestellung aller Gesellschaften, d.h. auch für eine anarchistische Bewegung und einer zukünftigen anarchistischen Gesellschaft. Laut Horst Stowasser bedeutet Anarchie: „'keine Herrschaft', also die Abwesenheit von Macht und Hierarchie" (Stowasser 1995, 13), doch die Abwesenheit von Macht ist laut dem französischen Philosophen Michel Foucault (1926-84) nicht möglich, da es kein außerhalb der Macht gibt. Als Konsequenz dieser Macht ohne absolutes Außen existiert „auch das 'Außen' des Staates, in dem die revolutionären Subjekte siedeln (und seßhaft sein) sollen" (Müller u.a. 1994, 11), nicht. Unter diesem Gesichtspunkt muß das Verhältnis Macht und Anarchismus neu gedacht werden.

Spuren der Macht

Die Spuren der Macht führen zu keiner einheitlichen Theorie der Macht, sondern es sind eine ganze Reihe von unterschiedlichen Theorien der Macht entwickelt und Analysen der Macht durchgeführt worden (vgl. Kondylis 1992 und Röttgers 1990). Neben der Analyse der Macht von Foucault sind vor allem die Machtbegriffe von Max Weber und Hannah Arendt von Bedeutung für heutige politikwissenschaftliche und philosophische Diskurse. Während Weber „die Ausübung von Macht und Herrschaft im Hinblick auf den subjektiven Handlungssinn begreift" (Neuenhaus 1993, 7), analysiert Foucault sie als subjektlose Strategie. Beide verstehen aber „Disziplin und Rationalität als konstitutive Momente moderner Macht- und Herrschaftsausübung" (Neuenhaus 1993, 7). Hannah Arendt entwickelte ihren Machtbegriff im Rekurs auf die Republikgründungen der Antike. Macht entspricht für Arendt der menschlichen Fähigkeit, „nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist in Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält. Wenn wir von jemand sagen, er 'habe die Macht', heißt das in Wirklichkeit, daß er von einer bestimmten Anzahl von Menschen ermächtigt ist, in ihrem Namen zu handeln" (Arendt 1970. 45).

Der Anthropologe Harold Barclay sieht das Verhältnis der Anarchie zur Macht folgendermaßen:

„Anarchie ist letztendlich ein Zustand, in dem die Macht am weitesten aufgespalten ist, so daß sie im Idealfall gleichmäßig auf die gesamte Gesellschaft verteilt ist. Und dies unterscheidet die anarchistische Konzeption von anderen politischen Theorien, die wie z.B. der Marxismus nur die Übertragung der Macht von einer gesellschaftlichen Gruppe (Klasse) auf eine andere anstreben. (...) Max Weber hat den Unterschied zwischen Macht und Autorität hervorgehoben. In jeder Gesellschaft erkennen die einzelnen Mitglieder an, daß gewisse Menschen in bestimmten Bereichen Autorität besitzen" (Barclay 1982, 23f).

Macht, Wissen und Wahrheit

Foucault wollte mit seiner Analyse der Macht keine totalisierende Theorie der Macht entwickeln, denn ihm ging es um die „Definition des spezifischen Bereichs der Machtbeziehungen und die Bestimmung der Instrumente zu ihrer Analyse" (WzW 102). Bei der Analyse der Machtmechanismen geht es darum „zu wissen, wo, zwischen wem und wem, auf welche Weise und zu welchem Zweck ... sie ablaufen" (AdM 1). Es geht um die Beziehungen, Strategien und Technologien der Macht, die uns konstituieren, uns durchqueren und ausmachen. Bei der Analyse der Mechanismen der Macht ging es Foucault auch um die Beziehungen zwischen Macht und Wissen. Das „Macht-Wissen"-Konzept von Foucault beinhaltet eine Kritik an der Grenzziehung zwischen Macht und



Wissen im modernen Humanismus, denn für ihn hört das Wissen nicht dort auf, wo die Macht anfängt:
„Ich habe nun den Eindruck, (...) daß sich Macht immer an Wissen und Wissen immer an Macht anschließt. Es genügt nicht zu sagen, daß die Macht dieser oder jener Wissensform bedarf. Vielmehr bringt die Ausübung von Macht Wissensgegenstände hervor; sie sammelt und verwertet Informationen. (...) Die Macht bringt ständig Wissen hervor und umgekehrt bringt das Wissen Machtwirkungen mit sich" (MdM 45).
„Über die Verzahnung von Machtwirklichkeit und Wissensgegenstand hat man verschiedene Begriffe und Untersuchungsbereiche konstruiert: Psyche, Subjektivität, Persönlichkeit, Bewußtsein, Gewissen usw.; man hat darauf wissenschaftliche Techniken und Diskurse erbaut; man hat darauf moralischen Ansprüche des Humanismus gegründet. Doch täusche man sich nicht: man hat an der Stelle, der Illusion der Theologen, nicht einen wirklichen Menschen, einen Gegenstand des Wissens, der philosophischen Reflexion oder technischen Intervention. Der Mensch, von dem man uns spricht und zu dessen Befreiung man einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er" (ÜuS 42).
Für den Zusammenhang von Wissen und Macht ist bei Foucault der Begriff der Wahrheit von großer Bedeutung. Dabei geht es nicht um die Unterscheidung von Wahrem und Falschem, sondern um das „Ensemble von Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen geschieden wird" (DdM 53). In die Produktion von Wahrheit geht bereits der Wille zum Wissen, der der Wille zur Macht ist, ein. Dadurch, daß Foucault Wahrheit und Wissen in Beziehung zu den Machttechniken setzt, „wird die Trennung zwischen einem wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen sowie zwischen einem wahren und falschen Diskurs aufgehoben. Denn es ist die Macht, die die Wahrheit bestimmt" (Althoff/Leppelt 1995, 42).
Über die Ausschaltung, Marginalisierung oder Verschüttung devianter Wissensarten im Namen eines wahren Wissens - z.B. wissenschaftlicher Diskurse - findet die Produktion der Wahrheit statt und jede Gesellschaft „hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre 'allgemeine Politik' der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren läßt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht" (DdM 51).
Die jeweiligen politischen Auseinandersetzungen sind damit Teil der Machtbeziehungen, und auch „der Widerstand liegt niemals außerhalb der Macht" (WzW 116). Wir befinden uns ständig innerhalb der Macht, die sozusagen eine Macht ohne absolutes Außen ist. Deshalb sind die politischen Auseinandersetzungen auch stets ein Kampf um die Wahrheit. Die Probleme und Auseinandersetzungen müssen in den Kategorien von Wahrheit - Macht begriffen werden, dadurch verschwimmen die Trennungen zwischen politisch und nicht-politisch bzw. öffentlich und privat.



Foto: Ute Moschner

Macht als produktive Macht

Die Macht kann nicht ausschließlich als negative, repressive Macht gedacht werden, wir müssen aufhören, sie nur „in den Begriffen von Gesetz, Verbot, Freiheit und Souveränität zu denken" (WzW 112), denn in „Wirklichkeit ist die Macht produktiv" (ÜuS 250). Die Produktivität der Macht ist der Kern der Macht der Normen und Disziplinen.
„Wenn sie nur repressiv wäre, wenn sie niemals anderes tun würde als nein sagen, ja glauben sie dann wirklich, daß man ihr gehorchen würde? Der Grund dafür, daß die Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern in Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als ein produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper durchzieht (...)" (DdM 35).
Die Macht ist nicht mehr als Herrschaft eines Individuums, einer Klasse oder eine Gruppe über andere zu denken. Die Macht zirkuliert - sozusagen „individualisiert" - im gesam-

ten sozialen Körper und konstituiert den Körper erst als Subjekt. Die Macht wird nicht auf ein Individuum angewandt, und es wird auch nicht durch die Macht unterworfen. Das Individuum ist Effekt und Objekt der Macht.

„Tatsächlich ist das, was bewirkt daß ein Körper, daß Gesten, Diskurse, Wünsche als Individuum identifiziert und konstituiert werden, bereits eine erste Wirkung der Macht; es ist, wie ich glaube, eine seiner ersten Wirkungen. Das Individuum ist eine Wirkung der Macht und gleichzeitig (...) ihr verbindendes Element. Die Macht geht durch das Individuum, das sie konstituiert hat, hindurch" (DdM 38).

Das Individuum ermöglicht es erst, die Macht, die von unten kommt, zu analysieren und sie damit als produktive Macht zu erkennen. In der Vorlesung *Die Macht und die Norm* (in: MdM 114-123) von 1973 nennt Foucault vier Arten der Analyse der negativen Macht, von der wir uns freimachen müssen, wenn wir die Macht als „positive" Macht analysieren wollen:

1. dem theoretischen Schema der Aneignung der Macht;
2. dem Thema der Lokalisation der Macht;
3. dem Thema der Unterordnung;
4. dem Thema, „nach dem die Macht innerhalb der Ordnung der Erkenntnis nie anderes als ideologische Wirkungen produziert" (MdM 114).

Demnach müssen wir von einer Allgegenwart der Macht sprechen, denn da „sie von überall kommt, ist die Macht überall" (WzW 114). Sie ist nicht im Besitz einer Person, Gruppe oder Klasse. Sie ist nicht eine Institution oder eine Struktur. Machtverhältnisse sind soziale Beziehungen und Praktiken, die nicht als etwas Äußeres auf diese einwirken.

Disziplinarmacht

In *Überwachen und Strafen* hat Foucault die Disziplinarmacht bzw. die Disziplinartechnologien anhand der Geburt des Gefängnisses analysiert. Die Disziplinen bilden die Mikropyhsik einer neuen Macht, die die alte Macht des Souveräns ablöst. Die Disziplinarprozeduren, die im Kloster, dem Labor effizienter und „nützlicher" Disziplinartechniken angewandt wurden, sich dann auf Armeen und Werkstätten ausdehnten, waren im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts zu allgemeinen Herrschaftsformen geworden.

Im Zentrum der neuen Technologie der Macht steht die „Entdeckung des Körpers als Gegenstand und Zielscheibe der Macht" (ÜuS 174). Die Disziplinen als Kern der neuen Machtverhältnisse sind nicht - wie schon oben erwähnt - in dieser Phase der Transformation der Gesellschaft „erfunden" worden, sondern haben sich verallgemeinert und über den gesamten Gesellschaftskörper ausgedehnt. Begleitet wurde dieser Prozeß durch ökonomische, rechtlich-politische und wissenschaftliche Neuerungen des „Klassischen Zeitalters".

„Das Machtsystem, das aufzurichten der Monarchie seit dem Ende des Mittelalters gelungen war, stellte für die Entwicklung des Kapitalismus zwei große Nachteile dar. Erstens war die politische Macht, so wie sie im sozialen Körper ausgeübt wurde, eine sehr diskontinuierliche Macht. Die Maschen des Netzes waren zu groß, eine fast unendliche Zahl von Dingen, Elementen, Verhalten, Vorgängen entzog sich der Kontrolle der Macht" (MM 30).

Es entstand eine Disziplinargesellschaft, die die Macht gezielt auf die Individuen und ihre Körper richtet. Die neuen Mechanismen der Macht wurden nicht vom Kapitalismus erfunden, sondern die „neue Ökonomie der Macht" (DdM 35) schuf einige zentrale Voraussetzungen für die ökonomische Formation des Kapitalismus. Mit Hilfe der Diszplinen konnte der Kapitalismus einen effektiven Produktionsraum und Produktionskörper schaffen. Die Maschen wurden enger geknüpft, damit sich nichts mehr der Kontrolle und Überwachung der Macht entziehen konnte.

„Die Disziplin ist im Grunde der Machtmechanismus, durch den es uns gelingt, im sozialen Körper auch die winzigsten Elemente zu kontrollieren, durch die es uns gelingt, auch die sozialen Atome selbst zu erreichen, das heißt die Individuen: Individualisierungstechniken der Macht. Wie jemanden überwachen, sein Verhalten kontrollieren, sein Betragen, seine Anlagen, wie seine Leistung steigern, seine Fähigkeit vervielfachen, ihn dorthin stellen, wo er nützlicher ist. Das ist, meiner Meinung nach, die Disziplin" (MM 31).

Die Disziplinen dienen der Fabrikation zuverlässiger Menschen. Die Formierung der Körper durch die Macht basiert auf die „räumliche Verteilung der individuellen Körper" (LuS 29), auf ihrer Trennung, Ausrichtung, Reihung und Überwachung. Die Disziplin nimmt dafür das Modell der klösterlichen Klausur zum Vorbild. Weiterhin spielt die Zeitplanung bei allen Disziplinen eine große Rolle. Die Zeitplanung wurde ebenfalls in den klösterlichen Gemeinschaften entwickelt und breitete sich rasch aus. „Die Zeit durchdringt den Körper und mit der Zeit durchsetzen ihn alle minutiösen Kontrollen der Macht" (ÜuS 195). Alle Tätigkeiten der Individuen unterliegen einer zeitlichen Durcharbeitung, es werden Rhythmen eintrainiert und Wiederholungszyklen festgesetzt.

„Die Disziplinartechniken sind beliebig verfügbar, sie dienen der allgemeinen Steigerung und Effektivierung der Macht. Sie dringen in das

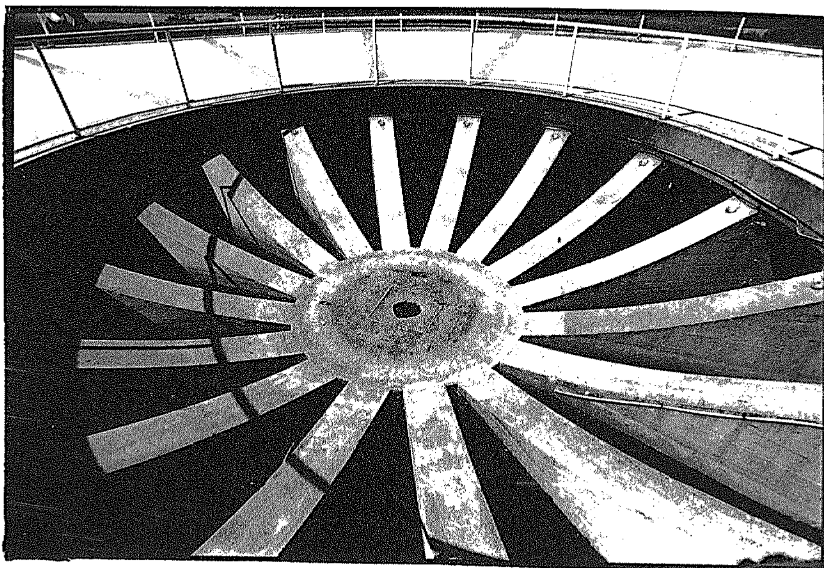


Foto: Ute Moschner

Militär, die Fabriken, die psychiatrischen Anstalten, die Schulen und Hospitäler ein, und jede dieser Institutionen bestimmt auf ihre Weise die Zwecke und die Struktur des Machteinsatzes" (Neuenhaus 1993, 57).

Die Mittel der guten Abrichtung

Die Disziplinen als „Mittel der guten Abrichtung" waren so erfolgreich, weil sie folgende einfache Instrumente einsetzten: den hierarchischen Blick, die normierende Sanktion und deren Kombination im Verfahren der Prüfung.
Der hierarchische Blick wird durch „die Organisation eines ganzen Feldes der Sichtbarkeit" (LuS 29) der individuellen Körper gewährleistet. Die „Ökonomie der Sichtbarkeit", die durch eine veränderte Architektur geschaffen wird, kann an Schulen, Krankenhäusern, Kasernen und Fabriken demonstriert werden. In der Fabrik geht es darum, den gesamten Produktionsprozeß zu überwachen, diese Überwachung wird durch Angestellte, AufseherInnen, Kontrolleure, und VorarbeiterInnen sichergestellt. Dafür ist es aber notwendig, den Produktionsprozeß so zu organisieren, daß er auch überwachbar und kontrollierbar ist. Die Kontrolle wird zu einem notwendigen und integrierten Moment des Produktionsprozesses. Kontrolle und Überwachung werden zwar von Individuen durchgeführt, aber sie wirken „wie ein Beziehungsnetz von oben nach unten und bis zu einem gewissen Grade auch von unten nach oben und nach den Seiten. Dieses Netz 'hält' das Ganze und durchsetzt es mit Machtwirkungen, die sich gegenseitg stützen: pausenlos überwachte Überwacher. In der hierarchisierten Überwachung der Disziplinen ist die Macht keine Sache, die man innehat, kein Eigentum, das man überträgt; sondern eine Maschinerie, die funktioniert" (ÜuS 228f).
Die normierenden Sanktionen spezifiziert den Blick, indem sie ihn auf jede geringfügige Abweichung von der Regel richtet, denn: „Strafbar ist alles, was nicht konform ist" (ÜuS 231). Die Abweichungen zu reduzieren, sie zu korrigieren ist die Aufgabe der Disziplinarmacht, sie folgt der Mechanik der Dressur: „Richten ist Abrichten". (ÜuS 232). Innerhalb der Disziplinen ist die Bestrafung nur ein Element. Sie ist eingebunden in ein


Foto: Ute Moschner

System „von Vergütung und Sanktion, von Dressur und Besserung" (ÜuS 232). Es geht um „die Qualifizierung der Verhaltensweisen und Leistungen auf einer Skala zwischen Gut und Schlecht" (ÜuS 233). Es wird eine „Strafbilanz" angelegt, auf deren Grundlage sich eine „Mikro-Ökonomie" von Bestrafung und Belohnung organisieren läßt. Das Strafsystem gehört in den Kreislauf der Erkenntnis der Individuen. „Das lükkenlose Strafsystem, das alle Punkte und alle Augenblicke der Disziplinaranstalten erfaßt und kontrolliert, wirkt vergleichend, differenzierend, hierarchisierend, homogenisierend, ausschließend. Es wirkt *normend, normierend, normalisierend*" (ÜuS 236).
Nach Foucault verbindet das Verfahren der Prüfung die Techniken der hierarchischen Überwachung mit jenen der normierenden Sanktion. Es stellt eine Verknüpfung einer bestimmten Form der Machtausübung mit einem bestimmten Typ der Wissensformierung dar. Die Prüfung „ist ein normierender Blick, eine qualifizierende, klassifizierende und bestrafende Überwachung. Sie errichtet über den Individuen eine Sichtbarkeit, in der man sie differenzierend behandelt. Darum ist in allen Disziplinaranstalten die Prüfung stark ritualisiert. In ihr verknüpfen sich das Zeremoniell der Macht und die Formalität des Experiments, die Entfaltung der Stärke und die Ermittlung der Wahrheit. Im Herzen der Disziplinarprozeduren manifestiert sie die subjektivierende Unterwerfung jener, die als Objekte wahrgenommen werden, und die objektivierende Vergegenständlichung jener, die zu Subjekten unterworfen werden" (ÜuS 238).
Die Bedeutung der Prüfung wird vor allem in den Spitälern und Schulen sichtbar. Die regelmäßige Visite in den Spitälern ist ein Ausdruck davon. Durch die häufige Wiederholung der Visite, durch geregelte Beobachtung verwandelt sich das Spital in einen medizinischen Prüfungsapparat. Die Schule wird ebenfalls immer mehr zu einem pausenlos funktionierenden Prüfungsapparat. Hier geht es um den ständigen alltäglichen Vergleich, der zugleich Messung und Sanktion ist. Durch die Prüfung findet eine Umkehrung der absolutistischen Ökonomie der Sichtbarkeit statt.
„Die kaum auszuhaltende Sichtbarkeit des Monarchen wendet sich in die unerbittliche Sichtbarkeit der 'Subjekte'. Und diese Umkehrung der Sichtbarkeit im Funktionieren der Disziplinen sollte die Ausübung der Macht bis in die feinsten Details hinein sicherstellen. Man tritt ins Zeitalter der Überprüfung und der zwingenden Objektivierung ein" (ÜuS 243).
Die Subjekte werden zu Objekten einer permanenten Beobachtung, diese macht die Indivudualität der Subjekte dokumentierbar. Über die Krankheiten, das Verhalten und die Fähigkeiten der Individuen wird ausführlich Buch geführt. Jedes Individuum wird mit Hilfe der Dokumentationstechniken zu einem „Fall", einem Fall, „der sowohl Gegenstand für eine Erkenntnis wie auch Zielscheibe für die Macht ist" (ÜuS 249). Die Prüfung erbringt durch die Kombination der hierarchischen Überwachung und der normierenden Sanktion „die großen Disziplinarleistungen der Verteilung und Klassifizierung, der maximalen Ausnutzung der Kräfte und Zeiten,

der stetigen Anhäufung und optimalen Zusammensetzung der Fähigkeiten" (ÜuS 247f). Die Disziplinen tendieren dazu, ihre Machtmechanismen über die Disziplinarinstitutionen hinaus auszuweiten, sich zu „desinstitutionalisieren". Sie verlassen ihre geschlossenen Festungen und beginnen „frei" zu wirken.

Bio-Macht

Die Transformation der Machtverhältnisse geschah vor dem Hintergrund, daß die Souveränitätsmacht sich außerstande sah, „den ökonomischen und politischen Körper einer Gesellschaft zu regieren, der zugleich eine demographische Explosion und die Industrialisierung durchläuft" (LuS 37). Die Disziplinen im 17. und 18. Jahrhundert, die auf den individuellen Körper gerichtet waren, war eine erste Akkomodation der Mechanismen der Macht. Im 19. Jahrhundert kam es zu einer zweiten Akkomodation „an die globalen Phänomene, an die Phänomene der Bevölkerung mitsamt den biologischen und bio-soziologischen Prozessen der Massenmenschen" (LuS 37). Zu diesem Zeitpunkt tritt die „Bevölkerung" in die Geschichte ein; die Regierungen hatten entdeckt, daß sie es nicht nur mit Untertanen oder bloß mit einem „Volk" zu tun hatten. Die zweite Akkomodation reagierte auf das „Auftreten der 'Bevölkerung' als ökonomisches und politisches Problem: die Bevölkerung als Reichtum, die Bevölkerung im Gleichgewicht zwischen ihrem eigenen Wachstum und dem ihrer Ressourcen" (WzW 37f).

Diese neue Aufmerksamkeit, die auf die „Bevölkerung" gerichtet ist, bildete neue regulierende Kontrolltechnologien heraus, die „die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit allen ihren Variationsbedingungen" (WzW 166) zum Gegenstand hat. Foucault spricht deshalb von der „Bio-Politik der Bevölkerung" (WzW 166).

„Nach einer ersten, auf den Körper gerichteten Ergreifung durch die Macht, die sich gemäß dem Modus der Individualisierung vollzieht, gibt es eine zweite Ergreifung durch die Macht, die nicht individualisierend ist, sondern massenkonstituierend wirkt, die nicht auf den Körper-Menschen, sondern auf den Spezies-Menschen gerichtet ist" (LuS 30). „Es geht vielmehr um einen neuen Körper, einen multiplen Körper, einen Körper mit zahllosen Köpfen. Es ist das Konzept der Bevölkerung. Die Bio-Politik befaßt sich mit der Bevölkerung, mit der Bevölkerung als politischem Problem, als biologischem Problem und als Problem der Macht" (LuS 33).

Die Bio-Politik als nicht-disziplinäre Machttechnik, die ich auch als Regulationsmacht bezeichnen möchte, befaßt sich mit der Regulation der „Bevölkerung". Dazu bringt Bio-Macht technologisches Wissen hervor, dabei „handelt es sich um die Demographie, um die Abschätzung des Verhältnisses zwischen Ressourcen und Einwohner, um die Tabellierung der Reichtümer und ihrer Zirkulation, der Leben und ihrer wahrscheinlichen Dauer" (WzW 167).

Der Bio-Macht liegt ein verändertes Verhältnis zum Leben und zum Tod zugrunde. Ebenso wie innerhalb der „Ökonomie der Sichtbarkeit" findet auch hier eine Umkehrung statt. Das Recht des Souveräns bestand darin: sterben zu machen und leben zu lassen. Die Bio-Macht kehrt dieses Prinzip um, es wird ein neues Recht installiert: „Das Recht, leben zu machen und sterben zu lassen" (LuS 28). Die „Macht zum Leben" kennt den Tod nicht mehr. Das Leben ist in den Blickpunkt der Macht geraten. Da die Entwicklung des Kapitalismus „ohne kontrollierte Einschaltung der Körper in die Produktionsapparate und ohne Anpassung der Bevölkerungsphänomene an die ökonomischen Prozesse nicht möglich gewesen wäre" (WzW 38), bekommt die Bio-Regulierung durch den Staat und sub-staatliche Institutionen eine zentrale Bedeutung. So entstehen eine Reihe von Regulierungsmechanismen, die u.a. auf die Natalität (Geburtenhäufigkeit), Mortalität (Sterblichkeitsziffer) und Morbidität (Krankheitsstand) der Bevölkerung zielen.

Neben der Medizin und der Hygiene ist die Sexualität zu einem Feld von strategischer Bedeutung für die Bio-Macht geworden. Dies hat ihre Gründe in der „privilegierten Position der Sexualität zwischen Organismus und Bevölkerung, zwischen dem Körper und den globalen Phänomen" (LuS 39). Die Sexualität ist einerseits ein streng körperliches Verhalten, „das von einer disziplinären, individualisierenden Kontrolle in Gestalt permanenter Überwachung festgehalten wird" (LuS 39) und andererseits fügt sie sich durch die Zeugungseffekte in die biologischen Prozesse der „Bevölkerung" ein. Damit befindet sich die Sexualität „genau an der Kreuzung von Körper und Bevölkerung. Folglich gehört sie zur Disziplin, zugleich aber gehört sie auch zur Regulierung" (LuS 90). Hierin sieht Foucault unter anderem die Gründe für die Vermehrung der Diskurse des Sexes seit dem 18. Jahrhundert. Durch die privilegierte Position der Sexualität findet auch eine medizinische Aufwertung derselben statt.

Daneben befaßt sich die Medizin auch mit neuen pathologischen Phänomenen der Bevölkerung: am Ende des 18. Jahrhunderts geht es nicht mehr allein um Epidemien, sondern es treten jene Probleme in der Vordergrund, die Foucault als Endemien bezeichnet. Endemien sind Krankheiten, die in bestimmten Gebieten ständig auftreten, wie z.B. Malaria. Foucault meint hier aber keinen geographischen Ort, sondern die „Bevölkerung" oder bestimmte soziale Gruppen als Ort von Endemien. In den Blickpunkt der Bio-Macht gerät „die Form, die Natur, die Ausdehnung, die Dauer, die Intensität der in einer Bevölkerung herrschenden Krankheiten" (LuS 31). Bei diesen Krankheiten handelt es sich nicht um Epidemien, wie Pest oder Cholera, sondern um „permanente Faktoren des Entzugs von Kräften, der Verminderung der Arbeitszeit, des Schwindens der Energie" (LuS 32). Es geht also nicht um Krankheiten, die den Tod bringen, sondern um solche die das Leben brutal niederwerfen, Krankheiten, die einen ökonomischen Kostenfaktor darstellen, da sie die Produktivität der Bevölkerung hemmen. So finden Kampagnen zur Lehre der Hygiene und eine Medikalisierung der Gesellschaft statt. Die Hygiene und die Medizin sind ein Macht-Wissen, „das sich zugleich auf den Körper und auf die Bevölkerung richtet" (LuS 49). Sie weisen folglich disziplinäre und regulierende Effekte auf. In diesem Zusammen-

hang gestattet es die Norm „zugleich die disziplinäre Ordnung des Körpers und die Zufallsereignisse einer biologischen Vielfalt zu kontrollieren" (LuS 40).
„Die Norm, das ist das, was sich ebensogut auf einen Körper, den man disziplinieren will, und auf eine Bevölkerung, die man regulieren will, beziehen kann. Die Normalisierungsgesellschaft ist folglich unter diesem Gesichtspunkt keine verallgemeinerte Disziplinargesellschaft, deren Disziplinarinstitutionen ausgeschwärmt wären und schließlich den gesamten Raum erfaßt hätten - dies ist (...) nur eine erste unzureichende Interpretation der Idee der Normalisierungsgesellschaft. Die Normalisierungsgesellschaft ist eine Gesellschaft, in der sich gemäß einer orthogonalen Verknüpfung die Norm der Disziplin und die Norm der Regulierung miteinander verbinden" (LuS 40).

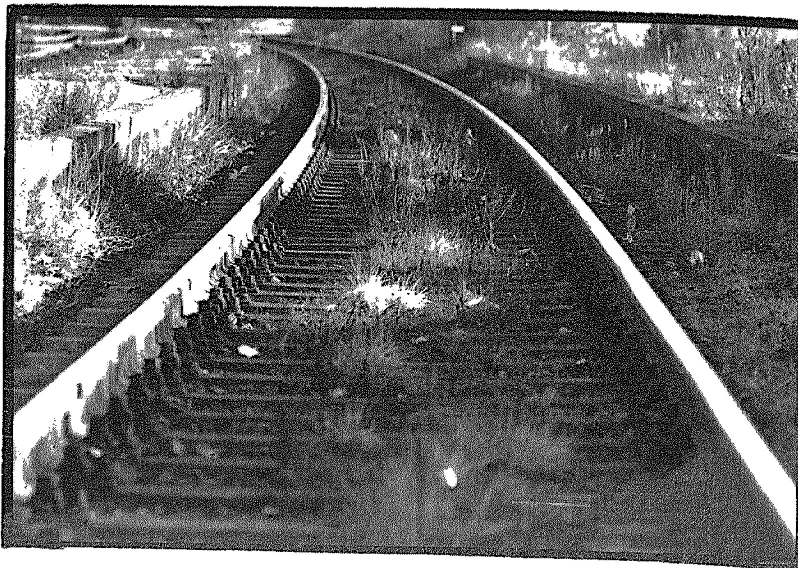
Normalisierungsgesellschaft und Rassismus

Wir als Individuen befinden uns im Inneren einer Macht, die den Körper und das Leben besetzt hat. Die Normalisierungsgesellschaft ist der historische Effekt einer auf das Leben gerichteten Macht. Doch die Normalisierungsmacht steht auch vor einigen Problemen, denn die „Macht zum Leben" findet sich in Situationen wieder, in denen sie das alte souveräne Recht des Tötens ausüben will, sei es, sie will die eigene Bevölkerung in den Krieg gegen eine andere schicken, sei es, sie will politische GegnerInnen eliminieren:

„Das Töten, der Imperativ des Tötens, sind im System der Bio-Macht nur dann zulässig, wenn sie nicht nach dem Sieg über den politischen Gegner streben, sondern danach, die biologische Gefahr zu eliminieren und, mit dieser Eliminierung direkt verknüpft, die Spezies oder die Rasse zu stärken" (LuS 43).
Foucault versteht hier unter Tötung nicht nur „einfach die direkte Tötung, sondern auch all das, was zu einem indirekten Tod führt: jemanden der Gefahr des Todes aussetzen, das Todesrisiko für bestimmte Menschen vervielfachen oder einfach den politischen Tod, die Vertreibung, die Zurückweisung usw." (LuS 43).
Mit dem Auftreten der Bio-Macht wird deshalb der Rassismus in die Mechanismen des Staates eingefügt. Innerhalb der „Ökonomie der Bio-Macht" wird die Funktion des Todes über den Rassismus gesichert.
„Die Rasse, der Rassismus, das ist die Akzeptabilitätsbedingung des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft. Dort, wo Sie eine Normalisierungsgesellschaft vorfinden, dort, wo Sie eine Macht vorfinden, die zumindest in erster Instanz, in erster Linie eine Bio-Macht ist, dort ist der Rassismus notwendige Bedingung dafür, jemanden zum Tode bringen zu können, die anderen töten zu können. Die Tötungsfunktion des Staates kann, sobald der Staat nach dem Modus der Bio-Macht funktioniert, nicht anders gesichert werden als durch den Rassismus" (LuS 43).
Die staatliche Politik nutzt die Instrumente, Mechanismen und Technologien der Macht. Grundwerte des Normalisierungsdenkens, wie Gesundheit, Schönheit, Fitneß und Leistungsfähigkeit, müssen im Alltag sowohl der Individuen als auch der gesamten „Bevölkerung" verankert werden. Allem was der Normalisierung widerstrebt, wird unterstellt krank, häßlich und erschöpft zu sein. Nach dieser Logik dürfen sich nur „Gesunde" fortpflanzen, und die „Volksgesundheit" hat oberste Piorität. Der Nationalsozialismus war für Foucault eine Normalisierungsgesellschaft, „die die Bio-Macht absolut generalisiert hat, die aber zugleich die souveräne Macht des Tötens generalisiert. (...) Der Nazi-Staat hat das Feld eines Lebens, das er verbessert, schützt, garantiert und biologisch kultiviert, und zugleich das souveräne Recht, jedermann zu töten - nicht nur die Anderen, sondern auch die Seinen - absolut zur Dekkung gebracht" (LuS 47).

Machtverhältnisse und Herrschaftszustände

Erst in seinem Spätwerk beginnt Foucault zwischen Macht und Herrschaft zu differenzieren. Eine Überarbeitung der Foucault'schen Machtanalyse aufgrund dieser Diffenrenzierung ist bis heute nicht geschehen. Trotzdem bleibt die Foucault'sche Machtanalyse eine der interessantesten für ein anarchistische Ordnung der Gesellschaft, da sie in ein „philosophisches Projekt einer antitotalitären Macht- und Wahrheitskritik" (Schäfer 1995) eingebettet ist.
In dem Interview *Freiheit und Selbstsorge* macht Foucault einige wichtige Aussagen über den Zusammenhang von Freiheitspraktiken, Machtverhältnissen und Herrschaftszuständen. Auf die Frage, ob die Ausübung von Freiheitspraktiken einen gewissen Grad an Befreiung voraussetzen würde, antwortet er:
„An dieser Stelle muß man den Begriff der Herrschaft einführen. Die Analysen, die ich durchzuführen versuche, gelten im wesentlichen den Machtbeziehungen. Darunter verstehe ich etwas, das von den Herrschaftszuständen verschieden ist. In den menschlichen Beziehungen haben Machtbeziehungen eine außerordentlich große Ausdehnung. Nun soll das nicht besagen, daß die politische Macht überall ist, sondern daß menschliche Beziehungen ein ganzes Bündel von Machtbeziehungen sind,



Fotos: Herby Sachs/Version

die zwischen den Einzelnen, in der Familie, in einer pädagogischen Beziehung, im politischen Körper etc. existieren können" (FuS 11).

Herrschaftszustände treten für Foucault dann ein, wenn es einem Individuum oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, „ein Feld von Machtbeziehungen zu blockieren, sie unbeweglich und starr zu machen" (FuS 11). Dies kann mit ökonomischen, politischen oder militärischen Mitteln geschehen. Ein Herrschaftszustand ist demnach die Verhinderung der Umkehrung der Bewegung. In dieser Situation gibt es entweder keine Freiheitspraktiken oder diese sind extrem eingeschränkt und begrenzt oder nur einseitig. Im Zusammenhang mit dem Vorhandensein von Herrschaftszuständen hält Foucault die Befreiung für die politische und historische Bedingung der Freiheit, und macht dies am Beispiel der Sexualität deutlich:

„Wenn man das Beispiel der Sexualität nimmt, ist klar, daß bezüglich der Macht des Mannes eine ganze Reihe von Befreiungen nötig waren; daß es nötig war, sich von einer Zwangsmoral zu befreien, die Hetero- wie Homosexualität gleichermaßen betrifft. Aber diese Befreiung läßt das erfüllte und glückliche Sein der Sexualität nicht zutage treten, in der das Subjekt einer vollständige und befriedigende Beziehung erreichte. Die Befreiung eröffnet ein Feld für neue Machtverhältnisse, das dann aber von den Praktiken der Freiheit kontrolliert werden soll" (FuS 11).

Foucault geht nicht von einer Repression der „natürlichen Sexualität" aus, sondern von ihrer sozialen Erschaffung als Objekt des Wissens. Sexualität ist für Foucault keine von herrschenden Mächten unterdrückte freiheitliche Kraft. Sie ist ein wichtiger Schlüssel vom dem aus die (Bio-)Macht ihren Zugang zum Menschen organisiert. „Der Sex eröffnet den Zugriff sowohl zum Leben des Körpers wie zum Leben der Gattung. Es dient als Matrix der Disziplinen und als Prinzip der Regulierungen" (WzW 174).

Nach der Befreiung des Sexes von den Herrschaftszuständen, wie z.B. Zwangsmoral und Zwangsheterosexualität, gilt es durch eine „reflecktierte Praxis der Freiheit" (FuS 12) eine Ethik der Freiheit über den Gebrauch der Lüste und eine Selbstsorge als „Kultur seiner Selbst" (vgl. Sus 54ff) zu entwickeln.

Macht und Freiheit

In dem Text *Das Subjekt und die Macht* legt Foucault seine Auffassung von dem Zusammenhang von Macht und Freiheit dar:

„Macht und Freiheit stehen sich also nicht in einem Ausschließungsverhältnis gegenüber (wo immer Macht ausgeübt wird, verschwindet die Freiheit), sondern innerhalb eines sehr viel komplexeren Spiels: in diesem Spiel erscheint die Freiheit sehr wohl als die Existenzbedingung von Macht (sowohl als ihre Voraussetzung, da es der Freiheit bedarf, damit Macht ausgeübt werden kann, wie auch als ihr ständiger Träger, denn wenn sie sich völlig der Macht, die auf sie ausgeübt wird, entzöge, würde auch diese verschwinden und dem schlichten und einfachen Zwang der Gewalt weichen); aber sie erscheint auch als das, was sich nur einer Ausübung von Macht entgegenstellen kann, die letztendlich darauf ausgeht, sie vollkommen zu bestimmen. Das Machtverhältnis und das Aufbegehren der Freiheit sind also nicht zu trennen" (SuM 256).

Auch Hinrich Fink-Eitel stellt einen Zusammenhang von Macht und Freiheit dar:

„Macht gehört zur Definition von Freiheit und bezeichnet die Fähigkeit und Mittel, die es gestatten, das zu tun, was man will, gesetzt den Fall, man hat auch (unter günstigen Bedingungen) die Gelegenheit dazu. Im Gegensatz zu bloßer Willkür findet die Freiheit des Willens ihre Bedingung und Grenze an der Macht. Umgekehrt aber ist das Wollen auch Bedingung und Grenze der Macht, denn ich kann aus guten Gründen auch nicht *wollen*, was ich gleich *kann*" (Fink-Eitel 1992, 38).

Staat und Befreiung

Als sich im 17. und 18. Jahrhundert die neuen Technologien der Macht formierten, entstanden auch die Armee, die Polizei und der moderne Staat. Die Analyse der Machtverhältnisse muß für Foucault über den Staat hinausgehen, denn die Macht

kann nicht ausschließlich im Staat lokalisiert werden, denn der Staat und seine Apparate sind „tief eingemauert in das Innere eines Machtsystems“ (MdM 116) oder im Sinne von Nicos Poulantzas ist der Staat „ein Ort und ein Zentrum der Machtausübung, besitzt jedoch selbst keine eigene Macht“ (Poulantzas 1978, 136).

Der Staat ist nicht er Ursprung der Macht, sondern es fand „eine stetige Etatisierung von Machtverhältnissen“ (SuM 259) statt, „(auch wenn sie in den Bereichen der Pädagogik, der Justiz, der Ökonomie, der Familie nicht dieselbe Form angenommen hat). Wenn man sich diesmal an den engeren Sinn des Wortes ‘Gouvernement’ hält, kann man sagen, daß die Machtverhältnisse fortschreiten ‘gouvernementalisiert’, das heißt in der Form oder unter dem Schirm staatlicher Institutionen ausgearbeitet, rationalisiert und zentralisiert worden sind“ (SuM 259).

Der Staat ist dadurch zum „Überbau“ in Bezug auf eine ganze Serie von Machtnetzen geworden, „die die Körper, die Sexualität, die Familie, die Verhaltensweisen, das Wissen, die Techniken usw. durchdringen, und diese Beziehungen werden ihrerseits von einer Art Über-Macht konditioniert und wirken konditionierend auf sie, die im wesentlichen um eine gewisse Anzahl großer Verbotsfunktionen herum strukturiert ist; aber diese Über-Macht mit ihren Verbotsfunktionen kann nur insofern wirklich greifen und sich halten, als sie in einer ganzen Reihe vielfältiger, nicht definierter Machtverhältnisse verwurzelt ist“ (DdM 39).

Der Staat ist ein soziales Verhältnis, das Machtverhältnisse in starre Herrschaftszustände verdichtet, trotzdem kann es nicht nur darum gehen, „das Individuum vom Staat und dessen Institutionen zu befreien, sondern uns sowohl vom Staat als auch vom Typ der Individualisierung, der mit ihm verbunden ist zu befreien. Wir müssen neue Formen der Subjektivität zustandebringen, indem wir die Art von Individualität, die man uns jahrhundertelang auferlegt hat, zurückweisen“ (SuM 250). Den der Mensch, „zu dessen Befreiung man einlädt, ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er“ (ÜuS 42). Es müssen demnach neue Formen von Subjektivierung gefunden werden. Foucault hat diesen produktiven und hervorbringenden Moment folgendermaßen beschrieben:

„Für mich ist das, was produziert werden muß, nicht der mit sich selbst identische Mensch, so wie die Natur ihn entsprechend seinem Wesen entworfen haben soll. Wir müssen im Gegenteil etwas produzieren, was noch gar nicht existiert und von dem wir nicht wissen können, wie und was es sein wird“ (KdR 6).

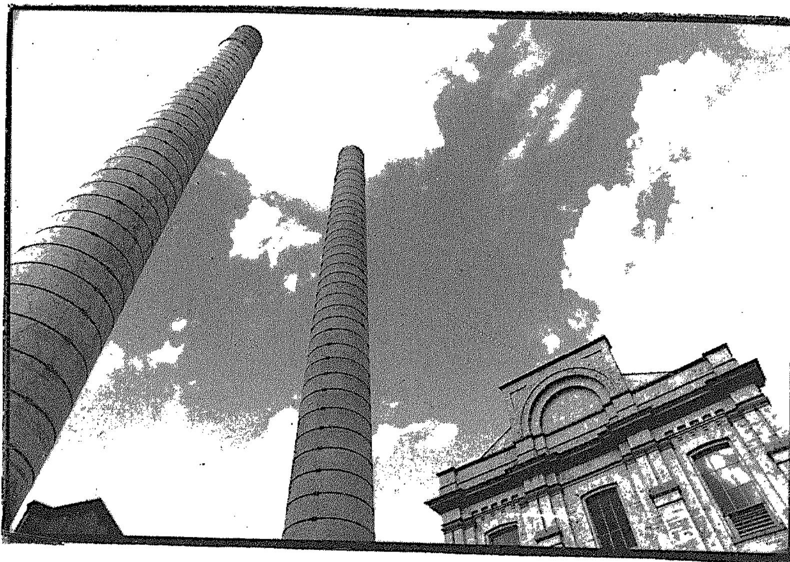
Anarchische Subjektivität

Die Freiheit des Individuums wird laut Foucault nicht allein durch die Befreiung von Staat erreicht, wir müssen uns auch von den gegenwärtigen Formen der Subjektwerdung befreien. Foucault geht nicht von einem „autonomen Subjekt“ aus, sondern das Subjekt unterliegt gesellschaftlichen Konstituierungsprozessen. Foucault - und auch Judith Butler - geht es um die Kritik folgender Subjektidee:

„Das Subjekt geht seinem Handeln voraus: Es ist in der Lage, durch seine Intention die gewünschte Wirkung seiner Handlungen hervorzurufen. Die Intention ist ein Willenskraft, die dem Subjekt kraft seiner selbst zu eigen ist. Sie ist im Kern unbeeinflußt von der Welt, in der das Subjekt lebt. In dieser Vorstellung eines autonomen Subjekts unterliegen Handlungen ausschließlich dem diese aufführenden Subjekt, d.h. hinter jeder Tat steht eine/r Täter/in. (...) Die Idee eines autonomen, vorgängigen, voluntaristischen Subjekts schließ demnach die eines authentischen und eigentlichen Selbst immer ein. Im Gegensatz dazu geht es in einer Kritik dieser Subjektidee darum, daß sich das Subjekt innerhalb spezifisch historischer Verhältnisse konstituiert, nie abgeschlossen ist, sich als in einem permanenten Prozeß des Werdens befindet. Davon ausgehend müssen Möglichkeiten zur Veränderung dieser Verhältnisse so gedacht werden, daß diejenigen, die diese Verhältnisse verändern sollen, durch eben die konstituiert sind“ (Lorey 1996, 72f).

Für das Individuum bedeutet dies, daß es nicht nur Objekt von Machtverhältnissen und Herrschaftszuständen ist, sondern ein erster Effekt. Das Subjekt bzw. die Form der Individualität wird dadurch erst hervorgebracht. Jede Gesellschaft bringt ihre eigene historischen Formen der Subjektivierung hervor. Die Menschen „haben sich nicht für diese Weise der Subjektivierung entschieden oder sie gewählt, sondern sie sind dazu gewissermaßen 'entschieden worden'„ (Schäfer 1995, 72). D.h. aber nicht, daß wir als Subjekte den herrschenden Verhältnissen und Praktiken willenlos ausgesetzt sind, und es für uns keine Möglichkeiten des Widerstandes und der Veränderung gibt.

„Da Individuen nicht nur durch Machtwirkungen konstituiert sind, sondern diese immer auch gleichzeitig (mit)hervorbringen, entstehen durch diese Gleichzeitigkeit immer Widersprüche, Verstärkungen, Abschwächungen und neue Praktiken. (...) Sie sind sowohl durch Macht-

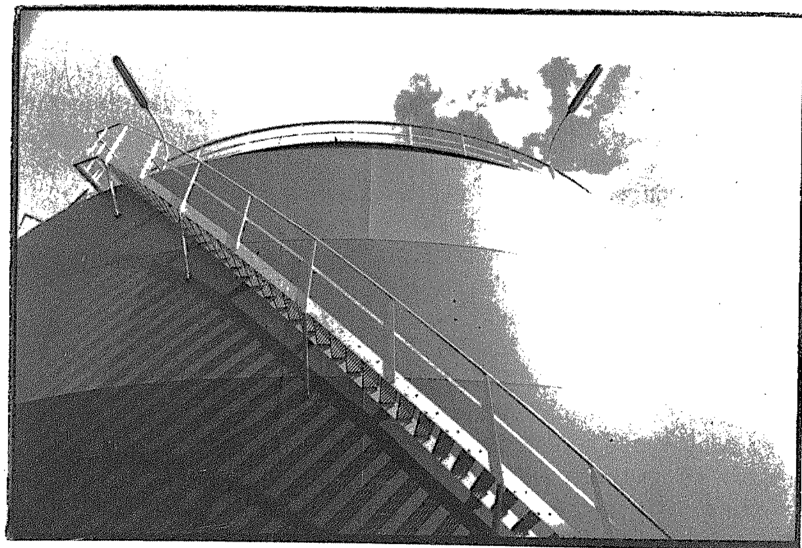


Alle Fotos: Herby Sachs/Version

und Herrschaftsverhältnissen, konstituiert als auch diejenigen, die diese Praktiken hervorbringen" (Lorey 1996, 149f).
Innerhalb der anarchistischen Gesellschaften müssen erst neue Formen der Subjektivierung und Individualität hervorgebracht werden, die eine anarchistische - d.h. auf Freiheit ausgerichtete - Individualität ermöglichen. In diesem Sinne gibt es auch keine Autonomie - im aufklärerisch-klassischem Sinne - des Individuums, da dieses immer auch ein Produkt gesellschaftlicher Konstituierungspraktiken ist, wichtig und zentral ist nur, daß diese Praktiken von allen Herrschaftszuständen befreit werden und es auch bleiben. Es muß in den anarchistischen Gesellschaften darum gehen, jedem Individuum eine „anarchische Subjektivität" (Schäfer 1995, 53-76) zuermöglichen, diese besteht darin, „sich kritisch gegen jede Form des Daseins zu verhalten, sich keiner Lebens-, Denk- oder Sprechweise verpflichtet zu wissen, kurz: der Welt nicht verfallen zu wollen" (Schäfer 1995, 54). Es sollte in den anarchistischen Gesellschaften nicht darum gehen, dem Menschen eine bestimmte Form von Subjektivität und Individualität - um ihrer/seiner Freiheit willen - abzuverlangen, denn es geht hier um Freiheit „als die Fähigkeit, sich vom Zwangscharakter des Gegebenen, von der Eingebundenheit in die Selbstverständlichkeit des als 'wahr' geltenden Gegenwärtigen, zu lösen" (Schäfer 1995, 44).
An dieser Stelle kommt auch die Foucault'sche Vorstellung von „Autonomie" zu tragen. Er geht nicht - wie z.B. bei Kant - von einer Identität des ethischen Subjekt aus, daß das Individuum auf ein vermeintliches authentisches Selbst verpflichtet. Autonomie ist bei Foucault „die Fähigkeit und Bereitschaft von Individuen, sich immer wieder 'von sich selbst zu lösen' und mit sich zu 'experimentieren', d.h. bisher (wodurch auch immer) ausgeschlossene Arten des Selbstseins als Möglichkeiten anzuerkennen" (Schäfer 1995, 49).

Exkurs: Stirner und Foucault

In diesem Exkurs möchte auf einige Gemeinsamkeiten zwischen Max Stirner und Foucault aufmerksam machen. Diese liegt nicht nur in der antinormativen und antiutopischen



Haltung von Stirner und Foucault, sondern auch in der intensiven Auseinandersetzung mit dem „Selbst". Foucault selbst schlägt im Rahmen einer Wiederherstellung einer Ethik und Ästhetik des Selbst vor, neben Montaigne, Baudelaire, Schopenhauer und Nietzsche auch Stirner neu zu lesen (vgl. HdS 54). Foucault ging es bei diesen Autoren um die Suche nach einer neuen Lebenskunst, nach einer „Technologie des Selbst" (vgl. Schmid 1991). Auf die problematischen Seiten, wie z.B. die Verwandlung von Gewaltverhältnissen in Anerkennungsverhältnissen oder die mangelnde ökonomische Anaylse von Stirner, möchte ich in diesem Exkurs nicht eingehen.
Ebenso wie Foucault begreift Stirner die Französische Revolution nicht unbedingt als Fortschritt und Befreiung. Für Stirner ist die Herrschaft der „souveränen Nation" noch weniger zu entrinnen als die der Monarchen. Im Sinne einer Radikalisierung der Feuerbach'schen Religionskritik sieht er in der Säkularisierung und im bürgerlichen Humanismus allein noch keinen Fortschritt. Sowohl Stirner als auch Foucault stellen den humanistischen Konsens ihrer Zeit radikal in Frage.

Stirner beobachtet im Säkularisierungsprozeß und durch die Aufklärungsvernunft eine Verinnerlichung von Normen und der Fortschritt erschien ihm als „Dressur" zur Menschlichkeit. Foucault konnte diese These der zunehmenden Normierung und Disziplinierung („Dressur") des Menschen im Rahmen seiner Studien durch zahlreiches sozialgeschichtliches Material belegen. Auch Foucault versteht seinen „Antihumanismus" als Absage an Feuerbach. Bei Foucault verwandelt sich die christliche Pastoralmacht im Säkularisierungsprozeß zur Disziplinarmacht, das christliche Beichtritual verallgemeinert sich als Geständnis (vgl. Marti 1988, 125-131).

Weder Stirner noch Foucault gehen von einem autonomen Subjekt aus, für beide geht es um die Konstitutionsprozesse des Selbst. „Ich setze mich nicht voraus, weil ich mich jeden Augenblick überhaupt erst setze oder schaffe, und nur dadurch bin Ich, daß ich nicht vorausgesetzt, sondern gesetzt bin, und wiederum nur in dem Moment gesetzt, wo ich mich setze, d.h. ich bin Schöpfer und Geschöpf" (Stirner 1986, 148). Im Gegensatz zu Foucault scheint Stirner ausschließlich von einem Selbstverhältnis auszugehen, d.h. ohne jedwedes „Nicht-Ich" aus sich selbst heraus, wobei wir bei einem Problem im Stirner'schen Denken wäre, die/der Andere. Im Gegensatz dazu Foucault: „Man kann sich nicht mit sich selbst beschäftigen, sich nicht um sich selbst sorgen, ohne einen Bezug zu einem anderen zu haben" (WdA 17).

Das Selbst bei Stirner ist zwar kein natürliches mit sich authentischen und identischen Selbst, denn das Selbst wird jeden Augenblick neu konstituiert, aber er scheint die gesellschaftlichen Konstituierungspraktiken des Selbst nicht zu sehen (zum „Materialismus des Selbst" bei Stirner vgl. Eßbach 1982). Diese „Schwäche" ermöglicht eine individualistische Interpretation des Stirner'schen Denkens. Aber Henri Arvon hat zurecht darauf hingewiesen: „Stirner ist kein Individualist" (zitiert nach: Eßbach 1982, 122). Entscheidend ist welche Rolle die „Selbstliebe" (Egoismus/Stirner) oder die „Selbstsorge" (Foucault) hat, dient sie der Vorbereitung auf das politische Leben, dient sie einer Ethik und Praxis der Freiheit oder wird sie zum Selbstzweck, zum univerisalen Prinzip (vgl. GdL und Sus). Letzteres steht in den modernen Gesellschaften für einen radikal-bürgerlichen Individualismus.

Der sogenannte Wiederentdecker von Stirner Henry James Mackey geht meiner Meinung nach in seinen Romanen *Die Anarchisten und Der Freiheitssucher* von einem autonomen Subjekt aus und so bleibt vom Stirner'schen Egoismus nur ein radikal-bürgerlicher Individualismus übrig. Es gibt keinen „realen Menschen", der durch gesellschaftliche oder individuelle Befreiungsprozesse freigelegt werden könnte. Wichtig beim neu lesen von Stirner ist, daß der „Egoismus" keine wissenschaftliche Kategorie, sondern ein Kampfbegriff, der kein Schlüssel zum sogenannten „Wesen des Menschen" ist. Das Ego ist kein unzerstörbarer 'Kern' des Menschen, sondern es ist erfunden, es konstruiert sich.

Dekonstruktiver Anarchismus

Dekonstruktion könnte im Sinne einer „anarchischen Subjektivität" eine wichtige Praxis des Anarchismus sein/werden, denn das Subjekt dekonstruieren „meint nicht verneinen oder abtun, sondern in Frage stellen". „Eine Voraussetzung in Frage zu stellen, ist nicht das gleiche wie sie abschaffen; vielmehr bedeutet es, sie von ihren metaphysischen Behausungen zu befreien, damit verständlich wird, welche politischen Interessen in und durch die metaphysischen Plazierung abgesichert wurden" (Butler zitiert nach: Lorey 1996, 17). Dekonstruktion richtet sich gegen alle Naturalisierungen und geht von der gesellschaftlichen Konstruktion der Begriffe und Kategorien aus. Dekonstruieren heißt verändern oder die Möglichkeit der Veränderbarkeit sichtbar machen. Dekonstruiert werden, müßten vor allem oppositionelle Begriffsrelationen wie z.B.: Natur/Kultur, passiv/aktiv, Materie/Diskurs, Körper/Geist, weiblich/männlich und privat/öffentlich. Die oppositionelle Begriffsrelationen „werden meist als Binarismen verstanden, d.h. als aus zwei Einheiten bestehend. Diese, sich gegenseitig ausschließenden Einheiten erhalten ihre Bedeutung erst in Relation zum jeweils anderen Part" (Lorey 1996, 16). Dekonstruktion bedeutet hier, die immanenten Hierarchien innerhalb der Binarismen aufzuzeigen, sie zu deplazieren und zu verschieben. Butler geht davon aus, daß Begriffe oder die schon genannten Begriffsrelationen nicht ohne weiteres verabschiedet oder für falsch erklärt werden können.

Butler argumentiert, „daß eine kritische Position immer 'innerhalb' des Begriffssystems konstituiert ist, das verändert werden soll. Demnach gibt es nichts Unberührtes, Unveränderbares, nichts, was in seinem natürlichen Zustand belassen und unabhängig oder außerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse wäre. Mit anderen Worten: Sobald wir von etwas Unberührten, Natürlichem sprechen, ist es nicht (mehr) unverändert. Die Dinge bekommen ihre Bedeutung durch die Sprache. Sie haben sie nicht an sich" (Lorey 1996, 15).

Die Begriffsrelation Natur/Kultur ist zentral für die Frage nach der Transformation der Gesellschaft, denn „Natur" gilt als ursprünglich und unveränderbar, während Kultur ein Produkt der menschlichen Gesellschaften ist. Verschiebungen innerhalb des Binarismus Natur/Kultur ist die Frage nach der Veränderbarkeit. Naturalisierungen von gesellschaftlichen Verhältnissen sollen demnach die Unveränderbarkeit derselben dokumentieren. Wenn aber alle Dinge erst ihre Bedeutung durch die Sprache bekommen, ist letztendlich Natur immer von der Kultur überlagert/zugedeckt, und damit ist das Wahrnehmbare, Sichtbare und Sagbare auch veränderbar.

Ein dekonstruktiver Anarchismus muß die dekonstruktiven Ansätze radikalisieren, denn deplazieren und verschieben reicht nicht immer aus. Einige der Binarismen müssen grundsätzlich in Frage gestellt werden, wie z.B. die Zweigeschlechtlichkeit der Gesellschaft. Die Kategorien „Mann“ und „Frau“ führen dazu, daß inter- und transsexuelle Menschen als pathologisch begriffen werden, die durch medizinische und operative Maßnahmen normalisiert, also zu „Männern“ oder Frauen“ gemacht werden müssen. Von der Normalisierungsgesellschaft werden nur Frauen und Männer anerkannt, alles andere ist pathologisch. Zentral für diesen Prozeß ist, daß sich über die Konstruktion des Pathologischen die Norm konstituiert. Die mittlerweile geläufige Trennung zwischen „Sex“ (biologisches Geschlecht) und „Gender“ (soziales Geschlecht) reicht allein nicht aus: Innerhalb dieser Trennung wird „gender“ als „nachträgliche“ Über-/Verformung, kulturelle Interpretation von „sex“ betrachtet, damit wird aber der Binarismus Natur/Kultur reproduziert. Es wird von der Existenz eines natürlichen, ursprünglichen Körper in gesellschaftlich-voraussetzungsloser Form ausgegangen, dadurch wird die naturalisierende, biologistische Konzeption lediglich in „Sex“ verlagert. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Materialität des Körpers ein diskursiver Prozeß ist, und daß es keine natürlichen, vor-diskursiven Körper gibt (vgl. Butler 1995, 49-84).

Dekonstruktiver Anarchismus soll keine neue anarchistische Strömung sein, sondern eine Form anarchi(sti)schen Denkens mit weitreichenden Konsequenzen im dem Umgang mit den herrschenden Kategorien und Begriffen.

Die Ordnung der Anarchie

Eine anarchistische Gesellschaft ist keine Gesellschaft, die durch die Abwesenheit von Macht gekennzeichnet ist, sondern die Ordnung einer anarchistischen Gesellschaft ist darauf ausgelegt, daß sich aus umkehrbaren Machtverhältnisse keine starren Herrschaftszustände entwickeln. Nach der Befreiung von den verschiedenen Herrschaftszuständen werden Felder für neue Machtverhältnisse geöffnet, die „dann aber von den Praktiken der Freiheit kontrolliert werden“ (FuS 11) müssen. Macht und Freiheit sind soziale Verhältnisse, die sich einander bedingen, das eine tritt nicht ohne das andere auf. „Macht wird nur auf 'freie Subjekte' ausgeübt und nur sofern diese 'frei' sind. Hierunter wollen wir individuelle oder kollektive Subjekte verstehen, vor denen ein Feld von Möglichkeiten liegt, in dem mehrere 'Führungen', mehrere Reaktionen und verschiedene Verhaltensweisen statthaben können. Dort wo die Determinierungen gesättigt sind, existiert kein Machtverhältnis; die Sklaverei ist kein Machtverhältnis“ (SuM 255). Wo die Freiheit eingeschränkt wird, verwandeln sich Machtverhältnisse in Herrschaftszustände.

Wenn wir anarchistische Gesellschaften ohne Staat erreichen und eine Neuentstehung von Staaten verhindern wollen, müssen wir gesellschaftliche Praktiken der Freiheit - ähnlich denen der sogenannten primitiven Gesellschaften - entwickeln, denn „die sogenannten primitiven Gesellschaften sind keine Gesellschaften ohne Staat in dem Sinne, daß sie ein bestimmtes Stadium nicht erreicht haben, sondern gegenstaatliche Gesellschaften die Mechanismen entwickeln, die die Staatsform verhindern und ihre Kristallisation unmöglich machen“ (Deleuze/Guattari 1992, 595). Diese Praktiken sind besonders für nach-staatlichen Gesellschaften wichtig, da sie ständig mit der „Idee des Staates“ leben müssen, und somit die Gefahr der Neuentstehung permanent ist. Somit ist die Anarchie kein „friedliches Paradies“, sondern ein permanenter Krieg gegen die „Idee des Staates“ und seiner Neuentstehung. Ebenfalls bedrohen auch Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus u.a. Herrschaftszustände nach der Überwindung und Aufhebung die zukünftigen anarchistischen Gesellschaften.

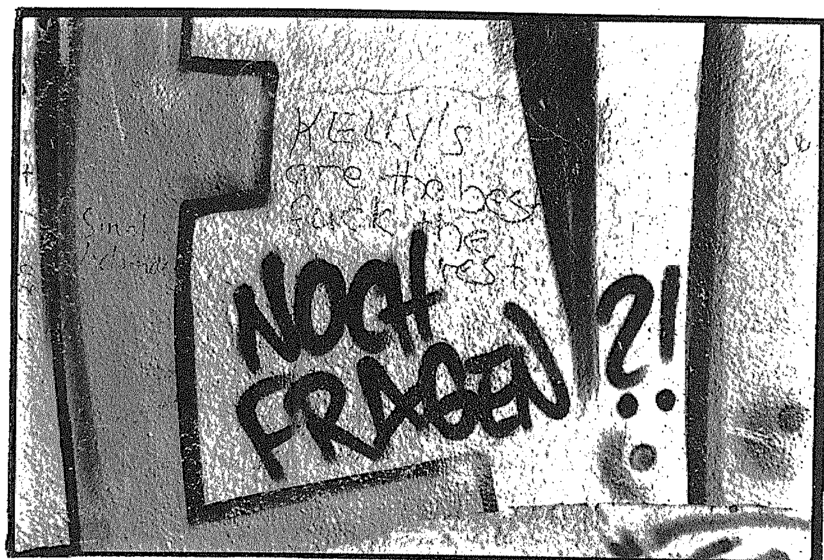


Foto: Ute Moschner

Siglen der verwendeten Literatur von Michel Foucault:

AdM Vorlesungen zur Analyse der Macht-Mechanismen 1978 - Das Denken des Staates. In: Der Staub und die Wolke, Grafenau 1993

DdM Dispotive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978

FuS Freiheit und Selbstsorge. Gespräch mit Michel Foucault. In:

Freiheit und Selbstsorge, hrsg. von Helmut Becker u.a., Frankfurt am Main 1985

HdS Hermeneutik des Subjekts. Vorlesung 1982. In: Freiheit und Selbstsorge, hrsg. von Helmut Becker u.a., Frankfurt am Main 1985

KdR Kritische Theorie und Krise des Regierens. Ein Interview aus dem Jahre 1978. In: Tüte. Zur Akutalität von Michel Foucault. Die Krise des Regierens, Sonderbeilage, Tübingen 1994

LuS Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus. In: Bio-Macht, DISS-Texte Nr. 25, Duisburg 1992

MdM Mikrophysik der Macht. Michel Foucault über Strafjustiz, Physiatrie und Medizin, Berlin 1976

MM Die Maschen der Macht. In: Freibeuter 63 - März 1995

SuM Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L. / Rabinow, Paul: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim 1994

Sus Die Sorge um sich, Sexualität und Wahrheit, Band 1, Frankfurt am Main 1989

ÜuS Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1977

WdA Das Wahrsprechen des Anderen. In: Reuter, U / Wolfstetter, L. / Kocyba, H (Hrsg.): Das Wahrsprechen des Anderen, Frankfurt am Main 1988

WzW Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit, Band 1, Frankfurt am Main 1983

18. Dezember 1…

vor 10 Jahren start…



Von einer Bande, von …

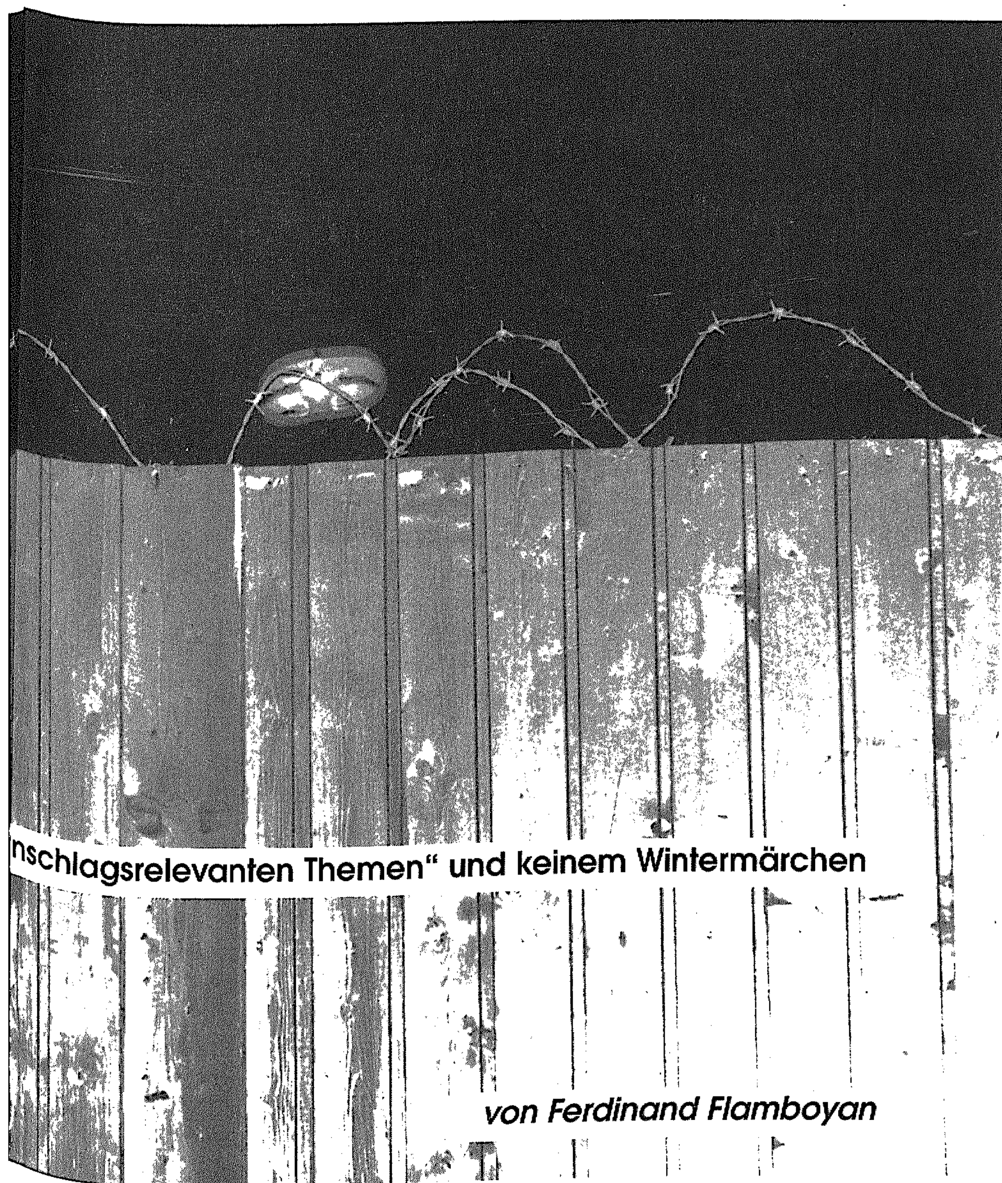
Branko buchstabierte:
"Das war die Rote Zora und ihre Bande", fügte das Mädchen hinzu und setzte einen Punkt hinter das "e".
"Warum schreibst du das hin?"
Zora lachte.
"Das machen wir immer,
wenn wir uns an jemandem rächen."

aus: "Die Rote Zora und ihre Bande", Kurt Held, Roman

Der 18. Dezember 1987 war ein herrlicher Wintertag - ein Freitag. Zwar war es eiskalt, aber ein strahlend blauer Himmel versprach ein tolles Wochenende. "Kurze Zeit nach dem Verlassen meiner Wohnung sah ich in etwa ein Kilometer Luftlinie mehrere Wannen mit SEKler", erinnert sich heute Uli D.. "Ich wunderte mich zwar darüber, aber letztendlich habe ich das nicht mit mir und den späteren Ereignissen in Verbindung gebracht."

Wenige Minuten nach 17.00 Uhr begann bundesweit an jenem Nachmittag die "Aktion Zobel". 300 Beamte der Bundeskriminalamtes, der Landes-

987 -
ete die "Aktion Zobel"



nschlagsrelevanten Themen" und keinem Wintermärchen

von Ferdinand Flamboyan

kriminalämter und der lokalen Polizei machten nach Angaben des Bundesanwaltschaft (BAW) im damaligen Bundesgebiet Jagd auf mutmaßliche AktivistInnen der *Roten Zora* und *Revolutionären Zellen*. "Gefahr im Verzuge" fand die Karlsruhe Behörde, obwohl der Schlag gegen *Rote Zora* und *RZ* bereits seit Monaten akribisch vorbereitet worden war.

33 "Objekte", so der Polizeijargon, wurden am 18. Dezember 1987 durchsucht: In Hamburg 7, in Hannover, Düsseldorf und Ratingen jeweils 1, in Köln 5 und in den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen und Bochum insgesamt 18. Zu den vom BKA begehrten Objekten zählten unter anderem in Hamburg das Fotolabor der taz und eine Druckerei, in Bochum die Redaktion der taz und in Essen eine Ärztinnenpraxis, sowie das "Gen-Archiv". Das BKA hatte eine Liste mit den Namen von 23 Personen, die erkennungsdienstlich behandelt werden sollten.

Eigentlich hatte die "Aktion Zobel" erst am 21. Dezember starten sollen. Am Donnerstag davor überstürzten sich aber die Ereignisse. Will mensch dem "stern" glauben, dann hörten Hamburger Polizeibeamte an diesem Tag mit Erschrecken einen Anruf bei einem der Observierten mit. Dabei wurde dieser angeblich von einer bis heute nicht identifizierten Person aufgefordert, seine Klamotten zu packen und abzuhauen. Seitdem konnte Thomas K. in seiner Wohnung "nicht mehr angetroffen werden", klagt die Staatsschutzbehörde und schlußfolgert, daß der heute 49 Jahre alte "Beschuldigte" geflohen ist. Die BAW beschloß im Schweinsgalopp die Vorverlegung der Durchsuchungsaktion.

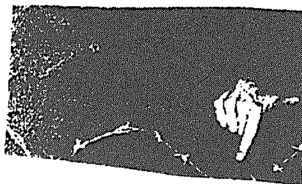
Die ARD-Tagesschau informierte bereits um 20.00 Uhr über den "erfolgreichen Schlag" gegen *Rote Zora* und *RZ*, obwohl fast alle, gegen die damals ein Haftbefehl bestand, "nicht Zuhause angetroffen wurden". Als seit Dezember 1987 "flüchtig" meldete später Generalbundesanwalt Kurt Rebmann neben Thomas K. die taz-Redakteurin und Krimiautorin Corinna K. (44) aus Bochum, die Hamburgerin Adrienne G. (48) sowie die in Duisburg lebende Juliane B. (47) und rief Ende Februar 1988 öffentlich zur Fahndung auf. Auch der Kölner Uli D. (46) zog es vor, wie er es formuliert, "für die Staatsorgane unerreichbar zu sein." "D. hat sich dem Verfahren entzogen und ist unbekannten Aufenthalts, was für ein Schuldeingeständnis spricht", schlußfolgerte kühn aber unbewiesen die in Karlsruhe beheimatete Bundesanwaltschaft.

Die am 18. Dezember in Hamburg festgenommene Schriftsetzerin Ursula P., 46 Jahre alt, wurde noch am gleichen Abend nach Karlsruhe geflogen, um ihr einen Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" nach Paragraph 129a zu verkünden. Der Vorwurf: Sie habe an konspirativen Treffen der *Roten Zora* teilgenommen und sei an Brand- und Sprengstoffanschlägen dieser feministischen "Terrortruppe" beteiligt.

Zwei Tage nach der Festnahme von Ursula P. frohlockte der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe über einen "erneuten Fahndungserfolg". In ihrer Wohnung in Köln wurde die feministische Journalistin Ingrid St. bei ihrer "Rückkehr aus dem Wochenendurlaub" ebenfalls wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" festgenommen und inhaftiert. Die heute 45jährige, so der BAW-Sprecher, Alexander Prechtel, sei verdächtig am

Foto: Jürgen Lichtenberger

Sprengstoffanschlag auf das Hauptverwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa in Köln beteiligt gewesen sein.



"Anschlagsrelevant"

Daß die beiden Frauen unter Bedingungen eingeknastet wurden, die auf deren Isolierung und menschliche Zerstörung abzielten, sei hier nur am Rande und der Vollständigkeit halber erwähnt. Nach dem ersten Schreck formierte sich eine breite Solidaritätsbewegung. Eine der Aktivistinnen resümiert: "Wenige von uns waren direkt betroffen, aber wir alle, die wir aktiv diesen HERRschaftsapparat auf vielfältige Art und Weise bekämpften, waren gemeint."

Alle von der Winterrazzia Betroffenen waren ins Visier des Staatsschutzes geraten, weil sie Kontakt zu Personen hatten, die der Mitgliedschaft in der Roten Zora oder den Revolutionären Zellen verdächtig waren, und sie sich in deren Umfeld mit "anschlagsrelevanten Themen" beschäftigten. "Anschlagsrelevant" dieses Wort wurde, wenigstens in der linken Szene, zum Begriff des Jahres. Als "anschlagsrelevante Themen" klassifizierte die BAW alle Bereiche, die von der Roten Zora oder der RZ mit Sprengstoff oder Brandsätzen angegriffen wurden: Gen- und Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik, Prostitutionstourismus, Flüchtlings- und Ausländerpolitik, Solidarität mit den kämpfenden Menschen in den Drei Kontinenten. Wer gegen die frauen- und menschenfeindlichen Herrschaftsverhältnisse militante Positionen bezog, einem Widerstand in all seinem Formenreichtum das Wort redete, war dem Staatsschutz verdächtig.

Da wird aus einem Diskussionswochende, das Frauen aus dem Essener Gen-Archiv 1987 in den Niederlanden organisieren, ein "konspiratives Treffen", bei dem sich die Teilnehmerinnen "gezielt" durch Überschreiten der Grenze einer polizeilichen Beobachtung entzogen. Da wird das Verhalten einer der unter Observationen stehenden Frauen als konspirativ und als ein Beleg für deren Mitgliedschaft in der *Roten Zora* gewertet, weil sie sich nach Ansicht der Staatsschützer nicht auf direktem Weg von einem Punkt A zu Punkt B, sondern sich in einer für deutsche Polizeibeamte nicht nachvollziehbaren Spontaneität bewegt. Da wird das Abhängen von observierenden Staatsschützern verdächtig, nur weil frau keinen "Bock hat die Bullen überall hin mitzuschleppen". "Das geht die einen Scheißdreck an, was ich mache, mit wem ich mich treffe und worüber wir reden", umreißt eine der damals vorübergehend festgenommenen Frauen ihren Standpunkt". Da wird in einem anderen Fall das wöchentliche Treffen der Kölner Flüchtlingsgruppe in einer Szenekneipe zu einem verdeckten und konspirativen Treffen in "Hinterzimmer einer Gastwirtschaft", "bei dessen Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist." Und da wird aus einem Redaktionstreffen der radikal-feministischen Anti-Gentechnologie-Zeitschrift "e.colibiri" ein konspiratives *Rote Zora*-Treffen zur Koordinierung von Anschlägen.

In welcher Breite der Bundesgerichtshof die Auseinandersetzung mit "anschlagsrelevanten Themen" faßt, ergibt sich aus dem folgenden längeren Zitat: "Im Verlauf der insoweit durchgeführten Ermittlungen hat sich ferner ergeben, daß die Beschuldigten einem Kreis von Frauen angehören, zwischen denen enge persönliche Beziehungen bestehen und die sich in Gesprächskreisen und auf Kongressen intensiv mit der Thematik »Gen- und Biotechnologie« auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung findet überwiegend offen statt – in Form der Teilnahme an angemeldeten Demonstrationen oder bundesweit angekündigten (Gen-)Kongressen oder in Form von Aufbau und Betrieb eines sog. Gen-Archivs in Essen. Daneben finden Treffen der vorgenannten Beschuldigten mit anderen mutmaßlichen Mitgliedern der »Revolutionären Zellen/Rote Zora« statt, die unter konspirativen Umständen vereinbart und durchgeführt werden und die dazu dienen, die im größeren Kreis diskutierte Thematik militant aufzuarbeiten und strafbare Aktivitäten gegen Einrichtungen der Gen- und Biotechnologie vorzubereiten. Eine solche offene Auseinandersetzung mit anschlagsrelevanten Themen steht auch prinzipiell im Einklang mit den von Mitgliedern der »Revolutionäre Zellen/Rote Zora« praktizierten Verhaltensweise, da diese nach dem vielfältig dokumentierten Verständnis dieser terroristischen Vereinigung »mittendrin, in der Szene« leben und sich in legalen Initiativen und Protestbewegungen engagieren sollen, um so aktuell die in Bezug auf das in Frage stehende Thema herrschende Stimmungslage und mögliche Solidarisierungseffekte besser einschätzen zu können."

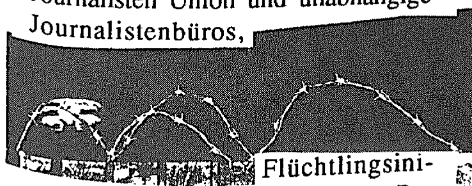
Staatschutzaktionen gegen die Linke waren und sind nicht gerade ungewöhnlich. Schon in den Jahren davor war das Konstrukt der "legalen RAF" gebastelt worden, um all diejenigen zu kriminalisieren, die sich mit den Inhalten und der Politik der *Rote Armee Fraktion* auseinandersetzten. Und auch die Kriminalisierung des "die RAF unterstützenden »Info-Systems«" zielte eindeutig auf jene Kommunikationszusammenhänge, die zwischen der politischen Thematisierung und den praktischen widerständischen Aktionen bestanden. In diesem Sinne ist die Begrifflichkeit des "anschlagsrelevanten Themas" nur eine kriminalistische Bereicherung des Repressionsapparates, um gegen jene Kreise vorgehen zu können, die sich gegen Reproduktions- und Gentechnologie als Formen patriarchaler Allmachtsphantasien und Herrschaftsformen oder gegen die rassistische und sexistische Flüchtlingspolitik der Metropole BRD wehrten. Die Repression des 18. Dezember 1987 zielte nicht nur darauf ab, staatlich nicht kontrollierbare militante Diskussionsansätze im Keim zu ersticken, es ging vor allem darum, *Rote Zora* und *Revolutionären Zellen* inhaltlich zu isolieren und deren Aktionen die politische Sprengkraft zu nehmen.

Breite Solidarität

In einer nach den Hausdurchsuchungen veröffentlichten Erklärung von Betroffenen wurde die politische Dimension des staatlichen Angriffs reflektiert: »Wenn der Vorwurf der Teilnahme an Diskussionszusammenhängen ausreicht, wenn die Entschiedenheit des öffentlichen Eintretens gegen Sexismus, Gen- und Bevölkerungspolitik Indiz genug ist, wenn allgemein übliche Formen des politischen Umgangs schon für den Vereinigungsverdacht genügen, dann enthüllt dies die Entwicklung des § 129a zu einem Instrument, das unmittelbar auf die sozialen Formen des mißliebigen politischen Diskurses

angesetzt ist.« Die Polizeistrategen wissen, daß sie die Auseinandersetzung überhaupt mit diesen Themen und ihre sozialen Erscheinungsformen kontrollieren, kanalisieren und permanent beobachten und ausdünnen müssen, um den Durchbruch zu sichern.

In Hamburg versammelten sich Hunderte in der "Fabrik", um nicht nur ihre Solidarität mit den inhaftierten Ulla P. und Ingrid St. und den Untergetauchten zu dokumentieren, sondern auch um über "anschlagsrelevante Themen" zu diskutieren. Zu Silvester zogen Menschen vor den Hamburger Knast Holstenglacis, um geräuschvoll ihre Verbundenheit mit der dort einsitzenden Schriftsetzerin zu bekunden. Ein Monat nach der Durchsuchungsaktion demonstrierten in der Hamburger Innenstadt mehr als 2.500 Menschen gegen die Festnahme der beiden Frauen. In Köln trafen sich Ende Januar 1988 mehr als 1.000 Frauen und Männer zu einer Veranstaltung. OrganisatorInnen waren u.a. linksradikale Frauengruppen ebenso wie die Redakteurinnen der Frauenzeitschrift "emma", die Deutsche Journalisten Union und unabhängige Journalistenbüros,



Flüchtlingsinitiativen, die Grünen. Mit auf dem Podium saß symbolhaft eine Stoffpuppe mit rotem Strubbelhaar: die "Rote Zora", die "wilde Göre" aus dem gleichnamigen Kinderbuch von Kurt Held, die die militanten Frauenorganisation zu ihrem Namen inspirierte.

Tausende von Unterschriften aus dem gesamten Bundesgebiet forderten die "sofortige Freilassung beider Frauen und die Einstellung der Fahndung." Frauengruppen aus aller Welt protestierten in Solidaritätschreiben bei der BAW gegen die Inhaftierung "unserer Schwestern". Die Kieler grüne Ratsfraktion lud - wer würde so etwas heute noch erwarten bzw. sich vorstellen können? - demonstrativ Ulla P. und Ingrid St. zur "Kieler Woche" ein - dem alljährlichen Großereignis für Segelfreunde. Eine damalige Erklärung der VerteidigerInnen der beiden Feministinnen beschreibt die Auswirkungen der Polizeiaktion auf die Öffentlichkeit: Die angestrebte Einschüchterungspolitik sei fehlgeschlagen, heißt es da, und das Gegenteil sei erreicht, "nämlich eine große Solidarisierung unterschiedlicher politischer Gruppen mit den Betroffenen aus diesen Verfahren und eine vertiefte kritische Diskussion zu den als anschlagsrelevant bezeichneten Themen."

RZ-Anschlag auf Lufthansa

In der Nacht des 26. Oktober 1986 riß ein Sprengsatz ein Loch in die Stahlbetonwand des Lufthansagebäudes. Fensterscheiben zersplitterten und Teile der Inneneinrichtung wurden schwer beschädigt. Der Sachschaden belief sich auf rund 130.000 DM. Noch am gleich Tag meldeten sich in mehreren Eilbriefen "Revolutionäre Zellen" und übernahmen die Verantwortung für den Bombenanschlag. Die Deutsche Lufthansa, "immer treu im Dienste des Staates", so heißt es in dem zweiseitigen Schreiben, beteilige sich an der rassistischen Abschiebepraxis von Flüchtlingen. Aber nicht nur an ihrer Tätigkeit als Hilfspolizei (Umsatz dieser Hilfsleistung für die Bundesregierung im Jahre 1984 "circa 8 Millionen Mark") verdiene die DLH. Über das Tochterunternehmen Condor transportiere sie deutsche Männer nach Bangkok und Manila und "schnappt sich so ihren Teil am internationalen Zuhälterprofit mit Prostitution und Frauenhandel." Schon in der Vergangenheit habe die Lufthansa als Staatsunternehmen Pionierarbeit geleistet. Einmal bei der "Erschließung des südamerikanischen Raumes im Sinne nationalsozialistischer Großraumpolitik", aber auch beim Aufbau der deutschen Luftwaffe vor dem Zweiten Weltkrieg. "Das Lufthansa-Tarnunternehmen Condor transportierte die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien, bombardierte als 'Legion Condor' die Stadt Guernica. Im selben Jahr, 1939, feierte die Lufthansa ihr erfolgreichstes Geschäftsjahr seit Bestehen."

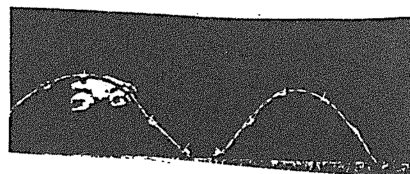
Bei der Spurensicherung nach dem Anschlag fanden die Fahnder Reste eines Zifferblattes, das zu einem Wecker der Marke Emes-Sonochron gehörte und auf dessen Rückseite eine Nummer eingestanzt war. Das Herz der Wiesbadener Staatsschützer muß vor Freude im Dreieck gepocht haben, denn über diese eingestanzte Nummer hofften sie endlich Mitgliedern der *Revolutionären Zellen* auf die Spur zu kommen. Wie sich im späteren Prozeß gegen Ingrid St. herausstellte, waren in die Emes-Sonochron-Uhren der Firma aus Villingen-Schwennigen diese vier Ziffern extra eingeschlagen worden, um deren Weg nachvollziehen und deren KäuferInnen später identifizieren zu können.

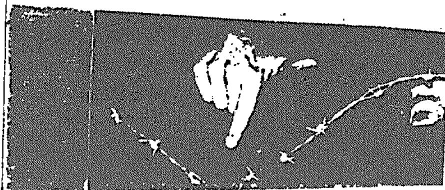
Ein Wecker und seine Folgen

Irgendwann in den Jahren 1984 oder 1985 muß in Wiesbaden jemand sämtliche Anschläge der feministischen *Roten Zora* und der *Revolutionären Zellen* einer genauen Analyse unterzogen haben. Dabei habe das BKA festgestellt, so die Behördenversion, daß beide illegalen Organisation in den vorangegangenen Jahren immer wieder bei Sprengstoff- und Brandanschlägen als "Zeitverzögerer" einen Wecker der Marke Emes-Sonochron mit einem "mechanischen Uhrwerk" verwandt hätten - insgesamt bei mehr als 40 Anschlägen. 1985 dann kauften die Wiesbadener Spürnasen von der Uhrenfabrik sämtliche Restbestände dieser Weckerproduktion auf. Gleichzeitig wurden im gesamten Bundesgebiet nicht verkaufte Uhren diesen Typs vom Markt genommen.

7.000 Zifferblätter wurden auf Anordnung des BKAs mit einer vierstelligen Nummer versehen und die gekennzeichneten Zifferblätter sodann von der Uhrenfirma in ihre Wecker eingebaut. Insgesamt 80 speziell ausgesuchte Geschäfte führten seitdem den markierten Wecker. Diese Geschäfte stattete das Bundeskriminalamt, soweit noch nicht vorhanden, zusätzlich mit einer Videoüberwachungsanlage und einer speziellen Fotokamera aus. WeckerkäuferInnen sollten, so die Anweisung an das Verkaufspersonal, beim Einkauf unauffällig fotografiert werden. Kostenaufwand über 200.000 DM. Im "Idealfall", so schilderte später einer der an diesem speziellen Fahndungsprogramm beteiligten BKAler, wollten die Fahnder diese Person observieren und beim "Ablegen eines Sprengsatzes" mit dem gekauften und markierten Emes-Wecker "in flagranti" festnehmen. Dies ist allerdings trotz des immensen Aufwandes in keinem Fall gelungen, mußte der Staatsschutz später kleinlaut einräumen.

Die ungewöhnliche Fahndungsmaßnahme hatte später noch ein parlamentarisches Nachspiel. Die Grüne-Abge-





ordnete Ellen Olms verlangte im April 1988 von der Bundesregierung Auskunft über das "Wecker-Programm". Bei ihrer Erwiderung versuchte die Bundesregierung das Ausmaß der Aktion zu relativieren. Lediglich 30 Geschäfte in insgesamt 20 Städten seien mit Kameras ausgerüstet worden. Dabei habe es sich um "vermutete Schwerpunkte der RZ" gehandelt, zum Beispiel Köln, Bochum, Essen, Dortmund und Berlin. Von 82 KäuferInnen wurden Lichtbilder gefertigt, räumte die Bundesregierung ein, um sogleich dieses datenrechtlich bedenkliche Vorgehen wieder kleinzureden. "Die Personalien der Käufer wurden – mit Ausnahme von zwei Fällen, in dem numerierte Wecker für Sprengstoffanschläge genutzt wurden – nicht festgestellt."

Eine der KäuferInnen, so jedenfalls behauptete die BAW, war Ingrid St. Sie habe jenen Wecker gekauft, der später beim Anschlag auf die Lufthansa verwendet und dessen Zifferblattreste die Spurensicherer danach gefunden haben wollen. Bei der anderen identifizierten Frau handelte es sich laut BAW um Adrienne G.. Sie habe am 15. Oktober 1986 in Dortmund jenen Wecker gekauft, der bei dem fehlgeschlagenen Anschlag auf das Berliner Institut für Gentechnik eingesetzt wurde. Aber ansonsten nimmt es die Bundesregierung - wer wundert sich da eigentlich? - bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage mit der Wahrheit nicht so genau, denn es wurden aufgrund der Aufnahmen sehr wohl noch weitere Personen - soviel ist heute, fast zehn Jahre danach bekannt - als angebliche UhrenkäuferInnen identifiziert und beobachtet. Die gegen Uli D. angeordnete Hausdurchsuchung begründet sich z.B. darauf, daß er als Käufer eines Weckers der Marke Emes im Mai 1986 "aufgetreten ist". Auf die anderen Diskrepanzen lohnt sich kaum einzugehen, denn wenn es stimmt, daß rund 7.000 Uhren mit Nummern versehen wieder in den "Verkehr" des Handels gebracht wurden, scheint die Zahl der fotografierten und damit registrierten Zahl der KäuferInnen in Höhe von 82 lächerlich gering und absolut unglaubwürdig.

In dem ganzen Kontext des zugegebenermaßen ungewöhnlichen und durchaus pfiffigen Fahndungsprogrammes wurde jede Käuferin und jeder Käufer zum potentiellen Mitglied der *Roten Zora* oder der *Revolutionären Zellen*. Das mußte auch eine Kölner Journalistin erfahren, die in den 70er Jahren erkennungsdienstlich erfaßt worden und damit für die politische Polizei kein unbeschriebenes Blatt mehr war. Als mögliche Weckerkäuferin verdächtigt, fuhren die Fahnder drei Tage mit der Verkäuferin hinter der Journalistin her, bis diese dann die Observierte als Uhrenkäuferin definitiv ausschloß.

Schnell mutierte frau von einer vermeintlich identifizierten Weckerkäuferin zur mutmaßlichen Attentäterin und damit zum "Objekt staatlicher Repressionsbegierde", wenn sie Feministin ist. Daß bei der Hausdurchsuchung von Corinna K.s Wohnung ein Wecker der Marke Emes-Sonochron gefunden wurde, sieht die BAW als Indiz für deren Mitgliedschaft in der *Roten Zora*. Auch Juliane B. hat laut Polizei Emes-Wecker besessen – was liegt da näher, als in ihr eine *Rote Zora* zu sehen.

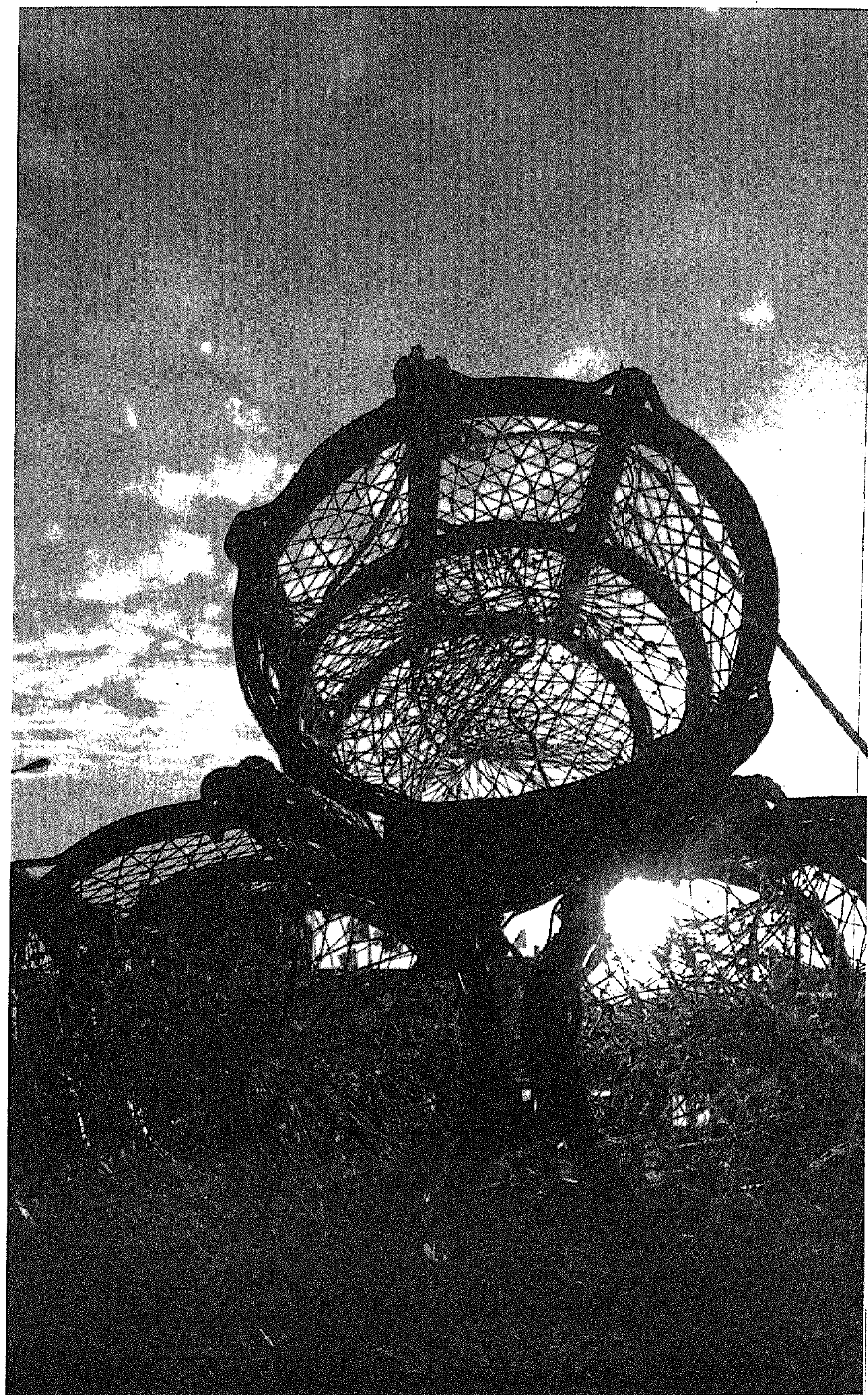
"Schafft 1,2,3 ..., schafft viele *Revolutionäre Zellen*"

Um zu verstehen, warum die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden im Dezember 1987 zuschlugen, ist es notwendig, die Ereignisse der 70er und 80er Jahre Revue passieren zu lassen. Erstmal tritt eine *Revolutionäre* Zelle öffentlich im November 1973 in Erscheinung. Der Sprengstoffanschlag richtet sich den us-amerikanischen Multi ITT und dessen Beteiligung am Militärputsch in Chile. 1974 reagieren dann "frauen der rz" auf die anstehende Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zum Abtreibungsparagraphen 218 mit einem Sprengstoffanschlag auf das Gerichtsgebäude: *"Weil wir alle die abschaffung des paragraphen 218 wollen und nicht diese jederzeit manipulierbare indikationslösung."*

In ihrer ersten Zeitung *Revolutionärer Zorn* wird das Spektrum der militanten Angriffe beschrieben: "Antiimperialistische Aktionen; Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD; Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollen, die ihre Feinde bestrafen und angreifen." Insgesamt hat es zwischen 1975 und 1987 neun Ausgaben des *Revolutionären Zorns* gegeben, in denen die Gruppen nicht nur die Verantwortung von Anschlägen übernahmen, sondern sich auch in aktuelle politische Auseinandersetzung der westdeutschen Linken einmischten. Insgesamt schreibt das Bundeskriminalamt den Frauen der *Roten Zora* und den *Revolutionären Zellen* zwischen 200 und 250 Anschläge zu. 1976 beteiligen sich die *RZ*-Mitglieder Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse an der Entführung einer EL-AL-Maschine nach Entebbe. Bei der Befreiung der Passagiere durch israelische Elitesoldaten werden beide erschossen. Erst gegen Ende der siebziger Jahre bezieht sich die *RZ* mehr auf aktuelle Auseinandersetzungen und Kämpfe in der Bundesrepublik in den Bereichen und greift mit militanten Aktionen zu be-

ziehen und mit eigenen Aktionen in den Bereichen Anti-Atomkraft-Bewegung, Hausbesetzungen und Anti-Startbahn-West-Bewegung im Rhein-Main-Raum ein. Parole: "Schafft viele Revolutionäre Zellen". In einem Interview mit einer *Revolutionären Zelle*, daß die Zeitschrift "Autonomie" 1980 veröffentlicht, heißt es: "Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bleibt so einem patriarchalisch/kapitalistischen Denken verhaftet".

Sprengstoff- und Brandanschläge auf Häuserspekulanten, AKW-Betreiber, Großkonzerne, Stadtverwaltungen folgen. Im großen Stil werden Fahrkarten gefälscht und u.a. im Ruhrgebiet verteilt. Am 11. Mai 1981 wird dann von einer *Revolutionären Zelle* der hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Herbert Karry im Schlaf in seinem Bett versehentlich erschossen. Eigentlich sei beabsichtigt gewesen, Karry in die Beine zu schießen, heißt es später in einem Bekennerschreiben der *RZ*. In der Selbstkritik wird eingestanden, daß die Umstände der Aktion gegen den FDP-Politiker im Verständnis der *RZs* "gegen die Grundsätze revolutionärer Moral" verstoßen.



Die "wilde Göre" *Rote Zora*

Im Jahre 1977 bildet sich aus den *Revolutionären Zellen* eine eigenständige Frauengruppe heraus, die *Rote Zora*. Zwar gebe es inhaltliche und praktische Verbindungen zur *RZ*, aber die politische Auseinandersetzung über sexistisches und patriarchale Herrschaftsverhältnisse sei nicht nur gesellschaftlich, sondern auch innerhalb der *RZ* kaum entwickelt. "Frauen haben zu jeder Zeit in bewaffneten Gruppen gekämpft, ihr Anteil am Kampf wurde aber meistens unterschlagen." In einem Interview in der Juni-Ausgabe von "emma" 1984 abgedruckt, gehen die Zora-Frauen noch einen Schritt weiter in ihrer Kritik an den "blinden Flecken" auch linker Männer: "männer, die ansonsten ihren radikalen bruch mit diesem system in eine konsequente praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt, zu begreifen, was antisexistischer kampf heißt und welche bedeutung er für eine sozialrevolutionäre perspektive hat."

Auf die Frage von "emma", wer sie denn seien, antworten die militanten Feministinnen sibyllinisch: "frauen zwischen 20 und 51, einige von uns verkaufen ihre arbeitskraft auf dem markt der möglichkeiten, einige nehmen sich was sie brauchen, andere sind noch nicht durchs soziale netz gefallen. Einige haben kinder, viele andere nicht. Manche frauen sind lesbisch, andere lieben männer. Wir kaufen in ekelhaften supermärkten, wir wohnen in häßlichen häusern, wir gehen gerne spazieren oder ins kino, ins theater, die disco, wir feiern feste, wir pflegen das nichtstun. Klar - wir leben in dem widerspruch." Und an anderer Stelle dieses mehrseitigen Interviews beschreiben sie ihr Grund-

Foto: Sabine Adorf

ren greifen sie Pornoshops und Sexboutiquen an, flambieren die Autos von Mädchenhändlern und "Eheanbahnern", die mit "Billigfrauen" aus den Drei Kontinenten in Deutschland Handel treiben, legen Sprengsätze am Gebäude der philippinischen Botschaft in Bonn ab, weil die den internationalen Frauenhandel offen stützt. Multinationale Elektronikkonzerne wie Nixdorf und Siemens sind Ziele von Anschlägen der *frechen, rotgezopften Gören*, denn "bei der Produktion dieser Elektronik werden die Frauen der sogenannten Dritten Welt verschlissen. Mit 25 sind sie total kaputtgearbeitet, ausrangiert."

In einer gemeinsamen Erklärung mit den *Revolutionären Zellen* kritisiert die *Rote Zora* im Januar 1984 die westdeutsche Friedensbewegung und deren apokalyptische Endzeitvisionen ohne jeden Klassenbezug. Deren entscheidender Fehler sei nicht nur die Konzentration auf den "Erhalt des Friedens", der faktisch nur ein "Friede in den Metropolen" sei, sondern auch, daß diese Bewegung "den imperialistischen Zusammenhang zwischen Rüstung und Krise, 3.-Welt-Elend und Sozialabbau, Sexismus und Rassismus" nicht herauszuschält.

Gegen die rassistische Flüchtlingspolitik

Danach begannen sowohl die *Revolutionären* Zellen als auch die *Rote Zora* ihre Aktionen wieder vermehrt in einen antiimperialistischen Kontext zu stellen. Die RZ konzentrierte sich auf die BRD-Ausländerpolitik. "Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen", schreiben die AutorInnen in der Extra-Ausgabe des "Revolutionären Zorns" von Oktober 1986. "Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen."

Im August 1986 wird in den Räumen des Hamburger Ausländeramtes ein Brandsatz gelegt. "Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten." Im September folgt ein fehlgeschlagener Sprengstoffanschlag auf das Oberlandesgericht in Lüneburg, "das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern". Rote Kreuz-Funktionären in Berlin werden die Fahrzeuge in Brand gesteckt, denn dem DRK gehöre "endlich das Handwerk gelegt, das dem Staat das schmutzige Geschäfte der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt". Eine Bombe explodiert am Kölner Ausländerzentralregister "Das Ausländerzentralregister (AZR) ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg." Im folgenden Monat knallt es bei der Lufthansa in Köln, "Für freies Fluten". In Berlin wird dem Leiter der Ausländerpolizei in die Knie geschossen. "Hollenberg ist ein Menschenjäger und ein Schreibtischtäter." In Hagen und Hamm richten sich Anschläge gegen die örtlichen Ausländerbehörden. Im Februar 1987 folgt ein Aktion gegen die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber". "Die ZSA und mit ihr alle rassistischen Behörden müssen weg!" Im September des gleichen Jahres wird ebenfalls in Berlin der Vorsitzende Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgerichts, Dr. Günter Korbmacher von zwei Knieschüssen getroffen. "Der oberste Asylrichter Korbmacher ist ein furchtbarer Jurist."

Kampf dem patriarchalen Normalzustand

Schwerpunkt der Anschläge der *Rote Zora*-Frauen sind Institutionen und Firmen, die in der Gen- und Biotechnologie Profit machen: der Technologiepark in Heidelberg, im April 1985, "laßt die Herren nicht in Ruhe forschen"; das Max-Planck-Institut in Köln im August 1985, denn "mit ihrer Forschung dehnen die Herren ihre Macht auf die innere Struktur des Lebens aus." Im gleichen Monat sucht die *Rote Zora* das Humangenetisches Institut in Münster heim. Dabei fallen ihr eine Unzahl von wichtigen Forschungsunterlagen in die Finger. Der Rest wird in den Räumen des Universitätsinstitut in Brand gesteckt. "Der Bevölkerungspolitik hier nach den Kriterien der Verwertbarkeit entspricht auf brutalste und mörderische Weise die Vernichtung breiter Teile der Bevölkerung in den drei Kontinenten", schreiben die Feministinnen zum Anschlag. Im Januar 1987 dann veröffentlicht die *Rote Zora* die in Münster "beschlagnahmten" Forschungsunterlagen. Die Strafverfolgungsbehörden reagieren mit Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren gegen Kritiker der Humangenetikforschung.

Mitte August 1987 brennt es in den Verkaufsräumen des Diskont-Kleidermarktes Adler in Frankfurt am Main, Aachen, Holzwickede, Neuss, Bremen, Oldenburg, Kassel und Halstenbek bei Hamburg aus Protest gegen die "beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen" der rund 3.200 Adler-Arbeiterinnen in Südkorea und Sri Lanka und aus Solidarität mit den in Südkorea für bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Adler-Arbeiterinnen. "Die Frauen bei Adler in Südkorea kämpfen gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und setzen sich gegen den alltäglichen Sexismus zur Wehr. Sie rufen zur Unterstützung ihres Kampfes in der BRD auf. In diesen Aktionen kann Antiimperialismus praktisch werden." Die Geschäftsleitung der Adler-Bekleidungswerke spricht von einem Gesamtschaden von 28 Millionen Mark. Nach einem weiteren Anschlag auf die Adler-Filiale in Berlin gibt das Unternehmen dem feurigen Druck nach. Der Chef "himself" taucht aufgelöst in der Berliner Redaktion der linksliberalen "tageszeitung" auf, um seine Position zu erläutern und um Vermittlung zu ersuchen. Die während des Streiks entlassenen Arbeiterinnen in der südkoreanischen Niederlassung des Adler-Konzerns werden wieder eingestellt, die Löhne der Frauen erhöht.

Foto: Sabine Adorf

Das bei einem solchen Erfolg praktischer Solidarität die Strafverfolgungsbehörden eingreifen mußte, liegt auf der Hand. Das Dezember 1987-showdown war die Folge. Aber so vollmundig der Staatsschutz tiefgehende Erkenntnisse betonte und tolle Fahndungserfolge angekündigte, am Ende zerrann ihm doch vieles zwischen den Fingern.

Vier Personen flüchtig, nach denen zur besten Sendezeit erfolglos gefahndet wurde und auf deren Kopf eine 50.000-DM-Prämie ausgelobt ist. Der 5. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes mußte Ulla P. freilassen. Der sicher nicht liberaler Rechtspositionen verdächtige Richter Klaus Arend sah keine Beweise mehr für deren Mitgliedschaft in einer *Revolutionäre Zellen/Rote Zora*, nachdem die Hamburger erklärte, ein vorgeblich "konspiratives Treffen" sei in Wirklichkeit eine simple Redaktionssitzung von "e.colibri" gewesen. Um 16.13 Uhr des 22. August 1988 öffneten sich die Gefängnistore und eine glücklich strahlende Ulla P. trat in die gerade gewonnene Freiheit. Lediglich Ingrid St. blieb in Haft.

Im Februar 1989 begann dann der Prozeß gegen Ingrid St. wegen Zugehörigkeit zur "terroristischen Vereinigung" *Revolutionäre Zellen* und wegen ihrer Beteiligung am Anschlag auf das Lufthansa-Verwaltungsgebäude. Am Wochenende vor dem Prozeßbeginn demonstrierten in Essen mehr als 10.000 Frauen und Männer gegen die Anklage und für die Freilassung von Ingrid St..

Im Verfahren selbst räumte die Buchautorin den Kauf des Weckers zwar ein, strittet jedoch ab, gewußt zu haben, wofür dieser Wecker genutzt werden sollte. Sie habe, so Ingrid St., diese Uhr für einen Freund auf dessen Bitte hin erworben. Und sie sei von der Unschuld des Mannes, den sie als "Mister X." bezeichnete, überzeugt. Um ihn vor ungerechtfertigter strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren, werde sie dessen Identität nicht preisgeben. Als Kumpanei unter Kriminellen bezeichnete das Gericht die Einlassung der Angeklagten und verurteilte sie "im Namen des Volkes" zu fünf Jahren Haft. Ein Urteil, das später durch den Bundesgerichtshof kassiert und in der Revisionsverhandlung auf drei Jahre wegen "Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag" gesenkt wurde.

Stille Heimkehr? oder ... - Wider das Vergessen

Im Oktober 1995 tauchte die mit Haftbefehl gesuchte Corinna K. aus der "Illegalität" wieder auf und stellte sich in Karlsruhe dem Ermittlungsrichter. Zuvor hatte sie über ihren Anwalt und dem für das sogenannte "Terroristen"-Aussteigerprogramm zuständigen Verfassungsschützer mit Alias-Namen "Hans Benz" die gegen sie erhobenenen Tatvorwürfe abklären lassen. Der Haftbefehl gegen Corinna K. wurde gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt, nachdem sie den Besitz eines Emes-Weckers "gestand". Ihr soll im Frühjahr der Prozeß vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart wegen Zugehörigkeit zur *Roten Zora* gemacht werden. Beweis: Justament der Besitz eines Emes-Sonochron-Weckers.

Auch Uli D. ist wieder aufgetaucht. Nachdem er jede Zusammenarbeit beim Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes abgelehnt hatte, wurde das Ermittlungsverfahren im März 1996 endgültig eingestellt.

Zehn Jahre nach dem 18. Dezember 1987 sitzen in diesen Tagen drei Menschen irgendwo auf dieser Welt. Adrienne G., Juliane B. und Thomas K. sind noch immer der Zugehörigkeit zu einer "terroristischen Vereinigung" verdächtigt. Nach ihnen wird nach wie vor mit Haftbefehl gesucht. Sie will die Staatsgewalt im Knast schmoren oder kleinlaut zu Kreuze kriechen sehen. Die breite Solidarität, die Ende der achtziger Jahre die "Aktion Zobel" zu einem mehr oder minder großen Schlag in Wasser werden ließ, existiert heute nicht mehr. Aber genau auf eine solche Solidarität wären die GenossInnen angewiesen, um die Aufhebung der Haftbefehl und die Einstellung der Verfahren durchzusetzen.

Literaturhinweis:
"Die Früchte des Zorns, Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, 2 Bände, 798 S., Edition ID-Archiv. Förderausgabe Geb. zus. 248,00 DM, ISBN 3-89408-024-8. Br. zus. 68,00 DM, ISBN 3-89408-023-X.

"Die roten Zora und ihre Bande", Kinderbuch von Kurt Held, 528 S., Br. 16,80 DM, ISBN 3-293-21001-5.

JOHN UND DIE MUSIK DER STILLE

BEWUSST-SEIN UND

Neuartige Ausdrucksformen werden anfangs zumeist auf einer ästhetischen Ebene mit Bezeichnungen wie "unhörbar" oder "unharmonisch" abgelehnt. Diese Argumente werden jedoch schnell entkräftet, wenn auf die Bedingungen eingegangen wird, unter denen sich Geschmack entwickelt. Dieser ist keineswegs angeboren oder ausschließlich ein Ergebnis individueller Empfindungen, er wird vielmehr ständig von äußeren Faktoren beeinflußt und insbesondere durch die Medien geprägt. Die meisten Menschen in den westlichen Staaten wachsen mit der Popmusik auf, wobei ihnen ein positives Bild von den sogenannten Stars und deren Musik vermittelt wird. Entsprechend lehnen sie in der Regel experimentelle Stilmittel fast automatisch ab, da sie dem gewohnten und als angenehm vermittelten Ausdrucksformen bzw. dem anerzogenen Geschmack widerspricht.'Um eine Offenheit gegenüber den experimentellen Ausdrucksformen zu erreichen, bedarf es deshalb einer Phase der Gewöhnung, sowie einer Vermittlung der entsprechenden Zusammenhänge und Hintergründe. Wenn ein solcher Prozeß? von den Medien und insbesondere auch von den Schulen und den Erziehenden eingeleitet würde, dann käme es zwangsläufig zu einer Aufhebung der ablehnenden Einstellung gegenüber experimentellen Ausdrucksformen. Ein solcher Prozeß würde aber auch bedeuten, daß eine Haltung vermittelt wird, die zur Hinterfragung des Bestehenden auffordert und offen für Neuartiges bzw. auch offen für Veränderungen ist. Da eine solche Haltung aber in letzter Konsequenz auch die bestehende gesellschaftliche Ordnung hinterfragen und ins Wanken bringen würde, wird sie nicht vermittelt.

Ausgehend von anarchistischen und zen-buddihistischen Grundgedanken durchbrach der us-amerikanische Komponist John Cage (1912-1992) immer wieder die Regeln und Grenzen der traditionellen Ausdrucksformen. Seit den vierziger Jahren entwickelte er im Gegensatz dazu die Theorie und Praxis einer in sich herrschaftsfreien Musik und beeinflußte damit nachhaltig die Entwicklung der modernen Musik. Cage zufolge hat jede Form des Seins letztlich die gleiche Wertigkeit, unabhängig davon, ob sie sich ihrer selbst subjektiv bewußt ist, wie in der Regel der Mensch, oder unbewußt ist, wie ein Sandkorn. Entsprechend ist für Cage jeder Klang, jedes Geräusch und jeder Ton gleichwertig, egal ob er von einer Flöte oder von einem fallenden Stein hervorgerufen wird. Beide haben ihre ursprüngliche Bedeutung in sich selbst. Die traditionelle Musikauffassung akzeptiert diese Eigenständigkeit nicht, sondern ordnet einen Ton ständig in einen Zusammenhang mit anderen Tönen ein, bewertet ihn und stellt ihn dabei über oder unter diese. Cage widersetze sich diesem Verständnis, das sich in allen Bereichen der klassischen Musik widerspiegelt, und setzte ihre ein erweitertes Verständnis von Musik bzw. von musikalischer Wahrnehmung entgegen.

Eine entscheidende Etappe im Leben von Cage war um 1950 die Auseinandersetzung mit der Stille, die das gesamte spätere Werk des Komponisten prägte. In einem schalldichten Raum an der Harvard University in Cambridge stellte Cage überrascht fest, daß er Geräusche hörte. Der zuständige Techniker erklärte ihm später, daß er verschiedene Abläufe in seinem Körper vernommen hatte. "Ich hörte, daß Schweigen, Stile, nicht die Abwesenheit von Geräusch war, sondern das absichtslose Funktionieren meines Nervensystems und meines Blutkreislaufes. Ich entdeckte, daß die Stille nicht akustisch ist. Es ist eine Bewußtseinsveränderung, eine Wandlung. Dem habe ich meine Musik gewidmet. meine Arbeit wurde zu einer Erkundung des Absichtslosen."

Das veränderte Verständnis der Stille führte zur Komposition von "4,33", einem Stück in dem kein Geräusch absichtlich erzeugt wird. Die Aufgabe der beteiligten MusikerInnen ist es, die Bühne zu betreten und nach einer Zeitspanne von 4,33 Minuten sie wieder ohne ein Instrument gespielt zu haben zu verlas-

sen. Die Musik besteht aus den Geräuschen des Publikums, einemHusten, Flüstern oder auch aus Protestrufen, genauso wie beispielsweise aus den Geräuschen einer quietschenden Tür, eines vorbeifahrenden Lastwagens oder eines Regengusses. Einige Jahre nach der Komposition von "4,33" erklärte Cage in einem Interview, daß er das Stück nicht mehr benötige, da er inzwischen in der Lage sei, es ständig zu hören. "Die Musik, die mir am liebsten ist und die ich meiner eigenen oder irgendeines anderen vorziehe, ist einfach die, die wir hören, wenn wir ruhig sind."

Um seinem Ideal einer absichtslosen Musik auch in anderen Kompositionen möglichst nahe zu kommen, arbeitete Cage mehrfach mit dem Zufallsprinzip. Er erreichte damit, daß die Auswahl der Töne nicht nur völlig unabhängig von einem wertenden Aufbau, sondern auch darüber hinausgehend unabhängig von einem individuellen Geschmack des Komponisten, sowie von jeglichen psychologischen und traditionellen Zusammenhängen stattfand. Cage verstand dabei den Zufall nicht als etwas völlig beliebiges, sondern imeigentlichen Sinne des Wortes als etwas, das einer Person zufällt. Auch für ein zufälliges Ereignis gibt es immer eine Ursache, dessen Wurzel sich in einem größeren Zusammenhang befindet, auch wenn sie nicht offensichtlich ist.

Für die Komposition von Stücken ohne beabsichtigte Höhepunkte, Reihenfolgen und Wiederholungen nutzte Cage verschiedene Zufallsoperationen, darunter insbesondere das chinesische Orakel I-Ging, dessen zumeist durch Münzwürfe hervorgerufenen Ergebnisse in vorbereitete Notentabellen übertragen wurden. Das auf diese Weise 1951 entstandene Klavierstück "Music of Changes" gilt inzwischen als Schlüsselwerk des 20. Jahrhunderts. Ebenfalls im Sinne der Absichtslosigkeit setzte Cage bei der Aufführung von "Imaginary Landscapes No. 4" zwölf Radioapparate ein, die ohne vorherige Kenntnis des Programms eingeschaltet wurden. "Imaginery Landscapes No. 5" basierte auf der Verwendung von zweiundvierzig beliebig ausgewählten Schallplatten, die jeweils phasenweise überlagert abgespielt werden, wobei Cage auch in diesem Fall die entsprechenden Zeitverläufe durch Zufallsoperationen ermittelte. Für die Komposition "Atlas Eclipticalis" nutzte Cage die Konstellation von Sternen auf entsprechenden Karten zur Komposition.

Ein grundlegender Widerspruch in Bezug auf die Verwirklichung einer Musik der Absichtslosigkeit blieb aber zwangsläufig auch in den Stücken von Cage unaufgehoben. Denn selbst wenn die Bestimmung der einzelnen Töne unabhängig von der komponierenden Person stattfindet, die Auswahl also absichtslos ist, so bleibt die anfängliche Absicht ein Stück zu erstellen, bestehen. Eine völlig absichtslose Musik kann nur dann entstehen, wenn der Akt der Komposition ein völlig unbewußter ist. Entsprechend kann absichtslose Musik im Grunde nicht entstehen, sondern besteht bereits in den umgebenden Geräuschen und Schwingungen, im Rauschen der Bäume genauso wie in den monotonen Rhythmen von Maschinen oder in den Schwingungen der Atome. Die Gefahr, die den zufallsbedingten Kompositionen zu Grunde lag, wie im übrigen allen vom Zen-Buddhismus beeinflußten Betrachtungen, war die Gefahr einer zu abstrakten und abgehobenen Sichtweise. Eine gleichmütige, gegenüber allem offene und nicht wertende Position führt zu einer passiv akzeptierenden Haltung gegenüber objektivem Unrecht. Oftmals wird dabei durch die ausschließliche Konzentration auf den Prozeß der persönlichen Weiterentwicklung die Wechselbeziehung zwischen innerer und äußerer gesellschaftlicher Veränderung ignoriert.

Die Kompositionen und Konzerte von Cage entsprachen zumeist einer vielschichtigen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten akustischer Ausdrucksformen. So nutzte Cage für die Realisation von "Variations VII", das 1966 in einer Halle in New Zark aufgeführt wurde, Geräuschquellen wie Toaster und Mixer, Impulsgeneratoren, Geigerzähler, Radiogerate und Fernsehapparate. Zudem waren an den Körpern von vier MitarbeiterInnen Elektroden angebracht, welche die entsprechenden Körpergeräusche wiedergaben. Hinzu kamen die Geräusche von Plätzen außerhalb der Halle, darunter ein Voglehaus in einem Zoo, ein Restaurant und ein Busbahnhof, die durch Telefonverbindungen direkt übermittelt wurden. Während der Aufführung konnte sich das Publikum in der Halle frei bewegen und sich dadurch nach Belieben einzeln Geräuschquellen widmen. " Beschränke dich auf Geräusche, die während der Vorstellung entstehn (über TV, Radio, Telefon, Mikrofon) / keine schon verarbeiteten Geräusche /Geräusche aus der Luft fangen wie mit einem Netz, vor allem die unhörbaren nicht verloren gehen lassen / ständige Quellen / keine Partitur keine Stimmen / vorhandenen Empfänger frei manipulieren / das sonst unhörbare hörbar machen, also keine Intention dazwischen schieben / einfach das Hören erleichtern."

Das Stück "Roaratorio" ging von James Joyces Roman "Finnegans Wake



VERÄNDERUNG

von Wolfgang Sterneck

Alle Fotos: Jan Jacob Hofmann

" aus. An den von Joyce aufgeführten Orten ließ Cage Tonbandaufnahmen machen, die zusammen mit irischen Volksliedern und neu zusammengesetzten Passagen aus dem Orginaltext zu einer Collage verbunden wurden. Alle auftretenden Geräusche wurden dabei gleichbehandelt. Die Position innerhalb des Stückes wurde durch Zufallsoperationen ermittelt. "Ich wollte eine Musik machen, frei von Melodie und frei von Harmonie und frei von Kontrapunkt - frei von musikalischer Theorie. Ich wollte nicht, daß es Musik im Sinne von Musik wird, sondern ich wollte das es Musik wird im Sinne von Finnegans Wake, daß die Musik unmittelbar daraus hervorgeht."

Wesentliche Elemente des Werkes von Cage, darunter die Einbeziehung de Stille, des Zufallsprinzips und die gesellschaftspolitische Ausrichtung, beinhaltete beispielhaft die Komposition "Five Hanau Silence", die Cage 1992 kurz vor seinem Tod konzipierte. Im Rahmen des Entstehungsprozesses wurden durch Zufallsoperationen fünf Orte in Hanau ausgewählt an denen es an bestimmten, auf die gleiche Weise festgelegten Tagen und Uhrzeiten zu Tonaufnahmen die später miteinander verbunden wurden. Das akustische Ergebnis erschien zusammen mit einem Buch als Benefiz-Projekt für das Autonome Kulturzentrum Metzgerstraße, einem Haus in Hanau, dem auch die Komposition gewidmet wurde.

Der Einfluß von Cage ging weit über den musikalischen Bereich hinaus. so markierte eine 1952 in Black Mountain von Cage initierte Aufführung den Ausgangspunkt für die Happening-Bewegung der sechziger Jahre:"Durch die Lektüre von Artaud erfuhren wir von der Idee, daß das Thater nicht auf einem Text basieren muß, daß der Text nicht alle Handlungen vorschreiben muß, so daß sich Klänge, Aktivitäten usw. unabhängig voneinander entfalten können, ohne aufeinander zu verweisen. Weder sollte der Tanz Ausdruck der Musik noch die Musik Ausdruck des Tanzes sein. Beide konnten unabhängig voneinander bestehen. Wir haben diesen Gedanken auf die Poesie, die Malerei usw. und das Publikum ausgeweitet. Die Aufmerksamkeit wurde nicht ausschließlich in eine bestimmte Richtung gelenkt. An einer Wand des Saals wurde ein Film gezeigt, am anderen Ende wurden Dias projeziert. In gewissen Zeitabschnitten, die ich Zeitklammern nannte, konnten die Interpreten innerhalb bestimmter Grenzen machen, was sie wollten. Robert Rauschenberg ließ Musik abspielen. David Tudor spielte Klavier. Merce Cunningham und andere Tänzer bewegten sich durch und um das Publikum herum. Über uns waren Rauschenbergs weiße Bilder aufgehängt. Auf jedem Zuschauersitz befand sich eine Tasse ohne eine Gebrauchsanweisung für das Publikum. Manchmal wurde sie als Aschenbecher benutzt. Die Performance wurde durch eine Art Ritual beendet, indem Kaffee in die Becher gegossen wurde."

Cage bezeichnete sich selbst als Anarchist, wobei er auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft die auf einem "Netz von sozialen Nützlichkeiten" basiert, immer wieder die Notwendigkeit eines gewaltfreien gesellschaftlichen Wandels betonte, der von einem Prozeß innerer Weiterentwicklung ausgeht. In den Kompositionen von Cage kamen dessen gesellschaftliche Vorstellungen vorrangig auf einer strukturellen Ebene und nur in Ausnahmefällen auf eine textlichen Ebene zum Ausdruck. Das Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der die Möglichkeit einer freien Entfaltung der Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden ist und sich damit auch neue Möglichkeiten der kreativität eröffnen, zeigt sich beständig im Grundaufbau seiner Stücke. Charakteristisch ist dabei unter anderem die Offenheit der Kompositionen, die vielfach so konzipiert sind, daß sie bei jeder Aufführung einen völlig neuen Charakter erhalten können. Darüber hinausgehend eröffnen die Stücke in ihrer Gesamtheit immer wieder den Weg zu einer neuen Art von Hörerlebnis bzw. einem bewußteren Hören und darüber hinausgehend zu einer bewußteren Wahrnehmung der umgebenden Entwicklungen. Auf diesem Wege entfalten gerade auch die scheinbar unpolitischen Kompositionen von Cage eine eigene tief greifende gesellschaftliche Dimension. "Wir brauchen eine Musik, in der nicht nur die Töne einfach Töne sind, sondern auch die Menschen einfach Menschen, daß heißt keinen Regeln unterworfen, die eine von ihnen aufgestellt hat, selbst wenn es 'der Komponist' oder 'der Dirigent' wäre. Eine Situation stellt sich für unterschiedliche Menschen verschieden dar, weil jeder seine Aufmerksamkeit auf etwas anderes konzentriert. Bewegungsfreiheit ist die Grundlage dieser neuen Kunst und dieser neuen funktionierenden Gesellschaft mit Menschen, die ohne Anführer und Oberhaupt zusammenleben."

Vorabdruck aus dem Buch "Der Kampf und die Träume - Musik und Veränderung: Von der Widerstandskultur zum Punk, von der Geräuschmusik bis zu Techno" von Wolfgang Sterneck, das im Februar '98 in einer überarbeiteten zweiten Auflage im KomistA-Verlag (c/o Sterneck, Sternstraße 35, D-63450 Hanau) erscheint.

Mensch Waldo Mar

Schade, daß du deine interessanten Gedanken zum Thema Kommune mit deiner Arroganz und Rechthaberei gleich wieder abwertest.

Ich bin selbst durch verschiedene Heilslehren hindurchgegangen, habe meinen Abschied davon während der Arbeit am Kommunebuch nochmal sehr bewußt erlebt. Ich teile deine Wertschätzung der Vernunft, lege aber grossen Wert darauf, sie rational zu handhaben und nicht auch daraus wieder eine Heilslehre - und damit auch eine Waffe gegen Andersdenkende - zu machen.

Sehnsüchte und andere real existierende Gefühle von Menschen anzuerkennen, halte ich für eine sehr rationale Herangehensweise, um vieles vernünftiger als sie zu leugnen und damit potentiell auch den Rechten zu überlassen. Menschen auf Rationalität zu reduzieren ist aus meiner Sicht ein irrationaler, ideologisch motivierter Glaube an das, was du gerne hättest, unter Ausblendung dessen, was ist.

Glücklicherweise haben Menschen diese oder jene Bedürfnisse, Wünsche und Sehnsüchte, ganz unabhängig davon, ob dir das paßt oder nicht. Menschliche Realitäten zu ignorieren oder zu verurteilen verstehe ich als Versuch, sich Macht anzumaßen im Sinne von Definitionsmacht über falsch und richtig. Und wer es schafft, sich auf die richtige Seite zu schlagen wird aufgenommen in die Gemeinschaft der Gralshüter der Heilsehre Rationalismus.

Gemeinschaft oder Gesellschaft: Muß das eine das andere ausschließen? Warum sollte gelebte Gemeinschaft zwischen konkreten Menschen per se undemokratisch sein? Ist nicht gerade die Form der reaktionären, idealisierten (z.B. Volks-) Gemeinschaft möglicherweise Ausdruck nicht lebbarer Wünsche nach Zugehörigkeit und sozialer Heimat? Eine kollektive Ersatzbefriedigung vereinzelt vereinsamter Entwurzelter?

Wenn du statt Gemeinschaft Gesellschaft forderst, geht es wesentlich darum, daß es nichts unhinterfragbar Richtiges oder Falsches geben kann - denn keineR soll je die Macht haben, das zu definieren. Stattdessen geht es um demokratische Spielregeln und Umgangsformen: wie können Menschen darin unterstützt werden, ihre unterschiedlichen Wünsche und Interessen zu formulieren, und in welcher Form wird mit diesen Unterschiedlichkeiten umgegangen, wie werden Entscheidungen getroffen, wie ist der Umgang mit abweichenden Meinungen und Minderheiten?

Das ist genau der Punkt unserer Kontroverse auf der Veranstaltung zum Kommunebuch im El Locco in Berlin: Ein wesentlicher Aspekt von Macht ist die Macht über die Definition von Begriffen. Und es ging an diesem Abend (unter anderem) darum, wer die Macht hat zu definieren, was privat ist und was politisch (oder besser wie Uwe vorschlägt: öffentlich).

Im Sinne einer weitestgehenden Selbstbestimmung von Menschen über ihr eigenes Leben ist es aus meiner Sicht ein Gradmesser von Demokratie, in welchem Maße die Definitionsmacht bei den jeweils Betroffenen liegt.

Zum konkreten Fall: Ich hatte im El Locco u.a. folgende Passage aus dem Kommunebuch vorgelesen:

Ende 1990/Frühjahr-Sommer 1991 haben vier Kommunardinnen ihr Coming-Out in der Kommune. Eine Lesbe schreibt dazu in einem halböffentlichen Text:

"... Wie teile ich es mit? Es kam mir ziemlich albern vor, auf dem Mitteilungsblock zwischen 'Ich fahre morgen eine Woche in Urlaub' und 'Wer hat meine schwarze Jeansjacke gesehen' zu schreiben 'Ich bin seit dann und dann lesbisch'. Also flocht ich es mehr oder weniger geschickt in einen Artikel für verschiedene Kommunen ein. Seither Ruhe? Äußerst wenige KommunardInnen haben mich daraufhin angesprochen."

Eine heterosexuelle Kommunefrau sagt kurz darauf in einer öffentlichen Frauenveranstaltung, auf der die Kommune vorgestellt wird, auf die Frage, warum sie sich nicht auch als Hetero- oder Lesbischlebende vorstellt:

"... Ich habe nicht daran gedacht, für mich ist es keine Thema, und in der Kommune ist es auch keine Thema."

Es ging also keineswegs um die abstrakte Frage, was eigentlich privat ist und was öffentlich, sondern um einen ganz konkreten Fall und um ganz konkrete Fragen. Und aus meiner Sicht haben hier ganz eindeutig die Frauen als Betroffene das Recht zu definieren, ob

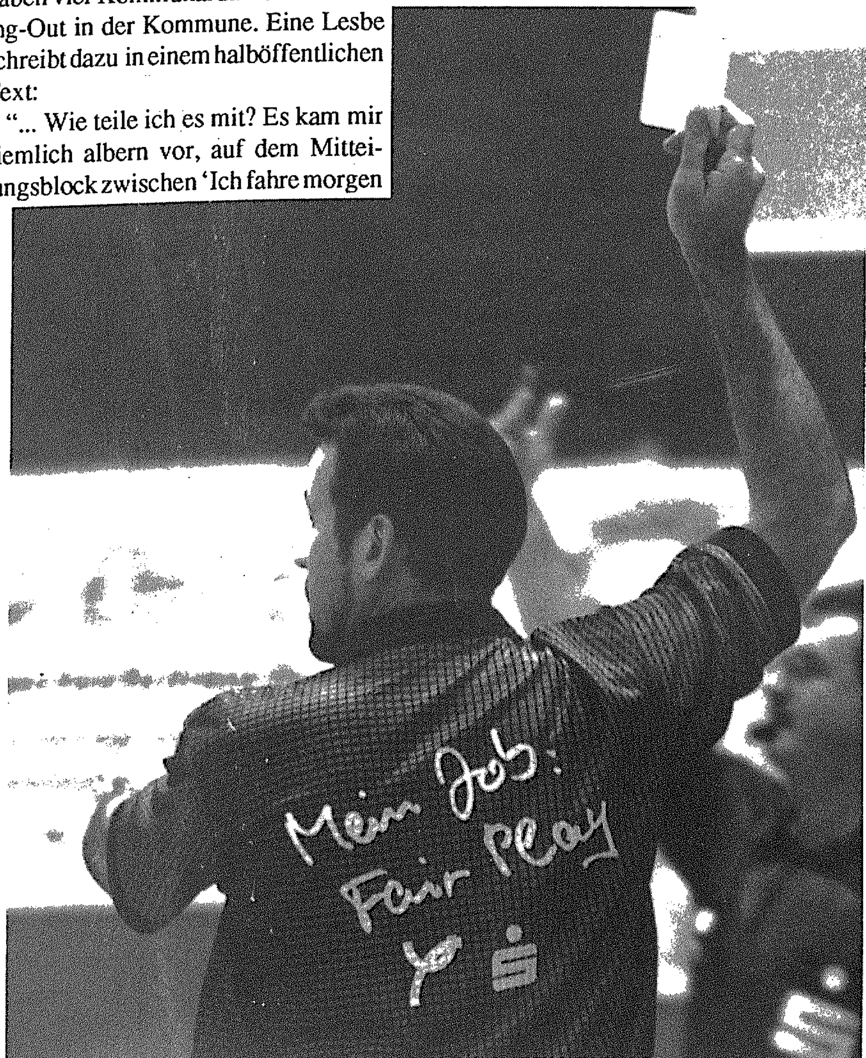


Foto: Sabine Streich

und in welchem Maße sie mit ihrer sexuellen Orientierung privat oder öffentlich umgehen wollen. Sie müssen das Recht auf unhinterfragbare Öffentlichkeit haben, wenn sie das möchten.

Und ich spreche jedem Mann das Recht ab, eine solche Entscheidung einer Frau zur Öffentlichmachung ihrer eigenen sexuellen Orientierung in Frage zu stellen, oder gar an diesem Punkt die Definitionsmacht darüber, ob es sich um eine private oder öffentliche Angelegenheit handelt, an sich zu reissen. Ein solches Anliegen mißachtet aus meiner Sicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau, und stellt einen unzulässigen Übergriff dar - typisch patriarchales Herrschaftsverhalten.

Sicher sollte jedeR das Recht haben, sich z.B. aus Überforderung nicht mit allem beschäftigen zu müssen und sich zu entziehen. Aber stattdessen - wie du im El Locco - mit gequält-genervter Geste zu fordern, dies lästige Thema doch im Privaten zu belassen und darüber zu schweigen, wirkte auf mich nicht wie gesunder Selbstschutz, sondern wie ein Versuch, Definitionsmacht auszuüben.

Und ich stehe dazu, daß ich mich auf dieser öffentlichen Veranstaltung geweigert habe, mit dir darüber zu diskutieren, ob eine Frau das Recht hat ihre sexuelle Orientierung als politisch und öffentlich zu definieren. Denn zu bestimmten Diskussionen mit Männern bin ich nicht mehr bereit. Wenn es einen Skandal gab dann an dem Punkt, wo du als Mann öffentlich eine Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht einer Frau fordertest. Das muß frau nicht infrage stellen lassen, nicht begründen oder gar erbitten, das hat sie.

Elisabeth Voß

Schade um die

Eine Erwiderung auf Waldo Mars Polemik gegen das Kommune-Buch und die's geschrieben haben (SF Nr.61, 2/97) von Jens Kastner/Münster

Vielleicht lohnt es wirklich nicht, auf die wirklich lächerliche These einzugehen, »jeder Versuch auf vermeintliche, auch 'subjektiver Authentizität im Abmühen mit sozialistischer Utopie ' in den aktuellen deutschen Verhält-nissen (tendiere) schlicht nach rechts« (Waldo Mar, SF 2/97, S.38). Aber ich habe mich geärgert. Und ich möchte diesen Ärger äußern, weil mir das ganze Thema doch sehr am Herzen liegt, und auch auf unmittelbar damit verbundenen polititschen Ebene sehr wichtig ist.

Als das KommuneBuch erschien, war ich sehr angetan von Form & Inhalt und habe versucht, einige Anregungen, die ich dadurch bekam, zur Diskussion zu stellen. Meine Rezension erschien leider (aber verständlicherweise) nicht im FADEN, weil sie schon in der GRASWURZELREVOLUTION (Nr.210/ Sommer'96) abgedruckt wurde. Nun gibt es eine Diskussion im FADEN, und mein erster Eindruck war *f*rger: Schade um das gute Buch! Denn es gibt ja kaum einen Ausgangspunkt für linke, linksradikale oder anarchistische Diskussionen, der unfruchbarer wäre als ein Faschismusvorwurf. Wenn der dann auch noch so dürftig begründet wird, wie von Waldo Mar über einen angeblich unreflektierten Begriff wie »'Gemeinschaft' (= faschistische Volksgemeinschaft)«, fragt sich, warum darauf überhaupt eingegangen werden muß. (Meine Bewunderung für Burkhard und Uwe, die sich dabei alle Mühe gaben - eine Mühe, die sich wohl immer lohnt...).

Von der FADEN-Redaktion habe ich dann erfahren, daß hier ein unter Linksradikalen vielgelesener Autor mit einer streitbaren Position der Auseinandersetzung wert sei. Das seh ich zwar anders; weil einerseits das Bild von verkappten Fascho-Grüppchen (die nur noch nicht wissen, das sie welche sind), so überhaupt nicht mit dem übereinstimmt, das ich mir habe machen können (in Lutter, in Niederkaufungen, in Leer, im Buch...) und ich ein politisches Interesse daran habe, daß libertäre Ansätze in libertären Zeitungen besser wegkommen. Und andererseits, weil in Abgrenzung ganz andere Dinge, Gefühle, Beispiele geäußert werden, als ohne einen solchen Vorwurf vor dem Kopf; aber nun ist der Text veröffentlicht.

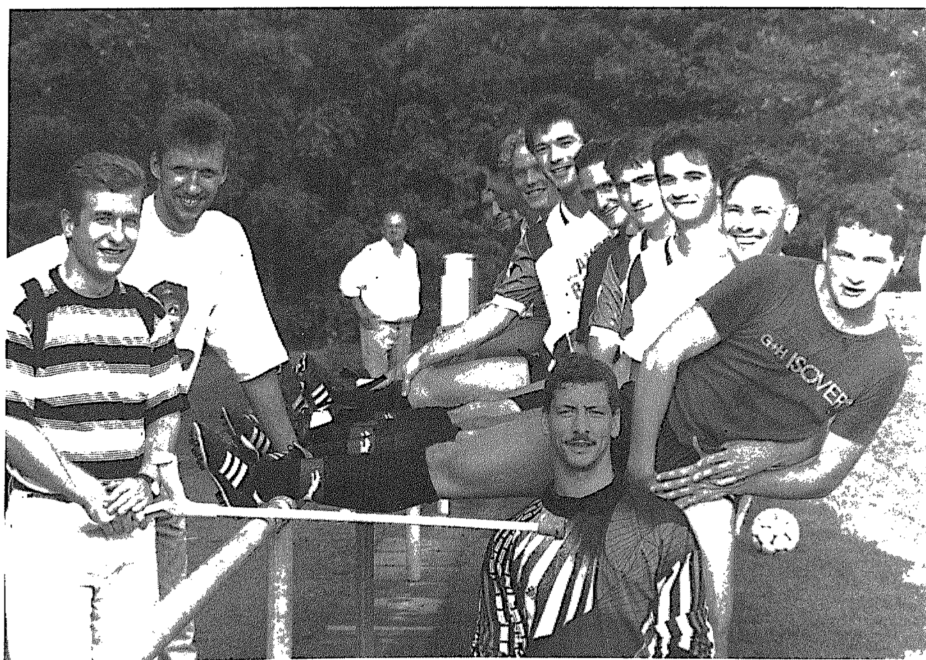
Ich möchte nun nicht die Fragen und Thesen aus meiner Buchbesprechung, also was mir am Buch und an Kommune als solcher wichtig ist, in anderen Worten hier wiederholen. Vielleicht, dachte ich, kann ich mein Angenervt-Sein über diesen Debattenbeginn umlenken in einige grundsätzlichere ‹berlegungen zum Politikverständnis.

»Das Private ist Politisch« -oder etwa nicht?

*Es wird immer wieder unterstellt, das Leben in Gemeinschaften und die Versuche, in diesen Gemeinschaften

andere, hierarchiefreie Kommunikationsstrukturen auszuprobieren und eventuell zu etablieren, habe nichts mit Politik zu tun. Dabei ist »Gemeinschaft« besonders der undogmatisch-marxistisch orientierten Linken ein Dorn in der revolutionären Klarsicht gewesen. Wie Waldo Mar wird der »Gemeinschaft« theoretisch die »Gesellschaft« entgegengestellt. Bei der Analyse führt das nicht selten dazu, Verallgemeinerungen in dem Stil vorzunehmen, alles, was nicht Gesellschaft, also das Ganze ist, unter die Nation-Form zu subsumieren und für schlecht bzw. konterrevolutionär zu halten. Daß es zwischen der Nation und dem Kiez, zwischen Volksgemeinschaft und Kommune noch einige Differenzierungen vorzunehmen gibt, dürfte wohl einleuchten. Damit will ich sagen, daß es fatal ist, es nicht zu tun, denn jeder individuelle Handlungsansatz muß vertagt werden auf die Morgenröte der Revolution und ein »sozialistisches Beginnen« kann per definitionem erst mit dem Bewußtwerden der Klasse durchstarten. Darauf wollten AnarchistInnen und seit 68 auch alle möglichen undogmatischen MarxistInnen und Autonome jedoch nicht warten. Zu recht.

Apropos 68: (hier ein Ausgangspunkt modernen & postmodernen Politikverständnisses von Libertären aller Art) seit der ersten fliegenden Tomate beim 23.Deligiertentreffen des SDS dürfte klar sein, daß »der Weg zur Emanzipation auch schon in der Methode liegt, mit der man sie anstrebt« wie es in der Rede Helke Sanders hieß. Da heißt es außerdem: »Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zuürck in den individuell ausgetragenen Konflikt ihrer Isolation«. Aus der anarchistischen Geschichte läßt selbst von Bakunin herleiten, was Emma Goldman aussprach, das nämlch das Private politisch sei. Marcuse, Dutschke, Vorläufer autonomen Gedankenguts wußten um den subjektiven Faktor, der autonome & anarchistische Politk heute bestimmt: daß Patriarchat ein Herrschaftsverhältnis ist, ist schon zeichenpolitisch nicht zu überlesen (MAN würde sonst nicht HERRschaft beHAUPTen) und die entfremdete Existenz zu überwinden, oder zumindest kritisch zu gestalten (falls es doch kein richtiges Leben im falschen geben sollte), liegt doch in unser aller Interesse. Deshalb handelt es sich beim KommuneBuch auch nicht um ein zufällig veröffentlichtes privates Fotoalbum, sondern um vorsichtig transparent gemachte Prozesse. Wertvolle Bebilderungen von womöglichen Unmöglichkeiten, Erfahrungen von epistemologischer Unausgewertetheit - aber bitte, woher noch Gewißheiten nehmen, ohne zu universalisieren?



Und wo Theweleit schon mal erwähnt ist: »Finger weg von unseren Innereien« - das sei eine Erbschaft des Faschismus und sein aktuelles Wirken. Natürlich ist es ziemlich albern, auf einen Faschismus-Vorwurf mit einem ähnlichen zu reagieren. Nun ist ja Waldo Mars Abneigung gegen Gruppendynamiken aller Art nicht zu überlesen; daß z.B. ein Gruppenkonsens »klebrig«(S.37) ist, hat aber wohl mehr mit den Empfindungen des Autors zu tun als mit seiner rationalen Schärfe. Und daß Männer sich in dieser Gesellschaft oft schwer tun damit, sich zu öffnen, und vor Verbindlichkeiten, die eigene Gefühle/ Bedürfnisse/ Wünsche betreffen, eher flüchten, weiß ich ja aus eigener Erfahrung (-aber auch, um den Ansprüchen zu genügen, aus meiner Feminismuslektüre). Emanzipation ohne Angriff auf Männlichkeit(en) ist für mich nicht vorstellbar. Und wo sollte der stattfinden, wenn nicht (zumindest auch) in Gruppen, in denen auch der Alltag stattfindet?

Wie sehr oder ob überhaupt gemeinschaftliches Leben individuelle Entfaltung hemmt, ist eine ganz andere Frage und setzt (auch: zumindest) die Unterscheidung von »Wohngemeinschaft« und »Kommune« voraus. Wenn ich mir erstmal eingestanden habe, das ich zerknittert bin und welche inneren & äußeren Falten meine Zurichtung hinterlassen hat, ist es halt eine Möglichkeit, sich für Entfaltung in der Gruppe zu entscheiden. (Mir jedenfalls wären einige wichtige Erfahrungen entgangen, wenn ich über Nähe, Distanz und Abgrenzung nur gelesen hätte). Eine Polemik gegen alternative Gemeinschaften wirft zum einen die (bereits gestellte) Frage auf, wie lebst Du denn? und zum anderen, was stellst Du Dir denn vor, wie mit diesem politischen Anspruch umzugehen ist? Immerhin geht es ja um hierarchische Verhältnisse und da kann ja keiner daherkommen und sagen hab ich nix mit zu tun.

Was am Selbsthilfe-Konzept der RT (Radikale Therapie) ist denn so schlimm? Wo genau sind Tendenzen, die Kommunen eventuell zu Sekten werden lassen? Welche Möglichkeiten gibt es, das Politische der Subkultur (wieder) vermittelbar zu machen? Wie kann es zu einer engeren Vernetzung der szenischen Rudimente aus Autonomen, AnarchistInnen, KommunardInnen kommen? Warum finde ich mein Glück nicht (mehr) in Großgruppen? Welche Ansprüche stressen mich wie?, es gibt tausend Fragen, die von diesem Buch ausgehen. Nur dieser bescheuerte FaschismusVorwurf nicht! (Auch nicht wenn ihn Geronimo wirft!).

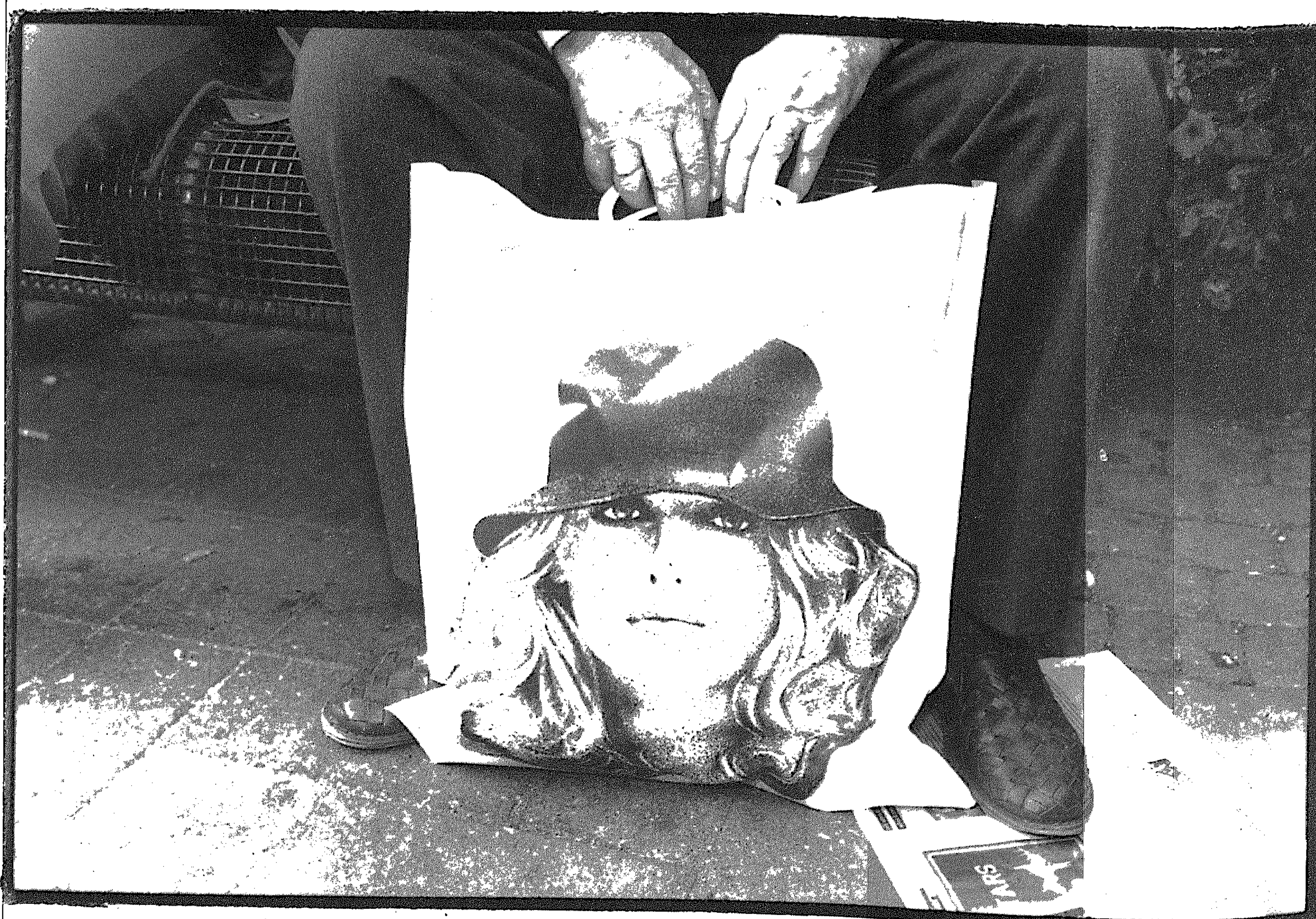
schöne Debatte!

Foto: Sabine Streich

"Vor so einem muß man sich unbedingt in Acht nehmen!"[1]

Männerkritische[2] Anmerkungen zu Geronimos "Glut & Asche"

von Schwarze Feder



"Diese Schrift soll das 'Politische' gegen als 'politisch' maskierte, rassistische, therapeutische, juristische, moralische und auch terroristische Diskurse verteidigen. Dabei werde ich die von 68 ausgehende Entgrenzung des Politischen reflektieren und zum Teil argumentativ zurechtrücken." (Geronimo, 1997 Glut&Asche, S.29)

"Man ist sich aber einig, daß nur eine Zurücknahme der 68 in Bewegung gesetzten Entwicklungen eine Rückkehr zur "Normalität" ermöglicht." (Diedrich Diedrichsen 1996 über die Anti-PC-Liga Politische Korrekturen, S.43)

Geronimo hat mit "Glut und Asche" den dritten Band zur Geschichte und Politik der "autonomen Bewegung" vorgelegt. "Herzstück" dieses Bandes ist das Kapitel "Autonomie-Kongreß und Eigensinn". Hatte er noch in "Feuer und Flamme" (1990) einen selbst-bewußten, unsicheren, vorsichtigen Umgang mit feministischer Theorie und Praxis, bemäkelt er in seinem neuen Buch selbst-sicher aus einer männlich-verletzten Opferhaltung das "Zuweitgehen" bestimmter Feministinnen und deren männlichen "Trittbrettfahrern".

Den Autonomie-Kongreß beschreibt

Fotos: Herby Sachs/Version

er anfangs mit einer arroganten "Berlin = Nabel-der-Welt"-Sichtweise (wenn wir in Kreuzberg Probleme mit der 1.Mai-Demo haben, hat die autonome Szene einen bundesweiten Kongreß nötig), um im weiteren den Autonomie-Kongreß nur noch aus dem Blickwinkel seiner Verletzung zu schildern. Als Geronimo auf dem Abschluß-Plenum ein Statement gegen "Benimmregeln" halten wollte, wurde ihm von einer Frau das Mikrofon entwendet. Klar verletzt das, aber Geronimo ist in seinem neuen Buch auch nicht gerade zimperlich:

- Politische Kommunen sind für ihn nicht mehr auf der Höhe der Zeit und mit ihrem "regressiven Gemeinschaftsverständnis" sogar eine Gefahr für den emanzipatorischen Prozeß (S.223f.);

- er findet es "bemerkenswert", daß auf dem Autonomie-Kongreß eine AG "Männer-Radikale-Therapie" stattfinden durfte (S.242), die dann auch noch "zumeist diletttantisch" betrieben wird (S.182);

- er konstatiert einen "Bankrott der feministischen Kritik", weil die Frauen unfähig waren, das "gesamte Männergruppen-Mann-Konzept" zu stoppen: "die vermeintlichen Bundesgenossen der mit guten Absichten maskierten Männergruppen-Männer sind ein Bumerang im antipatriarchalen Kampf..."; (S.163f)

- das gleiche gilt auch für Frauengruppen, die sich aus politischen Gründen zusammenfinden, welche über eine "absolut vorübergehende Notwehrorganisierung" hinausgehen (S.164.).

Diese Zitate ließen sich seitenweise ergänzen.

Ich werde mich in diesem Artikel nicht allein mit den Inhalten von "Glut&Asche" auseinandersetzen, sondern versuche auch Geronimos Anti-Feminismus als gesellschaftliches Phänomen der späten 90er Jahre zu verorten. Damit meine ich nicht, daß autonome / anarchistische Männer heute sexistischer sind als vor 5 oder 10 Jahren. Der Unterschied ist, daß heute anarchistische / autonome Männer auf den antifeministischen Backlash im allgemeinen und auf die Wild-men-Bewegung und die Anti-PC-Liga im besonderen zurückgreifen können. Die hegemoniale Männlichkeit ist in Bewegung geraten, sie modernisiert sich mit einem scheinbar anti-totalitären Anti-Korrektheits-Panzer. Sie konstruiert dabei einen neuen Popanz: der oder die machtgierige, doppelmoralisierende SpießerIn. Es sind jedoch weniger die wenig überzeugenden oder gar neuen Argumente, als vielmehr die Selbstsicherheit, mit der sich Geronimo & Co. breitbeinig postieren und befehlen, daß jetzt Schluß ist mit "privat ist politisch".

Geronimo und die Geschichte der Autonomen

"Zur Technik der Macht gehört (...) auch die Dethematisierung von Fragen und Konfliktlinien..." Geronimo, Glut&Asche, S.162

Bekanntgeworden ist Geronimo durch das 1990 herausgekommene Buch "Feuer & Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen". Er schrieb damals selbstkritisch: "Wieso erfolgt die Geschichtsschreibung über die Autonomen nicht gleich konsequent und vollständig von einem antipatriarchalischen Standpunkt aus? Das würde z.B. bedeuten, so gut wie alle für den Text benutzten Quellen in jeder Faser als zutiefst patriarchalisch anzusehen... Inmitten von hilflosen Versuchen sich einer Auseinandersetzung stellen zu wollen, die Männer radikal in Frage stellt und trotzdem notwendig ist ... bleibt die klammheimliche Verärgerung darüber, daß sich dieses Kapitel (über die autonome Frauenbewegung) nicht in den Griff bekommen läßt."(F&F, S.156f.)

Es ist zwar möglich, die Geschichte einer bestimmten Bewegung zu schreiben, doch sollte klar sein, daß diese Darstellung nur ein Ausschnitt ist, in der geschichtlichen Abstraktion abgeschnitten von anderen Bewegungen, die unmittelbar mit dieser verheddert sind: Frauen-, Lesben-, Schwulenbewegung und auch die Männergruppenszene. Dies schien Geronimo in F&F noch bewußt zu sein: Der antipatriarchale "...Anspruch gilt natürlich auch für den gesamten Text dieses Buches, der in keinster Weise antipatriachal durchdacht, entwickelt und formuliert worden ist."(F&F,203) Und er gibt zu: "In der Frage des Patriarchats ist der Autor an die Grenzen seiner eigenen Erkenntnisfähigkeit gelangt." (F&F,202) In den letzten sieben Jahren hätte er versuchen können seine Erkenntnisfähigkeit zu erweitern, das Buch nocheinmal durchzusehen mit antipatriarchalem Blick. Z.B. hätte Geronimo dann erkennen können, daß in den 70ern bei den Spontis die "Betroffenheitsideologie verbunden mit Tendenzen zu einer neuer Innerlichkeit", welche zu "resignativen Rückzügen in Wohngemeinschaften" und Therapiegruppen führte, auch der Ort in der BRD war, wo die Schwulen- und die Männerbewegung entstand. Was dann natürlich sofort die Fragen aufwerfen würde:

* Was ist passiert, wieso haben sich diese Bewegungen soweit auseinander-

entwickelt,

* wie wurde die autonome Szene von feministischen Diskussionen und Kampagnen beeinflußt, was wurde aufgenommen, was nicht;

* weshalb taucht das Wort Anarchismus z.B. nicht im 500seitigen "Handbuch Männerarbeit" auf, wo diese doch in der BRD zuerst von Spontis und Graswurzlern praktiziert wurde?

Gleichzeitig würde ein antipatriarchaler Blick die Differenzen zwischen den herrschaftsfeindlichen Gruppen auf ein Minimum reduzieren und die Gemeinsamkeit der Auseinandersetzung mit Sexismus hervorheben. Wer heute noch großartig zwischen AnarchistInnen, Autonomen und GraswurzlerInnen differenziert macht vor allem eins: Dethematisierung der tatsächlichen patriarchalen Widersprüche. Geronimo scheint seine geschichtliche Konstruktion nicht mehr materialistisch als zu überarbeitende Ausgangsthese zu sehen, sondern inzwischen idealisierend an eine eigenständige, sich aus sich selbst zeugenden autonomen Szene zu glauben.

In "Glut & Asche" betreibt Geronimo Verschleierung. Nur einmal werden die "Libertären Tage 93" erwähnt. Ich hatte den Eindruck, daß für die meisten Anwesenden 93 in Frankfurt diese Trennung zwischen Autonomen und AnarchistInnen nicht nachvollziehbar war und eher als berliner oder frankfurter Szeneknatsch begriffen wurde. Für ProvinzrevolutionärInnen wie mich kann es solche Berührungsängste nicht geben, das wäre Metropolenluxus. Konflikte ergeben sich früh genug und die verliefen bisher - zumindest hier in der Provinz - immer zwischen feministischen und antifeministischen Positionen. So war dann auch klar, daß der große Knatsch während der Libertären Tage Sexismus zum Inhalt hatte. Ich habe die Libertären Tage mit dem Gefühl verlassen, daß auf absehbare Zeit, solange zumindest wir "herrschaftskritischen" Männer keinen erträglicheren Umgang mit Sexismus finden, kein gemischter (d.h. mit Frauen und Männern) Kongreß mehr möglich sein kann.

Dethematisierung von Sexismus

Der Geschichtsschreiber Geronimo erwähnt mit keinem Wort, daß es Interviews mit FrauenLesben in Gießen, Hamburg und Freiburg zum Thema "Sexualität und Herrschaft" gegeben hat. Die Veröffentlichungen der Erfahrungen von FrauenLesben mit Männern im Bett und in der Beziehung haben quer durch die BRD für Verunsicherungen unter Männern geführt. Spätestens nach dem Autonomie-Kongreß war davon allerdings nichts mehr zu spüren. Bei Geronimo schon gar nicht:

Vergewaltigungen in der Szene? Naja, es gab da mal eine "Reihe von Vergewaltigungsskandalen", "öffentlich behauptete Verbrechen" (S.157), damals in den 80ern. "Faschisten im Bett?", ja, damals in den 70ern vielleicht - und in Italien, nicht hier...

Ebenfalls unerwähnt bleibt der "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kongreß Januar 94 in Berlin und überhaupt der gesamte Backlash im Bereich der Ächtung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Unterstüzung für Überlebende (Wiglaf Droste, Mariam Niroumand (taz), ZEGG-Dsikussion). Vom Backlash in einem anderen Bereich, dem der "Männerbewegung" scheint Geronimo schon mal etwas gehört zu haben: völlig





verquer wirft er den Männergruppen vor, daß sie sich ausschließlich aus "biologischen Männern" zusammensetzen (S.158). Deshalb ist angeblich die antifeministische "Wild men"-Bewegung entstanden (S.240). Nur in diesem Zusammenhang erwähnt er den Maskulinisten John Bellicchi: kein Wort davon, wer die Bellicchi-Veranstaltungen verhindert hat und auch ein Zusammenhang zwischen Bellicchi, ZEGG und der gesamten Anti-PC-Liga wird dethematisiert.

Auf die "Sexualitäts-Debatte", ausgelöst durch eine "Arranca-Sondernummer", und die Diskussionen über diese Debatte wird mit keinem Wort hingewiesen.

Geronimo geht auf Diskussionen um Sexismus und Patriarchat in der autonomen Szene sehr abstrakt ein; dabei bedient er sich aus dem Wortschatz des "dekonstruktiven Feminismus": er sieht sich selbst als "gesellschaftlich konstruierten Mann" und warnt vor einer Re-Biologisierung der Geschlechter. Daß dies bei ihm mehr als Phrasen sind, die er irgendwo aufgeschnappt hat, kann ich kaum glauben: Denn Geronimo warnt nur taktisch vor Biologisierung, tatsächlich gibt es in seiner Utopie noch Frauen und Männer in gegenseitiger Abhängigkeit: in einer befreiten Gesellschaft sollen "weder die Frauen von den Männern noch die Männer von Frauen" verlassen sein (S.168). Der Unterschied zwischen Frauen und Männern soll in Geronimos Utopie also derart fortbestehen, daß sie sich unterschiedliches zu geben haben. Meinetwegen kann Geronimo an diese romantische Idee festhalten, aber er soll dann aufhören uns "Männergruppen-Männern" Re-biologisierung vorzuwerfen (als wären wir außerhalb der Männergruppen schon "ent-biologisiert" oder irgendwie anders keine Männer, potentielle Vergewaltiger mehr).

In diesem Zusammenhang finde ich die von Geronimo vorgeschlagene Ersetzung anti-sexistischer Theorie und Praxis durch "Liebe" gruselig.

Zum Poltikverständnis Geronimos

Verschiedene Lesarten des Satzes "Das Private ist politisch!"

"Ich habe zu viele Tragödien in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern erlebt, zu viele gebrochene Körper und verkrüppelte Seelen gesehen, die auf die sexuelle Versklavung der Frau zurückzuführen sind, als das ich in diesem Punkt meine tiefe Empörung über das Verhalten der meisten von Euch Herren unterdrücken könnte." (Emma Goldman an Max Nettlau, 8.2.1935)

"Bei allen Erscheinungsformen von Anti-PC scheint es ... darum zu gehen, Öffentlichkeit zurückzudrängen, Privatisierungen in jedem Sinne zu unterstützen. Von Kampf gegen die öffentliche Förderung von Kunst und Gesiteswissenschaften in den USA bis zu den bekannten Klagen des Zuweitgehens von Feministinnen beim Regelnwollen

des doch Privaten (Sex und Mißbrauch)..." (Diedrich Diedrichsen, 1996 Politische Korrekturen, S.17)

Unter dem Kapitel "Ist das Private immer noch politisch?" überprüft Geronimo die Aktualität dieses Satzes aus der Frauenbewegung. Er stellt fest, daß der Satz unterschiedlich interpretierbar sei. Es handele sich bei diesem Satz nicht nur um eine Kritik an bisherige Formen der Politik, sondern auch um eine Ausweitung des Politischen selbst auf das, was bisher als Privat galt. Diese Parole wurde von Frauen gegen die ausschließlich von Männern gemachte Politik aufgestellt, in der Fragen nach Kindererziehung und Kinderläden keine Rolle spielen. Mitsamt diesen Fragen waren die Frauen in die Privatheit abgedrängt.(G&A, S.178) Doch schon die Aufteilung der unbezahlten Repro-Arbeit bzw. die Abwälzung dieser Arbeit auf die Frauen und ihr damit einhergehender Ausschluß aus dem öffentlichen Raum sei politisch. (S.179) Daraus schließt dann Geronimo: "Insofern stritt diese Parole zu jenem Zeitpunkt nicht unbedingt für einen politischen Zugriff auf die Intimssphäre". (S.179)

Nachdem Geronimo so lediglich das Politische auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erweitert sehen will, widmet er sich einer weiteren Interpretation des Satzes: "Schließlich enthält der "das Private ist politisch"-Gedanke die faszinierende Vision einer revolutionären Einheit von Leben, Politik, Theorie, Kultur, Alltag und Handeln-Können."(S.179) Diese Idee umschreibt er mit "Glaubwürdigkeit". Doch als "eine kritisch verstandene "politische Kategorie" ist dieser Begriff völlig untauglich" (S.180) Ein bißchen Übereinstimmung zwischen Anspruch und Alltag ist für ihn noch o.k., aber bei einer Überinterpretation sieht er "totalitäre Tendenzen" (S.180) Seine subjektive Betrachtungsweise ist die, daß die Parole "...im Verlauf der 80er Jahre von "Linken" und Feministinnen in einer Weise interpretiert wurde, in der die Praxis eines dauernden Kontrollblicks auf individuell privates Verhalten organisiert werden konnte." Danach folgt auf Seite181 der Abschied von "Das Private ist politisch", die Forderung, nein der Befehl, nicht öffentlich Sexualität zu thematisieren und die Warnung "vor so einem" (!), der das Private öffentlich machen will.

Geronimos Reduktion des Politischen auf Kitas und Vokäs ist absurd. Die Bewegungsfreiheit von Frauen wird nicht nur durch zugeschriebene Verantwortung für Kinder und Hausarbeit eingeschränkt. Susan Brownmiller und Andrea Dworkin haben den politischen Charakter von Vergewaltigung und Pornographie herausgearbeitet. Der Satz "Das Private ist politisch!" wurde an einem Punkt präzisiert: "Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger!"

Foucault hat herausgearbeitet, daß es keine natürliche, d.h. unpolitische Sexualität gibt. Die "FrauenLesben-Interviews zu Sexualität und Herrschaft" haben das noch einmal deutlich gemacht. Genau wie die Toleranz ist auch die Privatisierung ein Privileg der HERRschenden: Von einer Freundin, die gerade eine Diplomarbeit zu Emma Goldmann schreibt, habe ich das obige Zitat übernommen, welches zeigt, daß die Depolitisierung der Sexualität zum Programm vieler "herrschaftskritischer" Männer gehörte und immer noch gehört.

Geronimo macht sich zum intellektuellen Kämpfer der Anti-PC-Liga in der autonomen Szene. Seine Sprache auf Seite 181 ist paranoid: er erteilt Befehle und warnt uns (und unsere heile Privatwelt) "vor so einem" , vor dem anderen... Und was macht man mit "so einem", der unsere Befehle nicht hören will? "So einer" wird schon merken, was es heißt, unsere Männlichkeit anzugreifen ...?

"Gewalt und Herrschaft gegenüber Frauen angehen!"[3]

Geronimos Ignoranz gegenüber AnarchistInnen / GraswurzlerInnen und Horst Stowassers ("Freiheit pur") populistische Abwertung der Autonomen als unverständliche SektiererInnen erzeugt in mir das Bild von zwei vordergründig verfeindeten Generälen, die das gleiche Ziel verfolgen: durch Aufwertung der Unterschiedlichkeit der verschiedenen herrschaftsfeindlichen Szenen deren gemeinsame, in den Szenen verlaufende Konfliktlinie, nämlich Sexismus, zu dethematisieren. Die letzten 15 Jahre haben sehr deutlich gemacht, daß herrschaftsfeindliche Gruppen sich als autonome, anarchistische oder gewaltfreie gründen, aber sich ganz anders formiert, nämlich anhand der Konfliktlinie "Umgang mit Sexismus", spalten.

Daß sowohl bei den "Libertären Tagen 93" als auch beim "Autonomie-Kongreß 95" die Patriarchats-Debatte - ungeplant - im Mittelpunkt stand, war abzusehen. Da der Autonomie-Kongreß sich aber nicht als Fortsetzung der Libertären Tage sehen durfte, durften auch die hier gemachten Erfahrungen mit Sexismus nicht offiziell genutzt werden. Spannend ist die Frage, ob auch der Graswurzel-Kongreß im Oktober 97 die Sexismus-Diskussionen (z.B. ums Männer-Café und Männerschutzräume) während des Autonomie-Kongresses nicht sehen darf.

Die Gewalt-Diskussionen zwischen GraswurzlerInnen und Autonomen nach dem Castor-Transport im Frühjahr 97 sind ein weiteres Beispiel für die Dethematisierung von Sexismus. Zur Vergewaltigung im Wendland während der Castor-Blockade 97 stellt die Graswurzel-Revolution fest: "Die allgemeine Nichtauseinandersetzung dokumentiert sich quer und unterschiedslos sowohl im gewaltfreien wie im autonomen Spektrum. Nahezu alle 'Erlebnisberichte' und Erzählungen von den Aktionstagen sparen die Vergewaltigung aus. Die nachfolgende Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung hatte zwar eine Arbeitsgruppe zur Gewaltfrage, nicht aber zur Vergewaltigung und Sexismus." (Vergewaltigung und Anti-Castor-Bewegung, gwr Sept. 97). Es ist beschämend, wieviel Raum jenem "Gewaltfrage"-Konflikt in der "gwr" und der "interim" aber auch in den Anti-AKW-Zeitungen gegeben wird: die Erklärung von Trebel verkommt so zu einer Gedenkminute.

"Für jeden Mann muß es selbstverständlich sein, seine Rolle gegenüber Frauen im Alltag zu hinterfragen und öffentlich zu diskutieren... es dürfen die alltäglichen Männerschweinereien nicht sorgsam ausgeblendet werden..." *(Geronimo, 1990 Feuer und Flamme, S.203)*

Anm.:

1) Geronimo, Glut & Asche, S.181
2) Den Artikel habe ich aus einer männerkritischen Perspektive geschrieben, nicht aus feministischer Sicht. Auch wenn ich (als Mann) versuche profeministisch männerkritisch zu sein und dem gerecht werden sollte, bleibt das Problem, daß Männer im Mittelpunkt stehen. Spätestens im autonomen/anarchisitschen Alltag zeigt sich, daß Männerkritik antifeministisch sein kann, wenn nach Vergewaltigungen in der Szene nicht die Unterstützung der Frau, die die Vergewaltigung benannt hat, im Mittelpunkt steht, sondern die "Umgang mit dem Vergewaltiger"-Diskussion.
3) Aus der "Erklärung von Trebel" vom 12.4.97, dem bundesweiten Anti-Castor-Delegiertentreffen zum Selbstmord einer Frau, die während der Aktionstage NIX3 vergewaltigt worden ist.

Geronimo, Glut & Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung Juni 1997, Unrast-Verlag Münster, 24,80 DM

Living in a hell or stranger's paradise

(Eine Art Antwort auf Thomas Wagner: Von der Suche nach der Anarchie, SF-60)



von Egon Günther

Oh why was I born with a different face
why was I not born like the rest of my race ...
William Blake

Die Hölle - das sind immer die anderen.
Jean-Paul Sartre

Louis-Armand de Lahontan legt in den Dialogues curieux seiner *"Nouveaux Voyages dans l'Amerique Septentrionale"* dem weitgereisten Huronenhäuptling Adario folgende sozialkritische Worte in den Mund:

"Von euren Gesetzen werde ich nie eine gute Meinung haben, es sei denn, sie verringern endlich die Steuern und Abgaben, die zu entrichten man das arme Volk zwingt, während die Reichen jeden Standes im Verhältnis zu ihrem Vermögen so gut wie nichts zu zahlen haben. (...) Dann erst kann ich wirklich hoffen, daß ihr eure Reform allmählich zu einem Ende bringen werdet, daß die Vermögensunterschiede nach und nach geringer werden, und daß ihr endlich dem Eigennutz abschwören werdet, der Ursache all der Mißstände, unter denen Europa leidet. Sobald ihr dies erreicht habt, wird es weder mehr ein Mein noch ein Dein geben, das euch stören kann, sondern ihr werdet ebenso glücklich leben wie die Huronen."

Der Blick auf die vernunftwidrigen, unglücklichen, elenden und geknechteten Umstände zuhause bedient sich - ein in der utopischen Literatur häufig angewandter Trick -, fremder Augen. Von Montaigne über Hans Paasches Lukanga Mukara bis zum Indianer Nobody, Xèbèchè, in *Dead Man*, dem Streifen von Jim Jarmusch, halten wir uns zuweilen zivilisationskritisch aus der Perspektive vorgestellter, idealisierter Autochthonen den Spiegel vor. Der Chance, ihre Gesellschaftskritik auf die Grundlage eines in Raum und Zeit verortbaren, nichtimaginären sozialen Organisationsmodells zu stellen und dessen Protagonisten als Zeugen gegen die Verwerflichkeit und die Absurdität zwangsverfaßter westlicher Ordnung auftreten zu lassen, konnten und können, als widerspenstige Kinder ihrer Zeit, auch die Anarchisten nicht entsagen. Ist deren Weltanschauung immerhin ins äußerste gehendes Produkt aufklärerischen Geschichtsumschwungs im Verlauf der Säkularisation und somit Reflex einer bestimmten Kultur, der weißen europäischen, so verlangt doch der in ihr enthaltene Universalismus Beweise für die Möglichkeit der Existenz nicht-hierarchischer Gemeinschaften zu jeder beliebigen Zeit und auch an jedem Ort. Die Suche nach den Prinzipien einer ursprünglichen Anarchie, nach Belegen für ein "Goldenes Zeitalter", sollte, immer komplementär zu den aktuellen Erfordernissen der Auseinandersetzung mit dem staatlich organisierten Zwangsapparat der Moderne, den Glauben an die generelle Möglichkeit einer gegenüber der vorgefundenen in allen Wesenszügen völlig anderen, ungezwungenen Art des Zusammenlebens bestärken helfen. Eine der letzten anthropologischen Tröstungen für Anarchisten, die für ihren Antagonismus gegenüber dem Bestehenden über keine aus dem System heraus sich windende Entwicklungslogik, ähnlich der marxistischen Dialektik, verfügen wollen oder können, sind die Schlußfolgerungen, die der 1977 mit 43 Jahren verstorbene französische Anthropologe Pierre Clastres, ein Schüler von Levi-Strauss, aus seinen

Foto: Erwin Bittner

Feldforschungen in Brasilien und Paraguay gezogen hat. Seine indigenen Gesellschaften kommen scheinbar nicht nur ohne die Anwesenheit staatlicher Organisation aus, eine Beobachtung, die seit Beginn der Ethnographie von fast allen Reiseschriftstellern und auch von den zuhause im armchair gebliebenen Chronisten geteilt wird, sondern sind geradezu *"Gesellschaften gegen den Staat"*, weil sie in ihrem Aufbau und in ihrer demographischen Steuerung Mechanismen verfeinert haben, die ein Aufkommen von einem derartigen Herrschaftsverhältnis gar nicht erst zulassen sollen. Folglich bekämpfen sie bereits am Anfang einer gedachten Entwicklungslinie, sozusagen am anderen Ende der Geschichte, oder richtiger, außerhalb der Geschichte, *"am Anfang der Welt"*, ein erahntes Übel, dessen ungehindert zur Blüte gekommene Auswirkungen die Anarchisten und mit ihnen die gesamte Menschheit an ihrem sich nun immer weiter in die Zukunft hinausverlagernden Ende der Linie, *"im Greisenalter der Welt"* (Diderot) gegenüberstehen.

Der Wilde und der Anarchist, als Staatsfeinde quasi natürliche Verbündete. Als analoge Interpretation ein zu schönes Bild ... Immerhin kämpfen bekanntlich die Anarchisten, obwohl sie im Unterschied zu den sogenannten Primitiven ihren Platz durchaus in der Geschichte haben, gleichwohl gegen die Geschichte (das stellen jedenfalls so die Anarchisten Nico Berti und Octavio Alberola fest). Eine anarchistische Rekuperation der "wilden Zivilgesellschaft" würde allerdings Differenzen leugnen, zum Beispiel, als deren nicht geringste, jene kriegerische Ausrichtung, die von Clastres in seiner *"Archäologie der Gewalt"* behauptet wird. Auch wäre es ein Irrtum, anzunehmen, die primitiven Gesellschaften würden keinen sozialpsychologischen, auf irgendeine Weise kodierten Zwang kennen, der die menschlichen Bedürfnisse den Interessen der Gemeinschaft unterordnet. Die raffinierten sittlichen Kontroll- und Eingliederungsmechanismen der jeweiligen Stammesgesellschaften und kultureller Ordnungen im allgemeinen sind wahrscheinlich so vielfältig und zahlreich und den besonderen Umständen ihrer Vergesellschaftung angepaßt wie es der sehr breit angelegte Fächer menschlichen Erfindungsreichtums nur zulassen kann - praktisch wären ihnen also kaum Grenzen gesetzt. Bei Clastres geht es aber nicht um den Zwang eines wie auch immer gearteten moralischen Verhaltens, sondern um die relativ autonome politische Dimension der innergesellschaftlichen Entstehung von Herrschaft als katastrophal begriffener kultureller Wandel im Gefüge einer Gemeinschaft. Auch die marxistische, die biologistische und die naturrechtliche Schule erklären die Genese der politischen Autorität aus dem Inneren der Gesellschaft, aus der Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen, während andere Machtphilosophien (Oppenheimer) beispielsweise zu dem Schluß kamen, daß die Herrschaft ein der Gemeinschaft Äußeres, ja geradezu gesellschaftliche Kommunikation in einer bloßen hierarchischen Aneignung Negierendes ist, also eine soziale Usurpation.

Die Theorie, daß der Ursprung des Staates in der Eroberung liegt, wird u.a. auch von vielen Kosmologien unterstützt . Marshall Sahlins führt dazu in seinen *Inseln der Geschichte* einige Beispiele aus Polynesien und den Fidschi-Inseln an. Bei Clastres kommt nun, quasi als Synthese beider Optionen, noch vor der schematischen Klassenbildung, welche die Gesellschaft teilt, als innergesellschaftliche Unterwerfung, also nicht von außen kommend, zuerst die Scheidung oder die ursprüngliche Dichotomie in Befehl und Gehorsam als die politische Voraussetzung für die Entstehung des Staates, und erst danach erfolgt die daraus resultierende ökonomische Klassenteilung. Genau diese chronologische Auffassung unterscheidet ihn sowohl von der marxistischen Ethnologie wie von der Eroberungstheorie, enthält aber die wesentlichen Elemente beider, nur eben in einer anderen Wertung und Reihenfolge. Daß sich nun die im südamerikanischen Tiefland von ihm untersuchten Stammesgesellschaften gegen die drohende Katastrophe ihrer Usurpation und somit Negation als egalitäre Gemeinschaften, gleichsam von einer Ahnung von etwas bedrängt, das sie dem Anschein nach noch gar nicht kennengelernt haben, also praktisch schon im voraus gegen den Staat verteidigt hätten, mag eine umstrittene These sein. Es mag sich dabei sogar um eine im polemischen Streit um die eigengesellschaftliche kritische Position gegen andere evolutionäre Thesen, insbesondere die orthodox marxistischen, angeführte Rechtfertigung handeln. Wie oft wurden schon Studien und Erfahrungen im Kontakt mit den primitiven Gesellschaften dazu benutzt, ideologische Auseinandersetzungen zu munitionieren und die eigenen Auffassungen im Streit um das wünschenswerte Gesellschaftsmodell zu stärken? Deshalb muß man vielleicht fragen, von welchem Interesse Clastres sich leiten ließ.

Gewiß verfügte er in ausgeprägter Weise über einen doppelten Blick, der es ihm erlaubte, beide Seiten erhellen: die Seite der indigenen, noch nicht aus der Geschichte herausgetretenen Gruppen, in denen sich an irgendeinem Zeitpunkt, das Problem stellt, daß jemand auftritt, der den anderen die Machtfrage stellt, sowie die Seite der sogenannten entwickelten Gesellschaften, in denen sich seit den Zeiten der Aufklärung Philosophen wie Jean-Jacques Rousseau in seinem *Gesellschaftsvertrag* oder Etienne de la Boétie in seinem *Diskurs über die freiwillige Knechtschaft* die fundamentale Frage stellen, weshalb sich angesichts der Stärke und numerischen Überlegenheit ihrer Basis jemals Gesellschaften in der Form einer Pyramide organisieren konnten?

Tatsächlich spricht Clastres, indem er die Analyse de la Boéties aufnimmt, der wahrscheinlich seinerseits von den Nachrichten über freie und egalitäre Menschen in der eben entdeckten Neuen Welt zu seinem Diskurs angeregt worden ist, eine unumwundene Sprache, der sich auch die untergründige Sehnsucht aller bisherigen revolutionären Bewegungen gegen Knechtschaft bedient hat: die Sprache der Florentiner Wollweber, der englischen True Levellers usw. Der Rekurs auf dieses Denken richtet sich explizit gegen die lineare Geschichtsauffassung der Marxisten und will, anhand der aus eigener Anschauung bei den primitiven Gesellschaften gewonnenen Einsichten über die Verhinderung einer sich gegen die Gemeinschaft konstituierenden getrennten Macht, zur Erkenntnis kommen, daß die Bedingungen für Freiheit immer und genauso plötzlich gegeben sind wie sich ebenso unversehens die katastrophale Usurpation der Autorität ereignen kann. Die Frage nach dem Ursprung der politischen Macht und damit nach ihrer Legitimität stellt sich für Clastres zwar am Beispiel der aus unserem Blickwinkel sich archaisch darstellenden Gesellschaften. Doch ihre Beantwortung hat zwingend universelle Auswirkungen. Das Kuriose an diesem somit eigentlich auf die expansive Gesellschaft des kapitalistischen Weltsystems gerichteten Blick, das Bedenkenswerte an dieser Analyse ist, daß sie sich des Anderen als Vorläufer eines gegen den Staat gerichteten Antagonismus gerade in der Figur des Primitiven notgedrungen als eines Untersuchungsgegenstands bedienen muß, einer verdinglichten Figur, die allerdings eben dieser kapitalistischen Expansion ausgesetzt, längst am Verschwinden ist, sodaß man von den primitiven Gesellschaften korrekterweise nur noch in der Vergangenheitsform sprechen kann.

Die radikalen Veränderungen, denen sie durch den aufgezwungenen Kontakt ausgesetzt waren und noch sind, hat ihre autonome kulturelle Logik außer kraft gesetzt. Heute sollte endlich damit aufgehört werden, diese Gemeinschaften zur legitimatorischen Selbstbetrachtung der europäischen Ideengeschichte und ihrer Zivilisationsvorschläge heranzuziehen, da ihre in ständiger Konfrontation transformierten, zum Teil bloß residuellen, zum Teil auch widerständigen Kulturen längst angefangen haben, sich selbst in den Abhängigkeiten des Weltsystems mit ihren eigenen und eigenwilligen Forderungen politisch zu artikulieren. Der real existierende Indigene ist, ob man will oder nicht, entweder unterlegen oder aber zum Subjekt seiner Befreiung im Kontext eines imperialistischen Weltsystems geworden. Der libertäre Anthropologe kann also in der Reflektion seiner Praxis, im Gegensatz zu einem vorher, das wohl nie so ursprünglich war wie eine exotische Phantasie gerne angenommen hat - schließlich waren zwischengesellschaftliche Begegnungen und Befruchtungen noch in den entlegensten Kulturen nicht ausgeschlossen, die verschiedenen Untersuchungen zum Krieg und zum Tausch sollten dies eigentlich belegen - nur noch die Dynamik der Gesellschaften im Wandel zu begreifen und diesen Prozeß zu dechiffrieren versuchen. Die relative Stasis, nützlich zur Verortung einer wie und wohin auch immer ausschlagenden ethnozentrisch formulierten Kritik, ist nunmehr einem relativen Wandel gewichen. Die Beschreibung der Mannigfaltigkeit menschlicher Institutionen findet daher heute, wo mittlerweile die Rassisten den retrospektiv gewordenen Begriff Differenz für sich gepachtet haben, außer in der Beobachtung jedweder metropolitanen subkulturellen Erscheinung, noch am ehesten in der phantastischen Ethnographie der science fiction ihr weites Feld. So in den bizarren Welten eines Jack Vance, die in einer Art vergleichenden, fiktiven, jedem ethischen Maßstab gegenüber gleichgültigen, lakonischen ethnostenographischen Stil beschrieben, viele mit schwarzem Humor gepaarte Beispiele für die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen im fremdweltlichen Kontakt offerieren, oder in den nicht von ungefähr in Anarchokreisen so geschätzten Romanen der "Xenologin" Ursula Kroeber LeGuin. In gewisser Weise hat sich mit der Ankunft in einem Weltsystem ein Kreis geschlossen: wir entnehmen das Bild einer Anderswelt wieder den Schilderungen der Utopien, denen ihr faktisch erfahrbarer Hintergrund weitgehend abhanden gekommen ist. Auf diesem virtuellen Gebiet, auf dieser faszinierenden endlosen Reise zu den imaginären Kontinenten und Planeten kann weiterhin bewiesen werden, daß die absurde Logik der Herrschaft weder einzigartig noch unumstößlich ist. Clastres hat uns noch davor wieder in Erinnerung gerufen, daß diese Logik zudem zutiefst inhuman ist.

Literatur:

Heinz Kohl, Entzauberter Blick, Medusa Verlag Berlin 1981;

Marshall Sahlins, Inseln der Geschichte, Junius Hamburg 1992;

Volont·: L'anarchico e il selvaggio, Editrice A Mailand 1986/N.1;

Cargo, Zeitschrift für Ethnologie Nr. 21, München 1996;

Ursula K. LeGuin, Winterplanet, Das Wort für Welt ist Wald, Rocannons Welt, Das Zehnte Jahr, Planet der Habenichtse, Stadt der Illusionen, Die Kompaßrose etc. alle Heyne Verlag, München;

Jack Vance, fast alles von Vance, insbesondere die Alastor-Romane, ebenfalls Heyne Verlag, München.

Anm. der Red.: Dead Man (1995), ein "etwas anderer Western" von Jim Jarmusch ist als Video-Kaufkassette über den SF beziehbar, (39,95 DM) (Musik von Neill Young und Iggy Popp).



Foto: Wolfgang Müller

Jochen Knoblauch (Hg.):
SF-Register
Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden:
http://www.comenius-anti-quariat.com/anares

SF - Alte Nummern
Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.
Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,10) sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM

Nr. 61 enthält: L. Schrötter: Globalisierung; M. Wilk: Macht und Herrschaft, Teil 4: Globalisierung; D. Hartmann: Soziale Säuberungen in Köln; M. Bookchin: Einheit von Ideal und Praxis (2.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte); Kommune-Debatte Teil 1; K. Staad: Laßt 1000 Torten fliegen!; M. Kröger: Simone Weil und Carl Einstein in Spanien 36/37; W. Portmann: Porträt Heiner Koechlins; Kurzes zum ak, zur FAU, zur ÖkoLi, zur Einstellung von *links*, zum Prozeß gegen Lotta Continua etc. 68S., 8.-

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:
N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghau-sen 15.-; R.G., Anröchte 15.-;

Gesamtstand (September: 125.-)

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens (umfaßt die Spenden für Nr.62 & 63):

R.S., Heidelberg 30.-; B.W., Frankfurt 15.-; I.&W.G., Niederhausen 25.-; R.F., Bochum 35.-; L.S.-T., Buchenau 15.-, K.B., Wolfsruh 15.-; F.H., Dessau 15.-; J.S. Hasloch 15.-; T.F., Berlin 15.-; J.H., Karlsruhe 15.-; H.W., München 15.-; T.H., Berlin 15.-; M.K., Frankfurt 15.-; M.S., Münster, 5.-; J.G., Bremen 25.-; H.F., Hildesheim 35.-; D.R., Bremen 500.-; O. K., Idar-Oberstein 1150.- R.M., Hamburg 11.-; D.B., 5.-

Gesamt: 1971.-

Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen! Die Spenden helfen uns derzeit sehr.

SF-Interna

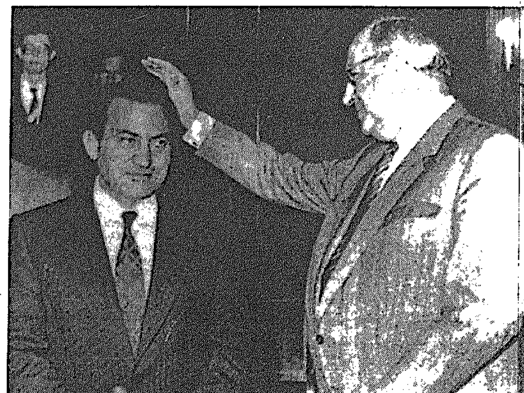
Viele haben vergeblich auf die 4. Ausgabe des SF 1997 gewartet. Es lag wahrlich nicht am Stoff, der uns ausgegangen wäre, Im Gegenteil, viele Artikel konnten in dieser vorliegenden Nummer 63 aus Platzgründen keine Aufnahme finden. Wir werden deshalb bereits im April erneut erscheinen.

Die Gründe lagen eher bei den Redakteuren: zuviele berufliche (finanzielle) Probleme und wichtige Termine verhinderten mehrmals, dass sich unsere überregionale Redaktion (Köln-Frankfurt-Grafenau/Stuttgart) zum LayOut treffen konnte. Die beiden Redakteure Peter und Kai mussten wegen beruflicher Inanspruchnahme ihre Mitarbeit ganz aufgeben, - wir hoffen nur vorübergehend.

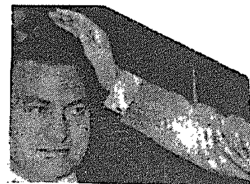
Immerhin waren wir mit eigenen Ständen beim 25-Jahre Graswurzel-Fest in Köln, bei der Frankfurter Buchmesse und bei der Linken Literaturmesse in Nürnberg präsent und konnten viele Gespräche führen.

Probleme gab es auch mit dem Postversand, nachdem die Büchersendungen wegen ca. 7 Anzeigen in der Feminismusnummer abgefangen, angehalten und nur gegen einen Aufpreis von ca. 750.-DM als Infopost weiterbefördert worden waren, entschieden wir, dass das Erscheinen der neuen Ausgabe auf Januar verschoben werden muss, um nicht für eine einzige Nummer weitere 1000.-DM als Pressepostjahresgebühr 1997 bezahlen zu müssen. 1998 lohnt sich diese Gebühr dann schon eher. Wenn alles klappt, wird die vorliegende Ausgabe deshalb wieder als Postvertriebsstück ausgeliefert.

Wie geht's mit dem SF weiter?
Da wir unsere Kräfte nicht wieder überschätzen wollen, haben wir beschlossen, zu unserer früheren Erscheinungsweise zurückzukehren. **Der SF wird wieder regelmäßig 4x im Jahr erscheinen, der ABO-Preis reduziert sich damit ebenfalls wieder auf 30.-DM.** Diejenigen die 35.- bezahlt haben, bekommen ihre Folgerechnung natürlich erst nach der 5.Ausgabe.


BILD DPA

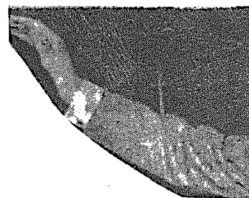
Die Redaktion und der Vertrieb werden, so scheint es, wieder durch neue Leute verstärkt. Es gibt sie noch und wird sie immer geben, die IdealistInnen, die unentgeldlich, nur der Sache wegen und trotz des Rechts auf Faulheit, arbeiten wollen. Wir freuen uns auf unsere "Neuen"!



Und wir freuen uns auch auf eine ungewöhnliche Unterstützung: *Falling Down Records*, Dülmen wird ein Benefiztape *"Trotzdem und Sowieso"* für uns machen auf dem ca. 20 Punk und Hardcore-Bands 60 min. lang zu hören sein werden!

"Selbstverständlich kommen keine Bands drauf, die auch nur ansatzweise Scheiße sind (sprich: sexistisch, rassistisch, kommerziell)"
Falling Down Records

Geplant ist ein Verkaufspreis von 7.-DM plus Porto, bestellbar bei: *Falling Down Records, c/o Luz Kerkeling, Reitacker 40, 48249 Dülmen.*



Vermutlich werden wir zur Jahresmitte mit dem Verlust des Postamts Grafenau konfrontiert und damit auch unsere PF-Adresse verlieren, so dass Ihr uns besser wieder über die Straße oder neuerdings über e-mail anschreibt:

SF-Red., Dätzingerstr.132,
71120 Grafenau/Württ.,
Tel. 07033-44273
(Anrufbeantworter),
Fax 07033-45264,
e-mail: TrotzdemuSF@t-online.de



Photo : Umbruch Bildarchiv